

Regionaler Sozialbericht Berlin und Brandenburg 2017

Der Regionale Sozialbericht Berlin und Brandenburg 2017

besteht aus drei Teilen:

Diesem pdf, in dem Sie die Ergebnistexte, Grafiken und Erläuterungen zu den Indikatoren finden, einer Exceldatei mit ausführlichen Tabellen sowie interaktiven Karten. ►



Impressum
Regionaler Sozialbericht
Berlin und Brandenburg 2017

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Steinstraße 104–106
14480 Potsdam
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Kontakt:
Ricarda Nauenburg
Telefon: 030 9021-3697
E-Mail: mikrozensus@statistik-bbb.de

Copyright
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg,
Potsdam 2018
Auszugsweise Vervielfältigung und
Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Zeichenerklärung:
/ Zahlenwert nicht sicher genug

Inhalt

A	Einkommensarmut	6
1a	Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab	6
I	nach Altersgruppen und Geschlecht	6
II	von Langzeiterwerbslosen nach Geschlecht	8
III	nach Bildungsabschluss und Geschlecht	9
IV	nach Bildungsabschluss des/der Haupteinkommensbezieher/in im Haushalt	10
V	von frühen Schulabgängern nach Geschlecht	11
VI	nach Haushaltstyp	12
VII	von Erwerbstätigen nach Stellung im Beruf und Vollzeit/Teilzeittätigkeit	14
VIII	der Bevölkerung, die in Haushalten ohne Erwerbstätige lebt nach Haushaltstyp, Altersgruppen und Geschlecht	16
IX	nach Migrationshintergrund	18
X	nach Migrationshintergrund gemäß Berliner PartIntG	19
XI	der älteren Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht	20
XII	von Rentnern und Pensionären nach Geschlecht	22
XIII	nach Wohnstatus, Geschlecht und Altersgruppen	24
1b	Armutsgefährdungsquoten im Bundesmaßstab	25
I	nach Altersgruppen und Geschlecht	25
II	nach Bildungsabschluss und Geschlecht	27
III	der älteren Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht	29
2	Armutsquoten im Landesmaßstab	31
3	Quoten strenger Armut im Landesmaßstab	32
4	Anteil der Bevölkerung mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb von 70 % des landesspezifischen Medians des Äquivalenzeinkommens	33
5	Armutsschwellen im Landesmaßstab	35
B	Einkommensverteilung	36
1	Relative Armutsgefährdungslücke im Landesmaßstab	36
2	Verhältnis der Einkommen Älterer zu den Einkommen von Personen unter 60 Jahren	38
3	Verhältnis der Einkommen Älterer zu den Einkommen von Personen unter 65 Jahren	40
4	Verhältnis der Einkommen Älterer zu den Einkommen von Personen unter 75 Jahren	42
5	Geschlechterunterschied im Verhältnis des mittleren Äquivalenzeinkommens alleinlebender Älterer zu dem von alleinlebenden Personen unter 65 Jahren	44
6	Differenz der Armutsgefährdungsquoten von alleinlebenden Männern und Frauen	46
7	Gini-Koeffizient	48
8	S80/S20-Rate	49
9	Reichtumsquoten im Landesmaßstab	51
10	Reichtumsschwellen im Landesmaßstab	52
C	Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen	53
1	Mindestsicherungsquoten	53
2	SGB II-Quoten	54
3	Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt	55
4	Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	56
5	Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	57
D	Qualifikationsniveau	59
1	Anteil der Bevölkerung mit niedrigem Bildungsstand	59
2	Anteil der frühen Schulabgänger	61
3	Tertiäre Abschlüsse	62
E	Erwerbsbeteiligung	63
1	Erwerbstätigenquote	63
2	Erwerbslosenquote	65
3	Langzeiterwerbslosenquote	67
4	Bevölkerung in Haushalten ohne Erwerbstätige	69
5	Erwerbstätigenquoten von Personen mit und ohne Zuwanderungserfahrung	71
6	Erwerbstätigkeit und Kinder im Haushalt	72
7	Teilzeittätigkeit wegen Betreuungsaufgaben	74
8	Junge Menschen, die sich weder in Ausbildung befinden noch erwerbstätig sind	75
F	Gesundheit	76
1	Anteil der Bevölkerung mit Krankenversicherung	76
2	Gesundheitsrisiko Adipositas	77
3	Gesundheitsrisiko regelmäßiger Tabakkonsum	78
G	Wohnsituation	79
1	Mittlere Mietbelastungsquote	79
2	Überbelastung durch Wohnkosten	80

Einleitung

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg legt mit diesem Bericht die dritte Fortschreibung des Regionalen Sozialberichts Berlin und Brandenburg vor. Die Neuauflage erweitert das Indikatorenportfolio und beinhaltet die Aktualisierung der Daten auf das Berichtsjahr 2016. Das Konzept des Berichts ist eng angelehnt an das Angebot der amtlichen Statistik auf dem Internetportal „Sozialberichterstattung“¹.

Mit dem Regionalen Sozialbericht für Berlin und Brandenburg liegt ein Sozialbericht vor, der beide Länder umfasst und damit die gesamte Metropolregion. Der Bericht ist als Indikatorenbericht angelegt. Das Alleinstellungsmerkmal dieses Berichts besteht in der Anwendung eines umfangreichen EU-Indikatorensets zur Beschreibung der sozialen Sicherheit und sozialen Integration auf die Länderebene und darunter. Weitere relevante Indikatoren, beispielsweise zur sozialen Mindestsicherung, wurden ergänzt. Neben der Länderebene werden als tiefste regionale Ebene die Berliner Bezirke und Brandenburger Kreise und kreisfreien Städte für alle in Frage kommenden Indikatoren abgebildet. Außerdem wird jeder Indikator nach Möglichkeit für relevante soziale Gruppen dargestellt. Der Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt dient der Einordnung der Berliner und Brandenburger Ergebnisse. Durch die Darstellung von Zeitreihen werden Entwicklungen und Trends deutlich.

Das Indikatorensystem der Europäischen Union

Der Regionale Sozialbericht Berlin und Brandenburg baut auf den EU-Indikatoren zur Messung der sozialen Sicherheit und sozialen Integration auf. In Bezug auf die Messung von Armut geht die Europäische Union für den europäischen Kontext von einem relativen Armutskonzept aus: Personen, Familien und Gruppen sind arm, wenn sie „über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“². Armut in modernen Gesellschaften bedeutet damit fehlende Teilhabe an den Reichtümern und Errungen-schaften der Gesellschaft beziehungsweise fehlende soziale Sicherheit und soziale Integration. Materielle Armut wird dabei als das Grundhinder-nis für Teilhabe angesehen. Als besonders gefährdete Gruppen gelten Familien mit mehreren Kin-dern, Alleinerziehende, Kinder und alte Menschen, Personen mit niedrigem Bildungsabschluss oder Migrationshintergrund. Treffen mehrere der ge-nannten Risikofaktoren zusammen, vervielfacht sich das Risiko, arm zu sein.

Die relative Armutsgefährdung stellt auf Einkom-mensarmut ab und berücksichtigt damit nicht eventuell vorhandenes Vermögen bzw. eine Ver-schuldung, sondern lediglich das monatliche Ein-kommen. Bei der Berechnung der Armutsgefähr-dung wird die sogenannte neue OECD-Skala für die gewichtete Haushaltsgröße eingesetzt, um

Einspareffekte von Mehrpersonenhaushalten und geringere Bedarfe von Kindern berücksich-tigen zu können. Armutsgefährdet sind alle Per-sonen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb von 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens liegt. Dieser Wert wird auch als Armutsgefährdungsschwelle bezeichnet. Die Armutsrisikoquote ist der Anteil der armutsgefähr-deten Personen an der Gesamtbevölkerung. Per-sonen, deren bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Ein-kommen unterhalb von 40 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens liegt, leben in strenger Armut, unterhalb von 50 Prozent in Ar-mut. Die 70-Prozent-Schwelle bezeichnet die Ar-mutsnähe. Die Bestimmung des mittleren be-darfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens kann auf verschiedenen regionalen Ebenen erfolgen. Für die EU-Berichterstattung geschieht das bei-spielsweise auf Bundesebene (Nationalkonzept). Das mittlere bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkom-men kann jedoch auch für jedes Bundesland ein-zeln bestimmt werden (Regionalkonzept). Die Ent-scheidung für eine der beiden Perspektiven sollte sich am jeweiligen Untersuchungsziel orientieren. So empfiehlt sich für Fragen zum Grundsatz der „gleichwertigen Lebensverhältnisse im Bundes-gebiet“ die Betrachtung der regionalen Einheiten unter dem Nationalkonzept. Dieses erleichtert zu-dem die Vergleichbarkeit der Armutsgefährdungs-quoten zwischen den Bundesländern. Bei Unters-uchungen, die sich auf Teilräume beziehen (z.B. ein bestimmtes Bundesland, einen bestimmten Kreis), bietet sich dagegen das Regionalkonzept an. Kei-nes der beiden Konzepte löst allerdings das Pro-blem, wie regionale Preis- und Kaufkraftunter-schiede bei der Analyse der Armutsgefährdung

² Beschluss des Rates vom 19. Dezember 1984 über gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut auf Gemeinschaftsebene 85/8/EWG EU-Berichterstattung

¹ www.amtliche-sozialberichterstattung.de

berücksichtigt werden können, das regionale Konzept allerdings eher als das nationale: In Regionen mit hohen Durchschnittseinkommen ist auch das Preisniveau erhöht, wenn auch nicht in gleichem Maße. Dieser Bericht bietet beide Sichtweisen an. Die hier präsentierten Ergebnisse beruhen auf nominalen Einkommen, die Inflationsrate ist nicht berücksichtigt.

Konzeption des Berichts

Für den vorliegenden Bericht wurden die Indikatoren aus den Indikatorensystemen der Europäischen Union zum Thema soziale Sicherheit und soziale Integration so ausgewählt, dass ein umfassendes Abbild der sozialen Lage der Bevölkerung von Berlin und Brandenburg entsteht. Weitere relevante Indikatoren, beispielsweise zur sozialen Mindestsicherung, wurden ergänzt. Damit wird neben dem Konzept der relativen Armut auch das Konzept der bekämpften Armut in diesem Bericht dargestellt.

Jeder Indikator wird in seiner zeitlichen Entwicklung zum einen für die relevanten Bevölkerungsgruppen und zum anderen, wenn möglich, auf der regionalen Ebene der Berliner Bezirke respektive der Brandenburger Kreise und kreisfreien Städte dargestellt.

Die Indikatoren sind – angelehnt an die Struktur der Veröffentlichungen des Bund-Länder-Arbeitskreises Sozialberichterstattung (www.amtliche-sozialberichterstattung.de) – in die Bereiche

- A Einkommensarmut
 - B Einkommensverteilung
 - C Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen
 - D Qualifikationsniveau
 - E Erwerbsbeteiligung
 - F Gesundheit und
 - G Wohnsituation
- gegliedert.

Zum umfangreichsten ersten Abschnitt A Einkommensarmut gehören die Armutsgefährdungsquoten A 1, die weiter untergliedert sind in Armutsgefährdungsquoten nach dem Landesmaßstab (A 1 a) und Armutsgefährdungsquoten nach dem Bundesmaßstab (A 1 b). Diese sind jeweils weiter unterteilt in einzelne Indikatoren, die den Zusammenhang der Armutsgefährdung mit relevanten sozialen Dimensionen wie beispielsweise Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss oder Erwerbsstatus für die beiden Betrachtungsweisen darstellen. Da sich der regionale Sozialbericht auf die Länderebene und darunter konzentriert, sind die weiteren Indikatoren Armutsquoten (A 2), Quoten strenger Armut (A 3) und der Anteil der armutsnahen Bevölkerung (A 4) im Landesmaßstab dargestellt. Die Schwellenwerte für die verschiedenen Quoten (A 5) runden den Abschnitt ab.

Der Abschnitt B Einkommensverteilung behandelt die relative Armutsgefährdungslücke (B 1), die Informationen zum Abstand des mittleren Einkommens der Armutsgefährdeten von der Armutsgefährdungsschwelle liefert. Um die Angemessenheit der Einkommen Älterer beurteilen zu können, wird für die Indikatoren B 2 bis B 4 das Verhältnis der mittleren Äquivalenzeinkommen von Personen im Alter ab 60, 65 bzw. 75 Jahren zum mittleren Äquivalenzeinkommen der jeweils jüngeren Personengruppe berechnet. Der Indikator B 5 stellt dar, ob dieses Verhältnis für die Geschlechter unterschiedlich ist, während B 6 die Differenz der Armutsgefährdungsquoten von Männern und Frauen beinhaltet. Der Gini-Koeffizient ist ein allgemeines Maß für die Ungleichheit einer Verteilung. In diesem Bericht wird er auf die Verteilung der Äquivalenzeinkommen angewendet (B 7). Die S80/S20-Rate gibt das Verhältnis der Summe aller Äquivalenzeinkommen des obersten Fünftels der gesamten Verteilung

lung zur Summe der Äquivalenzeinkommen des untersten Fünftels an. Dieser Indikator ist in der Aussage mit dem Gini-Koeffizienten vergleichbar, berücksichtigt aber nicht die gesamte Verteilung. Reichtumsquoten (B 9) und Reichtumsschwellen (B 10) ergänzen die Betrachtung der Einkommensverteilung.

Im Abschnitt C wird die Abhängigkeit von sozialen Mindestsicherungsleistungen nach dem Konzept der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Sozialberichterstattung dargestellt. Die Indikatoren C 1 bis C 5 stellen die Mindestsicherungsquoten, die Anteile von SGB-II-Empfängern, Empfängern von Leistungen nach dem SGB XII und Empfängern von Asylbewerberleistungen dar.

Das Qualifikationsniveau ist über die Chancen der Arbeitsmarktbeteiligung eine entscheidende Einflussgröße für die soziale Lage von Bevölkerungsgruppen. Die Reduzierung des Anteils der Niedrigqualifizierten und insbesondere der frühen Schulabgänger bzw. die Erhöhung des Anteils tertiär Ausgebildeter ist ein erklärtes Ziel der Europäischen Union und der Bundesregierung. In diesem Bericht werden der Anteil der Bevölkerung mit niedrigem Bildungsabschluss (D 1), der Anteil der frühen Schulabgänger (D 2) und der Anteil der 30- bis unter 35-Jährigen mit tertiärem Abschluss dargestellt (D 3). Zwischen den Jahren 2013 und 2014 entsteht dabei ein Zeitreihenbruch, da ab dem Befragungsjahr 2014 im Mikrozensus die ISCED-Skala zur Klassifizierung von Bildungsabschlüssen in der Fassung von 2011 und nicht wie bisher von 1997 verwendet wird.

Mittelbar aus dem Qualifikationsniveau ergibt sich die Erwerbsbeteiligung, die einen direkten Einfluss auf die Armutsgefährdung hat. Dieser Bereich der Arbeitsmarktnähe wird durch die Erwerbstätigenquoten (E 1), die Erwerbslosenquoten (E 2), die Langzeiterwerbslosenquoten (E 3) und den Anteil der Personen, der in Haushalten ohne Erwerbstätigen lebt (E 4), abgedeckt. Ein weiterer Indikator in diesem Bereich ist das sogenannte Employment Gap – der Unterschied der Erwerbstätigenquoten von Personen mit und ohne Zuwanderungserfahrung (E 5). Ein Employment Gap besteht auch zwischen Personen mit Kindern und ohne Kinder unter 6 Jahren im Haushalt (E 6). E 7 zeigt den Anteil der Erwerbstätigen, die wegen Betreuungsaufgaben die Arbeitszeit reduziert haben. Der Anteil Jugendlicher, die sich nicht in Ausbildung befinden und auch nicht erwerbstätig sind, ist im Indikator E 8 dargestellt. Aus dem EU-Indikatorenportfolio zum Thema Gesundheitsversorgung steht für den vorliegenden Bericht der Indikator F 1 Anteil der Bevölkerung mit Krankenversicherung und Krankenversicherungsstatus zur Verfügung. Neu sind die Indikatoren F 2 Gesundheitsrisiko Adipositas und F 3 Gesundheitsrisiko Rauchen.

Zusätzlich bietet dieser Bericht Indikatoren zur Wohnsituation der (armutsgefährdeten) Bevölkerung an. G 1 stellt die Mietbelastungsquote dar. G 2 ergänzt dies um den Anteil der Personen, bei denen die Mietbelastung über 40 % des Haushalteinkommens beträgt.

Datenquellen

Für die regionale Sozialberichterstattung in Deutschland ist der Mikrozensus eine bevorzugte Datenquelle. Für den Mikrozensus wird jährlich eine Ein-Prozent-Stichprobe der Wohnbevölkerung zu verschiedenen Themen befragt. Nur aus dem Mikrozensus können Armutsquoten in regionaler Tiefe dargestellt werden. Für Armutsberechnungen auf der Bundesebene werden derzeit auch die amtlichen Statistiken EU-SILC (Statistik der Europäischen Union über Einkommen und Lebensbedingungen / Leben in Europa), die EVS (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe) und das vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) verantwortete SOEP (Sozioökonomisches Panel) ausgewertet. Durch die Verwendung verschiedener Datengrundlagen treten zwangsläufig Unterschiede in den berechneten Quoten auf. Der vorliegende Bericht zeigt die Quoten – auch auf der Bundesebene – ausschließlich auf Basis des Mikrozensus.

Tief regionalisierbar sind auch die hier verwendeten Statistiken der Bundesagentur für Arbeit und die Statistik der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt, zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und die Asylbewerberleistungsstatistik.

Hinweis

Aufgrund der besseren Lesbarkeit wird in diesem Bericht der Einfachheit halber an einigen Stellen nur die männliche Form verwendet. Die weibliche Form ist selbstverständlich immer mit eingeschlossen.

1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab | im Bundesmaßstab A 1b I ►

I nach Altersgruppen und Geschlecht

Ergebnisse Im Jahr 2016 war in **Berlin** rund jede sechste Person (16,6 %) armutsgefährdet. Dabei ist das Armutsrisiko im Ausbildungsalter von 18 bis unter 25 Jahren mit 31,4 % am höchsten. Auch Kinder unter 18 Jahren sind mit 22,7 % überdurchschnittlich oft betroffen, während das Armutsrisiko im Rentenalter ab 65 Jahren mit 10,2 % einen unterdurchschnittlichen Wert annimmt. Armutsgefährdung im Alter ist damit zwar durchaus existent, das Armutsrisiko der anderen Altersklassen ist jedoch teilweise erheblich höher. Das Armutsrisiko unter der volljährigen Berliner Bevölkerung unterscheidet sich nur geringfügig zwischen Männern und Frauen (siehe Tabellen). Während Berliner im Alter von 55 bis unter 65 Jahren ein um ca. drei Prozentpunkte höheres Armutsrisiko verglichen mit gleichaltrigen Berlinerinnen aufweisen, liegt das Armutsrisiko bei Frauen ab 65 Jahren um rund zwei Prozentpunkte über dem der gleichaltrigen Männer. Die allgemeine Armutsgefährdungsquote für das Land Berlin bewegt sich seit 1996 mit ca. +/- 2 Prozentpunkten um einen Wert von 15 % herum. Der stärkste Rückgang der Armutsgefährdungsquote

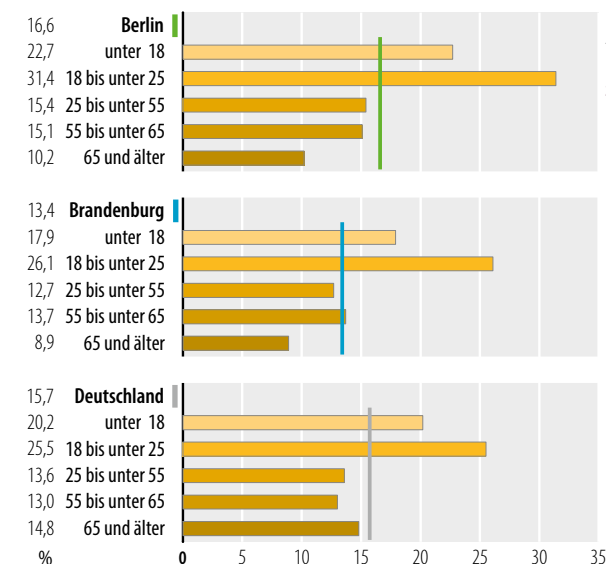
lässt sich bei den unter 6-Jährigen verzeichnen (um ca. neun Prozentpunkte; siehe Tabellen). Demgegenüber ist die Armutsgefährdungsquote bei den 55- bis unter 65-jährigen Berlinern um rund fünf Prozentpunkte gestiegen. Zu den Berliner Bezirken mit dem höchsten Anteil an armutsgefährdeten Einwohnern zählen Neukölln (26,8 %), Mitte (24,8 %) sowie Spandau (23,2 %). Einen vergleichsweise geringen Anteil an armutsgefährdeten Einwohnern hat der Bezirk Pankow (6,4 %), gefolgt von den Bezirken Steglitz-Zehlendorf und Treptow-Köpenick (jeweils 10,5 %).

13,4 % der **Brandenburger** Bevölkerung hatten im Jahr 2016 ein Armutsrisiko. Auch in Brandenburg waren Personen im Ausbildungsalter zwischen 18 bis unter 25 Jahren mit 26,1 % vergleichsweise am stärksten gefährdet. Kinder bis unter 18 Jahren sind mit 17,9 % überdurchschnittlich und Personen im Ruhestandsalter ab 65 Jahren mit 8,9 % unterdurchschnittlich oft betroffen. Das Armutsrisiko in der volljährigen brandenburgischen Bevölkerung unterscheidet sich nicht zwischen Männern und Frauen (siehe Tabellen). Allerdings weisen Männer im Ausbildungsalter zwischen 18 bis unter 25 Jahren ein um etwa fünf Prozentpunkte höheres Armutsrisiko im Vergleich zu gleichaltrigen Frauen auf, während Frauen im Rentenalter stärker als Männer armutsgefährdet sind. Die Armutsrisikoquote in Brandenburg ist bis 2005 mit einem recht deutlichen Trend um ca. drei Prozentpunkte angestiegen und verharrt seitdem bei ca. 14 %. Dabei sind beide Geschlechter und

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Alter, Geschlecht und Region

Relevanz Teil des Europa-2020-Leitindikators „Risiko von Armut oder sozialer Ausgrenzung“ (AROPE), entspricht den Indikatoren 1a, SI-P1, PN-P1 und IC-P2 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

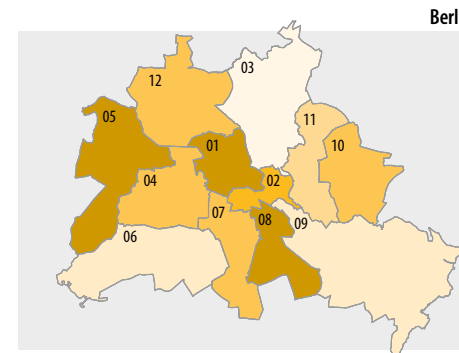
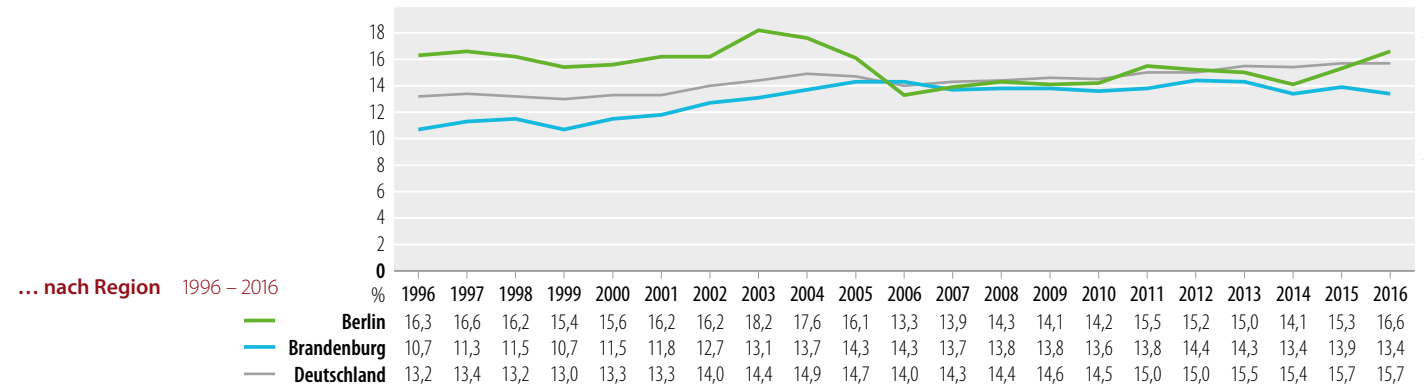
... nach Region und Altersgruppen 2016



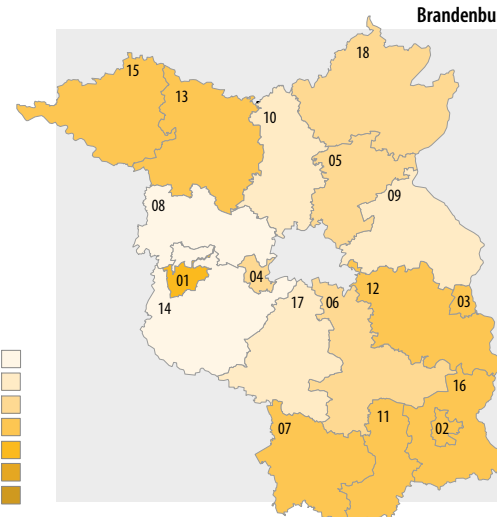
alle Altersklassen von der Erhöhung der Armutsgefährdungsquoten betroffen. Dafür ist hauptsächlich die durch die deutsche Wiedervereinigung ausgelöste wachsende Ungleichverteilung der Einkommen verantwortlich.

Den höchsten Anteil an armutsgefährdeten Einwohnern haben die kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel (18,3 %), Cottbus (17,9 %) und der Kreis Spree-Neiße (17,6 %). Unter zehn Prozent blieben die Kreise Havelland (8,4 %) und Potsdam-Mittelmark (8,6 %).

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

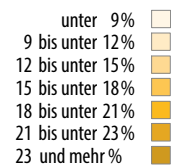


Bezirke	%	Spalte 4
01 Mitte	24,8	
02 Friedrichshain-Kreuzberg	19,7	
03 Pankow	6,4	
04 Charlottenburg-Wilmersdorf	15,4	
05 Spandau	23,2	
06 Steglitz-Zehlendorf	10,5	
07 Tempelhof-Schöneberg	17,7	
08 Neukölln	26,8	
09 Treptow-Köpenick	10,5	
10 Marzahn-Hellersdorf	16,5	
11 Lichtenberg	14,4	
12 Reinickendorf	15,5	
Berlin	16,6	



Kreise und kreisfreie Städte	%
01 Brandenburg an der Havel	18,3
02 Cottbus	17,9
03 Frankfurt (Oder)	15,9
04 Potsdam	14,7
05 Barnim	13,3
06 Dahme-Spreewald	12,0
07 Elbe-Elster	17,2
08 Havelland	8,4
09 Märkisch-Oderland	10,5
10 Oberhavel	11,9
11 Oberspreewald-Lausitz	16,1
12 Oder-Spree	15,1
13 Ostprignitz-Ruppin	15,9
14 Potsdam-Mittelmark	8,6
15 Prignitz	16,6
16 Spree-Neiße	17,6
17 Teltow-Fläming	11,1
18 Uckermark	14,2
Brandenburg	13,4

... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten 2016



1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

II von Langzeiterwerbslosen nach Geschlecht

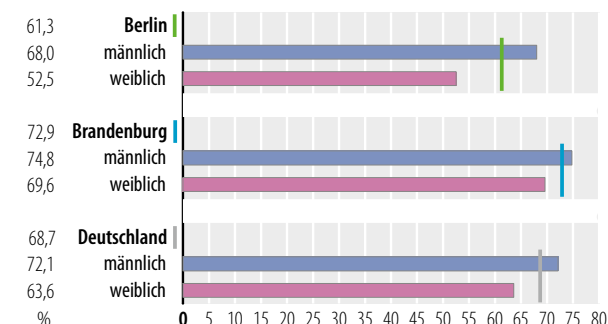
Ergebnisse Langzeiterwerbslose und ihre Haushalte sind aufgrund eines fehlenden Erwerbseinkommens überdurchschnittlich armutsgefährdet.

In **Berlin** ist mehr als jeder zweite Langzeiterwerbslose (61,3 %) armutsgefährdet. Frauen waren im Jahr 2016 mit 52,5 % deutlich seltener betroffen als Männer (68,0 %). Die höhere Armutsgefährdung langzeiterwerbsloser Männer gegenüber langzeiterwerbslosen Frauen bestand über den gesamten Zeitraum von 1996 bis 2016. Seit 2014 ist die Armutsgefährdungsquote von Langzeiterwerbslosen Männern und Frauen um rund 10 Prozentpunkte gestiegen, was vor allem auf ein erhöhtes Armutsrisiko bei männlichen Langzeiterwerbslosen zurückzuführen ist (siehe Tabellen).

In **Brandenburg** leben fast drei Viertel (72,9 %) aller Langzeiterwerbslosen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Der Unterschied zwischen Männern und Frauen ist mit ca. fünf Prozentpunkten ebenfalls deutlich ausgeprägt: So sind 74,8 % der langzeiterwerbslosen Männer und 69,6 % der langzeiterwerbslosen Frauen von Armut gefährdet. Seit 1996 steigt die Armutsgefährdungsquote der Langzeiterwerbslosen in Brandenburg nahezu stetig an und hat sich im Vergleich zu 1996 mehr als verdoppelt (1996: 33,1 %; 2016: 72,9 %). An der allgemeinen Einkommensentwicklung in den neuen Bundesländern konnten die Brandenburger Langzeiterwerbslosen nicht teilhaben.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

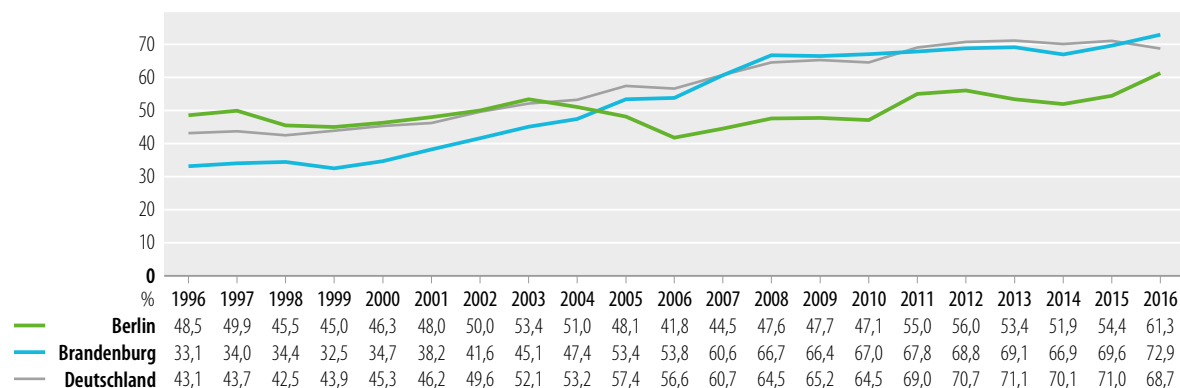
... von Langzeiterwerbslosen¹ nach Region und Geschlecht 2016



Definition Anteil der Langzeiterwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle an allen Langzeiterwerbslosen der gleichen Altersgruppe nach Geschlecht und Region

Relevanz Ergänzung des Indikators E 3 Langzeiterwerbslosenquote (SI-P4 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration) um die Armutsgefährdung der Langzeitarbeitslosen

... von Langzeiterwerbslosen¹ nach Region 1996 – 2016



1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab | im Bundesmaßstab A 1b II ►

III nach Bildungsabschluss und Geschlecht

Ergebnisse Die Armutsgefährdungsquote ist eng mit dem Bildungsabschluss korreliert.

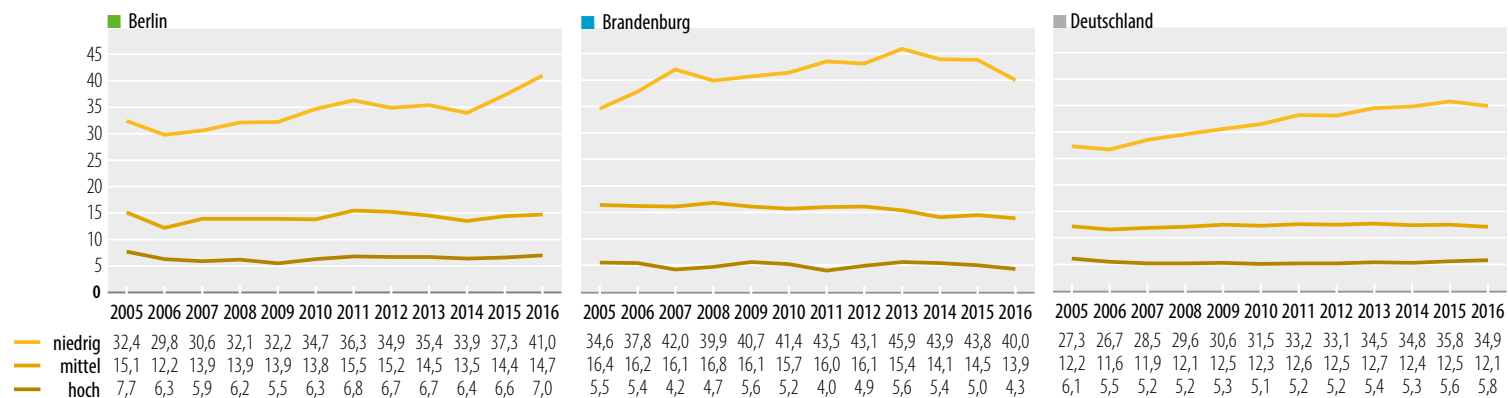
So sind 41,0 % der **Berlinerinnen und Berliner** mit einem niedrigen Bildungsabschluss armutsgefährdet. Bei einem mittleren Abschluss liegt die Armutsgefährdung mit 14,7 % ungefähr auf dem Durchschnittsniveau, während ein hoher Bildungsabschluss die Armutsgefährdung auf unterdurchschnittliche 7,0 % reduziert. Der Einfluss des Bildungsabschlusses auf die Armutsgefährdung ist bei beiden Geschlechtern etwa gleich stark ausgeprägt, wobei Berlinerinnen mit mittlerem Bildungsniveau tendenziell weniger armutsgefährdet sind als Berliner mit diesem Bildungsgrad. Aufgrund der ab 2014 im Mikrozensus verwendeten neuen ISCED-Skala in der Fassung von 2011 ist ein Vergleich der Armutsgefährdungsquoten ab 2014 mit den vorherigen Jahren nur eingeschränkt möglich. Im Zeitraum von 2005 bis 2013 ist die Armutsgefährdung in der untersten Bildungsstufe tendenziell ansteigend, in den beiden oberen Bildungsstufen eher sinkend. Für die Jahre 2014 bis 2016 zeichnet sich eine weitere Zunahme der Armutsgefährdung in der niedrigsten Bildungsstufe ab.

In **Brandenburg** liegt die Armutsgefährdungsquote von Personen mit niedrigem Bildungsabschluss bei 40,0 %. Das Armutsrisiko der Brandenburger Bevölkerung mit mittlerem Bildungsabschluss entspricht mit 13,9 % in etwa dem Durchschnittsniveau, während die Hochqualifizierten mit 4,3 % eine sehr geringe Armutsgefährdung haben. Brandenburgerinnen mit niedrigem Bildungsabschluss haben ein höheres Armutsrisiko als Brandenburger mit vergleichbarem Abschluss. Im Zeitverlauf ist die Armutsgefährdungsquote der Geringqualifizierten von 2005 bis 2013 erheblich um rund neun Prozentpunkte gestiegen, auf der mittleren und höchsten Bildungsstufe verharrte sie auf einem recht stabilen Niveau. Auch hier gibt es ab dem Jahr 2014 einen methodisch bedingten Zeitreihenbruch, der die Vergleichsmöglichkeit einschränkt. Die Armutsgefährdung für Geringqualifizierte scheint zwischen 2014 und 2016 jedoch leicht rückläufig zu sein. Der sehr deutliche Zusammenhang zwischen dem Bildungsstand und der Armutsgefährdung zeigt, dass Bildung einen entscheidenden Faktor für materielle Wohlfahrt, soziale Teilhabe und Integration darstellt.

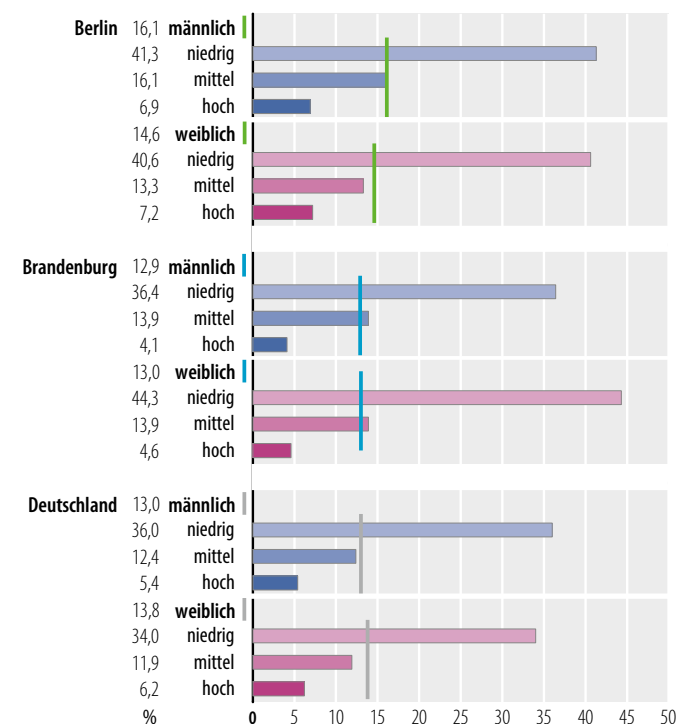
Datenquellen | Methodische Hinweise ►

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle im Alter von 25 bis unter 65 Jahren nach höchstem allgemeinen und beruflichen Abschluss gemäß ISCED, Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für den Zusammenhang von Bildungsabschluss und Armutsgefährdung



... nach Region, Geschlecht und Bildungsabschluss 2016



... nach Region und Bildungsabschluss 2005 – 2016

1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

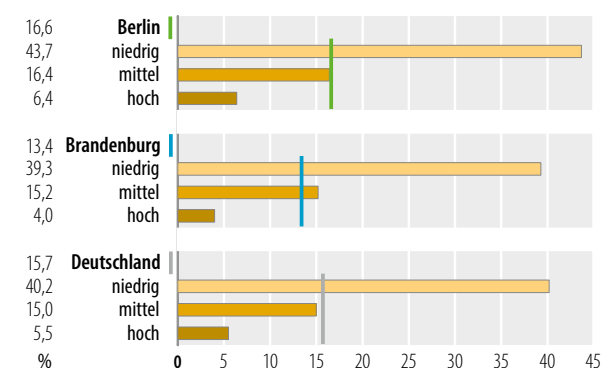
IV nach Bildungsabschluss des/der Haupteinkommensbezieher/in im Haushalt

Ergebnisse In Berlin sind 43,7% der Bevölkerung, die in Haushalten leben, deren Haupteinkommensbezieherin oder dessen Haupteinkommensbezieher ein niedriges Bildungsniveau hat, armutsgefährdet. Wenn der/die Haupteinkommensbezieher/in ein mittleres Bildungsniveau hat, liegt die Armutsgefährdung bei 16,4% und damit auf einem durchschnittlichen Niveau. Bei hochqualifizierten Haupteinkommensbeziehern und -bezieherinnen sind die Haushaltsmitglieder relativ gut vor Armut geschützt, die Armutsgefährdung beträgt nur 6,4%. Über den Zeitraum von 2005 bis 2013 gibt es nur bei Personen aus Haushalten mit einem geringqualifizierten Haupteinkommensbezieher oder einer geringqualifizierten Haupteinkommensbezieherin eine Tendenz zum Anstieg der Armutsgefährdungsquote. Ab 2014 wird im Mikrozensus die neue ISCED-Skala in der Fassung von 2011 verwendet, wodurch ein Vergleich der bildungsspezifischen Armutsgefährdungsquoten ab 2014 mit denen vorheriger Jahre eingeschränkt ist. Zwischen 2014 und 2016 ist die Armutsgefährdung insbesondere bei Personen aus Haushalten mit einem geringqualifizierten Haupteinkommensbezieher deutlich um etwa neun Prozentpunkte angestiegen.

In Brandenburg beträgt die Armutsgefährdungsquote bei Personen, die mit einem/r niedrigqualifizierten Haupteinkommensbezieher/in im Haushalt zusammenleben 39,3%. Ein mittlerer Bildungsabschluss des/der Haupteinkommensbezieher/s resultiert in einer leicht überdurchschnittlichen Armutsgefährdungsquote (15,2%). Mit einem hohen Bildungsabschluss vermögen Haupteinkommensbezieher und -bezieherinnen die Mitglieder/innen des Haushalts recht gut vor einer Armutsgefährdung zu bewahren: nur 4,0% der Personen, die in einem solchen Haushalt leben, sind davon betroffen. Von 2005 bis 2013 ist bei geringqualifizierten Haupteinkommensbeziehern und -bezieherinnen ein deutlicher Anstieg der Armutsgefährdungsquote der Haushaltsmitglieder zu erkennen. Das unterstreicht die Bedeutung von Bildung für Teilhabe und Integration. Auch hier gibt es allerdings zwischen den Jahren 2013 und 2014 einen Zeitreihenbruch, der einen Vergleich der Indikatorenwerte ab 2014 mit den Jahren zuvor beeinträchtigt.

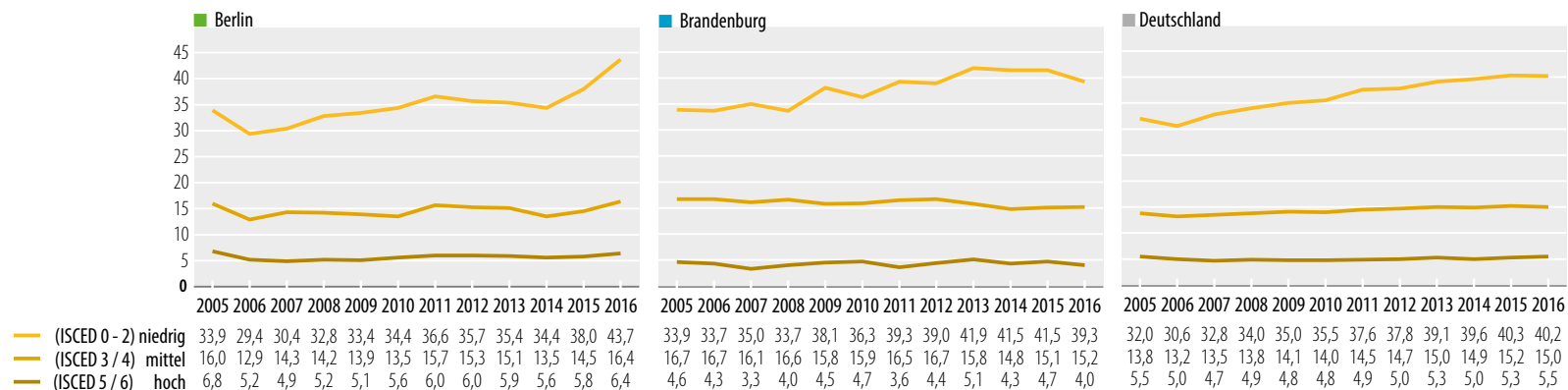
Datenquellen | Methodische Hinweise ►

... nach Region und Bildungsabschluss des Haupteinkommensbezieher/s im Haushalt 2016



Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach höchstem allgemeinen und beruflichen Abschluss des Haupteinkommensbezieher/s im Haushalt und Region

Relevanz Indikator für den Zusammenhang von Bildungsabschluss des Haupteinkommensbezieher/s im Haushalt und Armutsgefährdung



1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab V von frühen Schulabgängern nach Geschlecht

Ergebnisse Die Armutsgefährdungsquoten der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger sind aufgrund der Einschränkung auf eine kleine Altersgruppe von größeren Zufallsschwankungen betroffen. Fest steht jedoch, dass die Armutsgefährdung dieser Bevölkerungsgruppe erheblich über dem Landesdurchschnitt liegt und auch höher ist als die Armutsgefährdung der gleichaltrigen Bevölkerung, die entweder eine Fach(Hoch-)schulreife oder eine abgeschlossene Berufsausbildung hat oder sich in Ausbildung befindet.

In **Berlin** ist fast jede(r) zweite frühe Schulabgänger(in) armutsgefährdet (48,0%), wobei keine ausgeprägten Unterschiede zwischen den Geschlechtern existieren. Die Quote unterliegt starken Schwankungen, sodass nicht von einer eindeutigen Tendenz im Zeitverlauf gesprochen werden kann. Ein Vergleich der Armutsgefährdungsquoten ab 2014 mit den vorherigen Jahren ist aufgrund der ab 2014 im Mikrozensus verwendeten neuen ISCED-Skala in der Fassung von 2011 nur eingeschränkt möglich. Zwischen 2015 und 2016 ist ein leichter Anstieg der Quote zu beobachten.

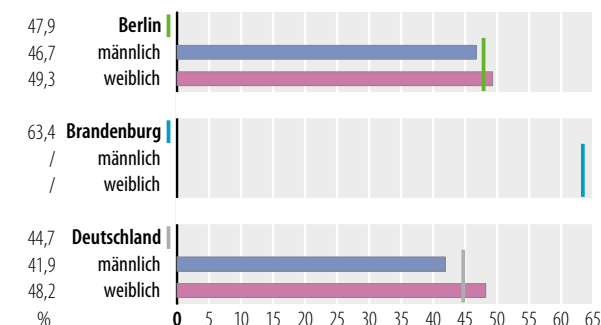
In **Brandenburg** sind sogar knapp zwei Drittel (63,4%) der frühen Schulabgänger und Schulabgängerinnen armutsgefährdet. Hier reichen die Fallzahlen nicht für eine Betrachtung der beiden Geschlechter aus. Über den betrachteten Zeitraum von 2005 bis 2014 ist nach einem initialen Abfallen der Quote auf ein Minimum von 41,6% im Jahr 2006 ein leichter Anstieg der Quote bis 2014 zu erkennen (51,2%). Zwischen 2015 und 2016 stieg die Armutsgefährdungsquote der frühen Schulabgänger noch einmal deutlich um rund 12 Prozentpunkte. Die hohen Armutsgefährdungsquoten der frühen Schulabgänger und Schulabgängerinnen zeigen die Bedeutung von qualifizierten Abschlüssen für die soziale Teilhabe und Integration.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

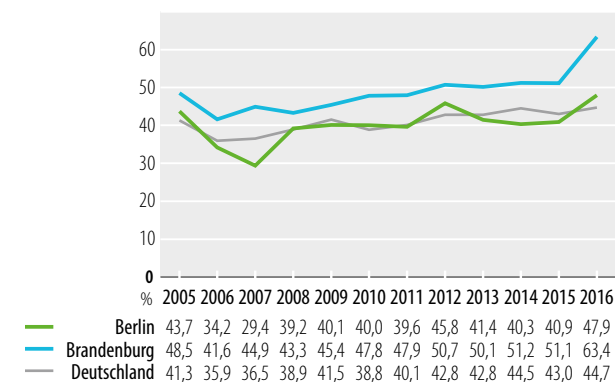
Definition Anteil der frühen Schulabgänger mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle an allen frühen Schulabgängern nach Geschlecht und Region

Relevanz Ergänzung des Indikators D 2 Anteil der frühen Schulabgänger (5 und SI-P6 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration) um die Armutsgefährdung der frühen Schulabgänger

... von frühen Schulabgängern nach Region und Geschlecht 2016



... der frühen Schulabgänger nach Region 2005 – 2016



1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

VI nach Haushaltstyp

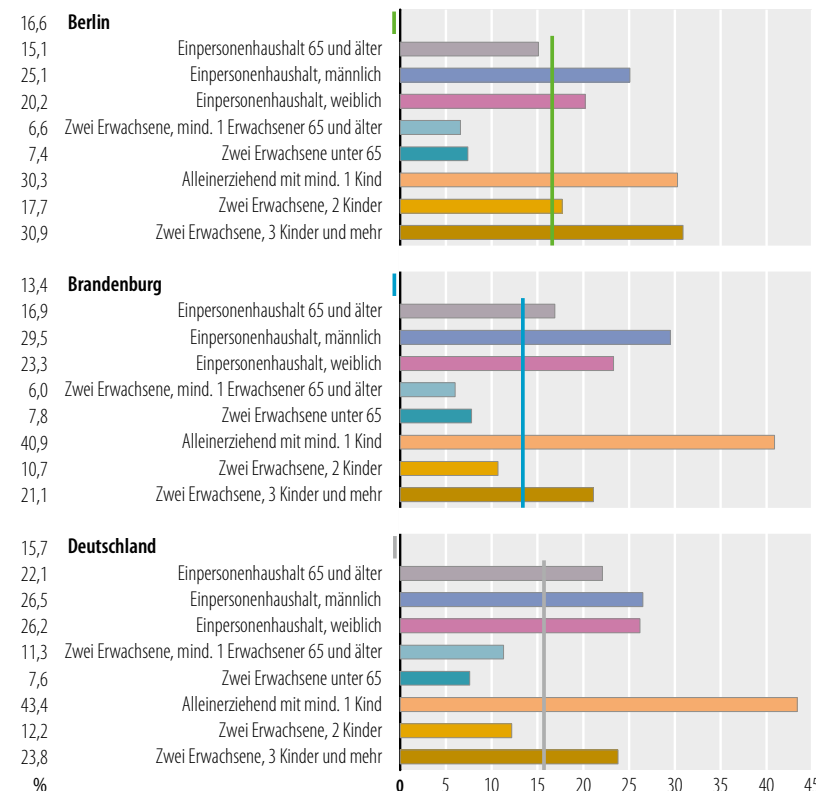
Ergebnisse Die Armutsgefährdung ist in hohem Maße von der Haushaltszusammensetzung abhängig. Eine geringere Zahl von Einkommensbeziehern und -bezieherinnen – etwa in Haushalten von Alleinerziehenden oder mit Kindern ohne Einkommen – erhöhen die Armutsgefährdung für alle in diesen Haushalten lebenden Personen.

In **Berlin** sind Personen in Haushalten mit zwei Erwachsenen und drei oder mehr Kindern mit 30,9% sowie Personen in Haushalten von Alleinerziehenden mit 30,3% am stärksten armutsgefährdet. Dagegen weisen Personen in Haushalten mit zwei Erwachsenen und einem Kind mit 10,4% (siehe Tabellen) ein unterdurchschnittliches und Personen in Haushalten mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern mit 17,7% ein durchschnittliches Armutsrisiko auf. In kinderlosen Haushalten sind insbesondere Personen im erwerbsfähigen Alter, die alleine in einem Haushalt leben (25,4%; siehe Tabellen) sowie männliche Einpersonenhaushalte (25,1%) armutsgefährdet. Deutlich unter dem Berliner Durchschnitt von 16,6% liegen Zweipersonenhaushalte mit mindestens einem Erwachsenen ab 65 Jahren (6,6%) sowie Zweipersonenhaushalte von Personen unter 65 Jahren (7,4%). Unter den Haushalten mit abhängigen Kindern ist die Armutsgefährdungsquote für Alleinerziehende insgesamt rückläufig: Von 1996 bis 2015 ist die Quote deutlich um rund 10 Prozentpunkte gesunken. Nach einem leichten Anstieg in 2016 liegt die Quote rund vier Prozentpunkte unter dem Ausgangsniveau von 1996.

In **Brandenburg** sind Personen in Haushalten von Alleinerziehenden mit 40,9% am weitaus stärksten armutsgefährdet. Darüber hinaus weisen Personen im erwerbsfähigen Alter, die alleine in einem Haushalt leben (31,8%) sowie männliche Einpersonenhaushalte (29,5%) eine weit überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote auf. Haushalte von zwei Erwachsenen, von denen mindestens einer 65 Jahre und älter ist (6,0%) und Haushalte mit zwei Erwachsenen unter 65 Jahren (7,8%) sind dagegen unterdurchschnittlich oft von Armut bedroht. Ein merklicher Abstand besteht zwischen Haushalten mit zwei Erwachsenen und drei oder mehr Kindern (21,1%) und Haushalten mit zwei Erwachsenen und einem Kind (8,0%) oder zwei Kindern (10,7%). Die Armutsgefährdungsquote von Alleinerziehenden ist in Brandenburg zwischen 1996 und 2016 mit Schwankungen leicht gestiegen, während die Quoten für Haushalte mit zwei Erwachsenen und einem oder zwei Kindern im selben Zeitraum relativ stabil blieben.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

... nach Region und Haushaltstyp 2016

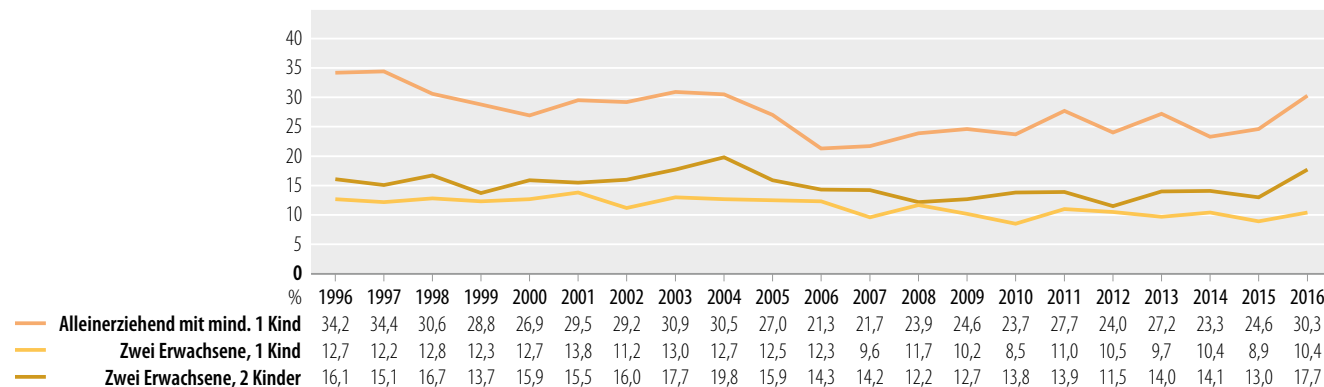


Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Haushaltstyp und Region

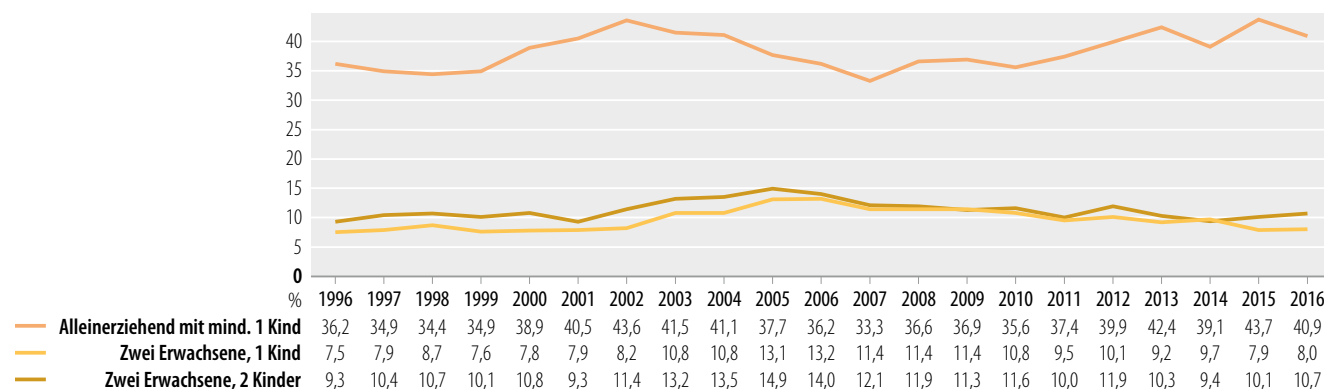
Relevanz Indikator für den Zusammenhang von Haushaltstyp und Armutsgefährdung; entspricht den Indikatoren 1a, SI-S1a und PN-P9 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

... nach Region und Haushaltstyp 1996 – 2016

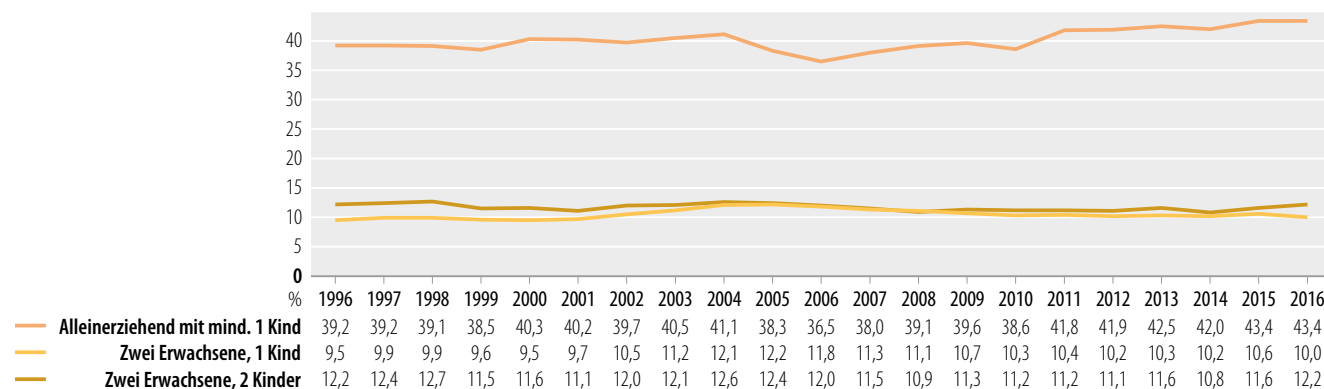
Berlin



Brandenburg



Deutschland



1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

VII von Erwerbstätigen nach Stellung im Beruf und Vollzeit/Teilzeittätigkeit

Ergebnisse In **Berlin** leben 7,8 % der erwerbstätigen Personen trotz ihres Erwerbseinkommens unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle, wobei Teilzeiterwerbstätige mit 17,8 % erheblich häufiger betroffen sind als Vollzeiterwerbstätige (4,1%). Unerheblich für die Armutsgefährdung ist, ob die Erwerbstätigen selbständig oder angestellt sind. Die Armutsgefährdungsquoten dieser Gruppen haben sich im Betrachtungszeitraum von 1996 bis 2016 nicht wesentlich verändert.

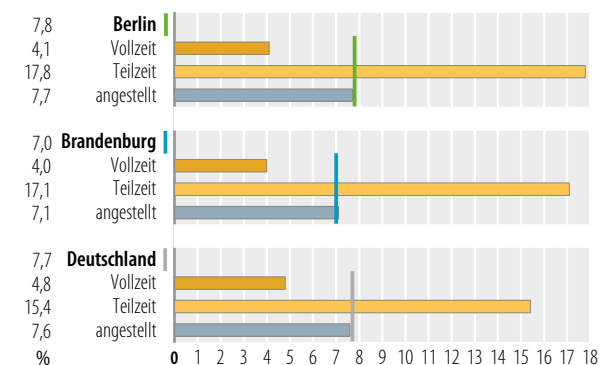
In **Brandenburg** beträgt die Armutsgefährdungsquote bei Erwerbstätigen 7,0%. Wie in Berlin haben in Brandenburg Teilzeiterwerbstätige ein erhöhtes Armutsrisiko von 17,1%, bei Vollzeiterwerbstätigen ist es wesentlich geringer (4,0%). Auch in Brandenburg unterscheiden sich die abhängig Erwerbstätigen bezüglich ihres Armutsrisikos nicht von den Selbständigen. Im Zeitverlauf sind die Armutsgefährdungsquoten außer bei den Vollzeiterwerbstätigen angestiegen. Den höchsten Anstieg mussten die Teilzeiterwerbstätigen hinnehmen (um rund acht Prozentpunkte), wobei diese Steigerung von 1996 bis zum Jahr 2006 stattfand. In den letzten 10 Jahren verblieb die Quote auf einem relativ stabilen hohen Niveau.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

Definition Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Stellung im Beruf, Umfang der Erwerbstätigkeit und Region

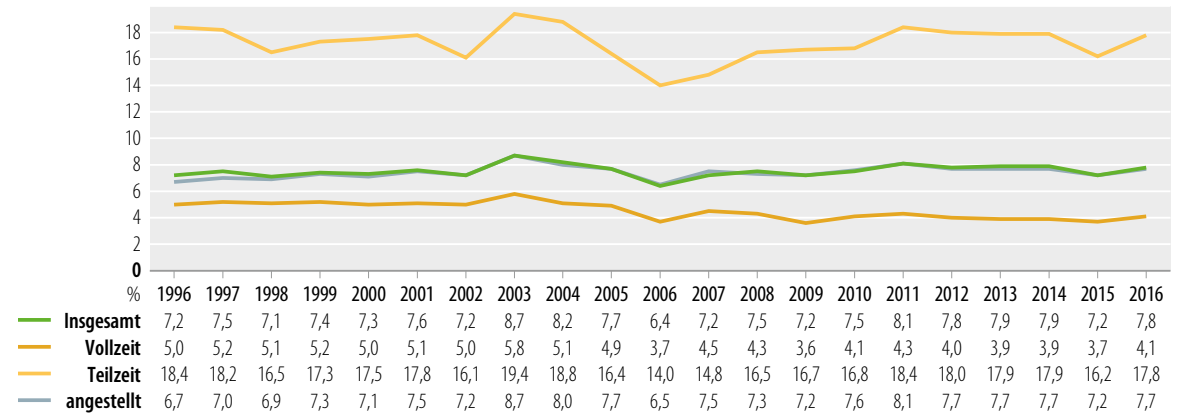
Relevanz Erwerbseinkommen wird als entscheidend dafür angesehen, Einkommensarmut zu verhindern. Der Indikator beschreibt den Anteil der Personen, die trotz eigener Erwerbstätigkeit einkommensarm sind; er entspricht den Indikatoren 11, SI-P13 und SI-C8 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

... nach Region, Arbeitsumfang und Stellung im Beruf 2016

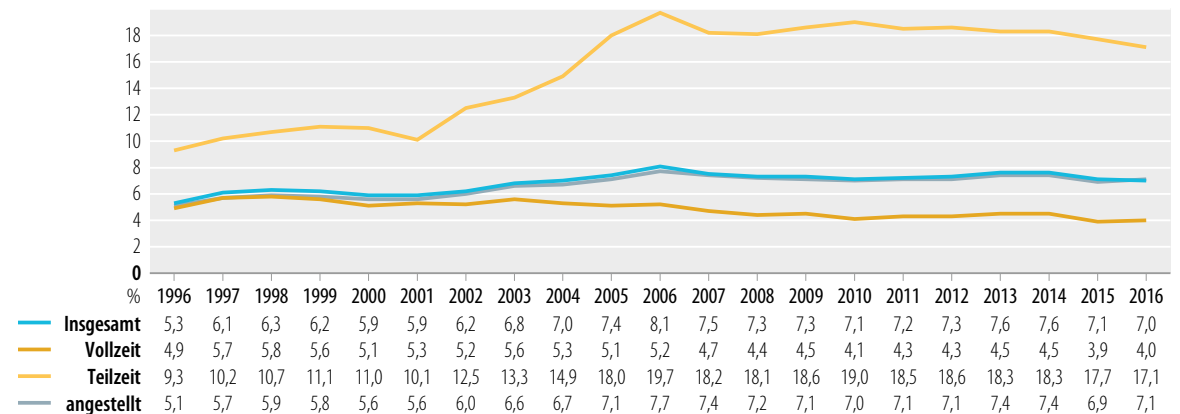


... nach Region, Arbeitsumfang und Stellung im Beruf 1996 – 2016

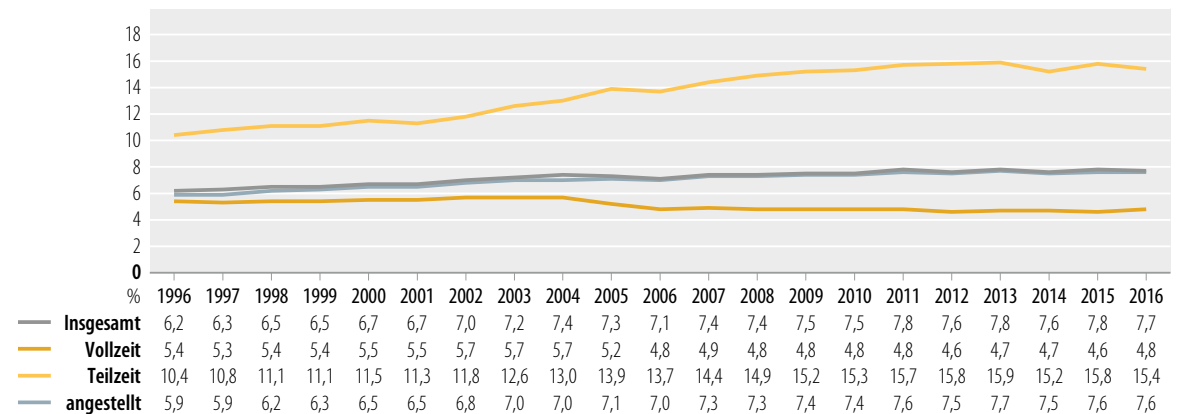
Berlin



Brandenburg



Deutschland



1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

VIII der Bevölkerung, die in Haushalten ohne Erwerbstätige lebt nach Haushaltstyp, Altersgruppen und Geschlecht

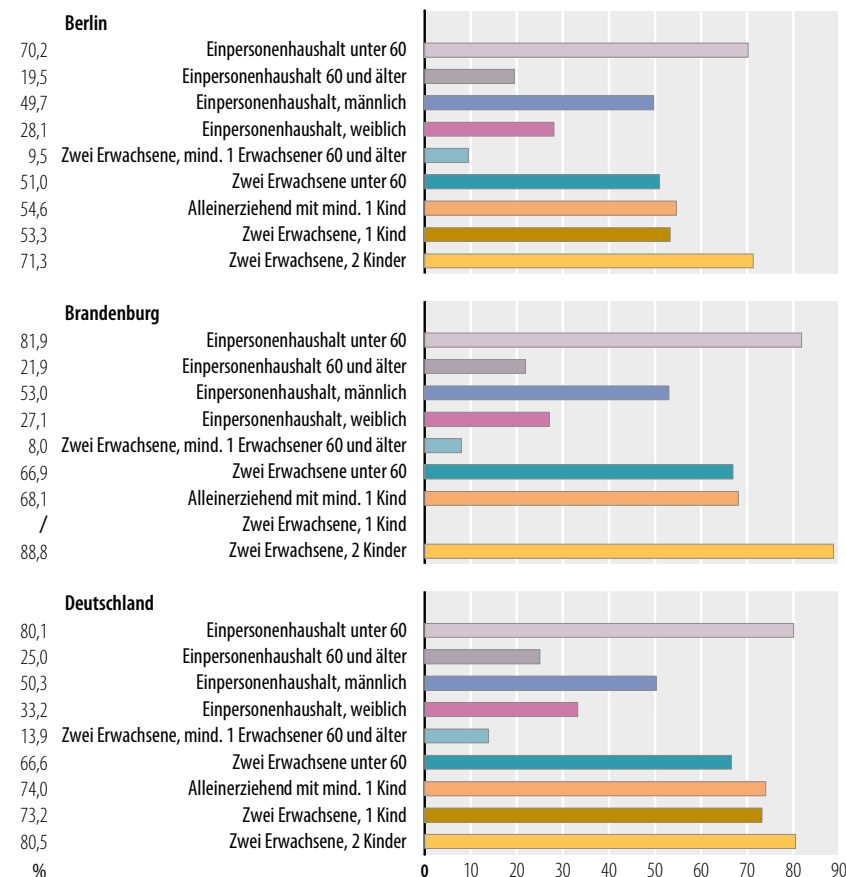
Ergebnisse Personen im erwerbsfähigen Alter und darunter, die in einem Haushalt ohne Erwerbstätigen leben, haben ein deutlich ausgeprägtes Armutsrisiko. Diese Personen leben offensichtlich von Transfereinkommen, das nicht ausreichend ist, um über die Armutsgefährdungsschwelle zu gelangen. Für Personen ab 60 Jahren sieht die Situation allerdings anders aus. Ein Großteil erhält Einkommen aus Rente oder Pension, das recht zuverlässig vor Armutsgefährdung bewahrt.

In **Berlin** haben Personen in erwerbslosen Haushalten mit zwei Erwachsenen und mehr als einem Kind das größte Armutsrisiko, wobei die Quote mit drei und mehr Kindern (72,4 %) nicht wesentlich über dem Armutsrisiko mit zwei Kindern im Haushalt (71,3 %) liegt. Auch erwerbslose Personen unter 60 Jahren, die in Einpersonenhaushalten leben, sind mit 70,2 % stark armutsgefährdet. Dagegen liegt das Armutsrisiko von Personen aus nichterwerbstätigen Zweipersonenhaushalten ohne Kinder, in denen mindestens ein Erwachsener 60 Jahre und älter ist bei 9,5 %. Nachdem die Armutsgefährdungsquote für Personen in erwerbslosen Haushalten insgesamt von 1996 bis 2014 von 33,3 % auf 25,9 % zurückgegangen ist, muss für die letzten zwei Jahre ein erneuter Anstieg beobachtet werden auf zuletzt 32,5 % im Jahr 2016.

In **Brandenburg** sind vier von fünf (81,9 %) erwerbslosen Einpersonenhaushalten unter 60 Jahren armutsgefährdet. In erwerbslosen Haushalten mit zwei Erwachsenen und zwei abhängigen Kindern sind sogar 88,8 % der Personen armutsgefährdet. Wie in Berlin haben in Brandenburg Personen in Zweipersonenhaushalten ohne Kinder mit mindestens einer Person ab 60 Jahren das geringste Armutsrisiko (8,0 %). In Brandenburg ist die Armutsgefährdungsquote für Personen, die in erwerbslosen Haushalten leben, von 1996 an angestiegen (1996: 20,4 %, 2016: 25,8 %). Aus der Tabelle ist ebenfalls zu entnehmen, dass es einen sehr hohen Anstieg des Armutsrisikos um rund 43 Prozentpunkte für unter 60-jährige Personen in erwerbslosen Zweipersonenhaushalten ohne Kinder gab: Von 24,0 % im Jahr 1996 auf 66,9 % im Jahr 2016. Diese Ergebnisse verdeutlichen, wie essentiell die Arbeitsmarktteilnahme wenigstens einzelner Haushaltsmitglieder für die soziale Integration des gesamten Haushalts ist.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

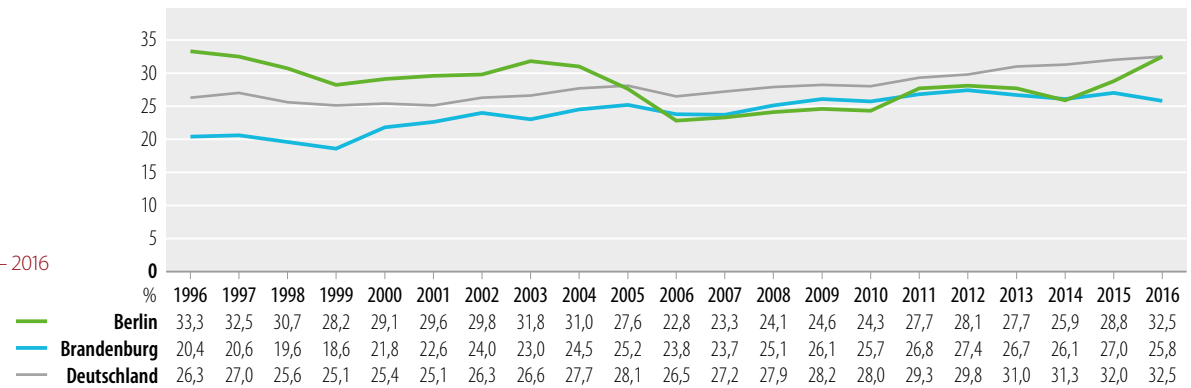
... der Bevölkerung, die in Haushalten ohne Erwerbstätige lebt, nach Altersgruppe, Geschlecht und Haushaltstyp 2016



Definition Anteil der Bevölkerung, die in Haushalten ohne Erwerbstätige lebt mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Haushaltstyp und Region

Relevanz Indikator für Armutsgefährdung in arbeitsmarktfernen Haushaltstypen; angelehnt an den Indikator SI-S1b aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

... der Bevölkerung, die in Haushalten ohne Erwerbstätigen lebt 1996 – 2016



1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

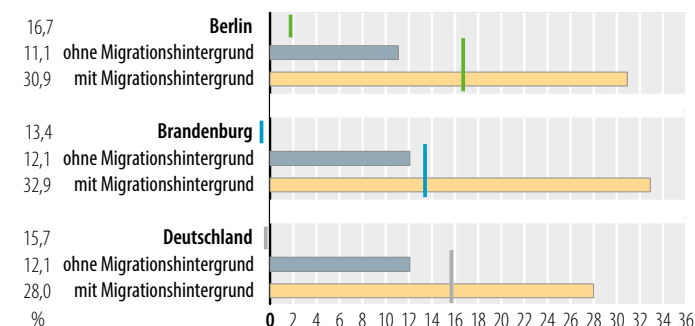
IX nach Migrationshintergrund

Ergebnisse In **Berlin** ist die Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung mit Migrationshintergrund mit 30,9% etwa drei Mal so hoch wie die der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (11,1%) und weicht damit sehr stark vom Landesdurchschnitt (16,7%) ab. Zwischen 2006 und 2014 lag die Quote recht stabil bei einem Viertel der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und ist seit 2015 wieder leicht gestiegen. Für die Berliner Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ist die Armutsgefährdungsquote seit 2005 relativ konstant.

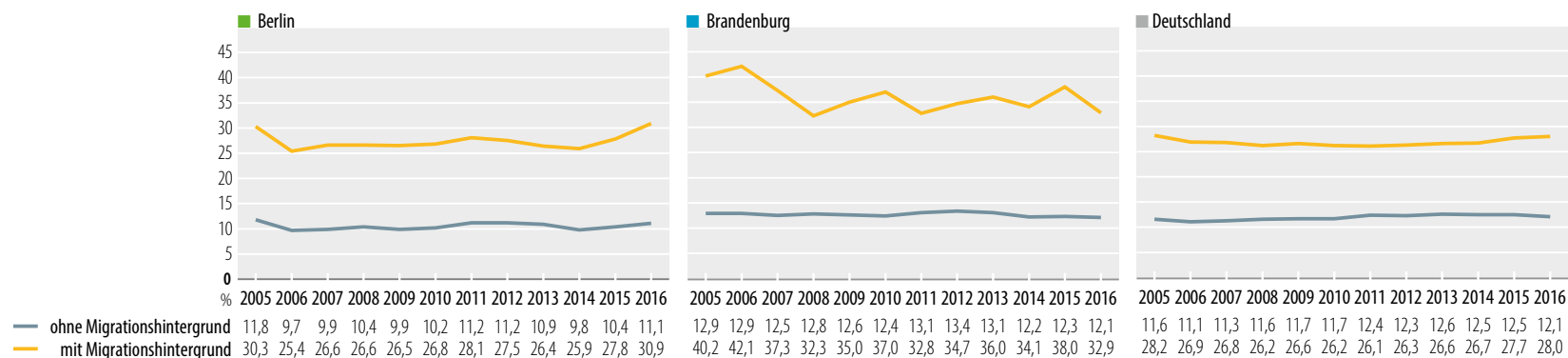
Auch **Brandenburgerinnen und Brandenburger** mit Migrationshintergrund haben ein fast drei Mal so hohes Armutsrisiko (32,9%) im Vergleich zu Brandenburgern und Brandenburgerinnen ohne Migrationshintergrund (12,1%) und befinden sich damit weit über dem Durchschnitt von 13,4%. Das Armutsrisiko der Brandenburger Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist im Zeitverlauf leichten Schwankungen ohne klare Tendenz unterworfen.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

... der Bevölkerung nach Region und Migrationshintergrund 2016



... der Bevölkerung nach Region und Migrationshintergrund 2005 – 2016



Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Migrationshintergrund und Region

Relevanz Indikator für die Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

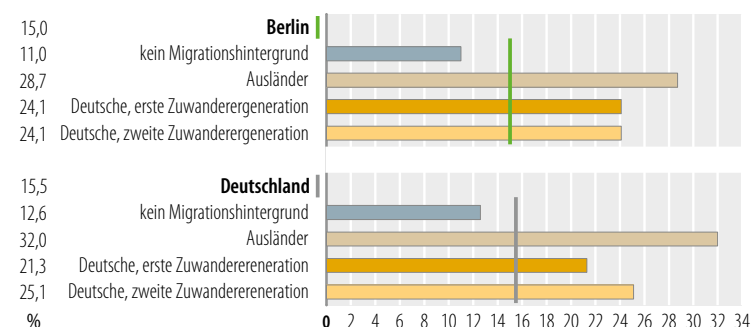
X nach Migrationshintergrund gemäß Berliner PartIntG

Ergebnisse Für den Indikator A1a X werden die Armutsgefährdungsquoten der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gemäß Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz des Landes Berlin (PartIntG) differenziert nach der Staatsangehörigkeit und der Zuwanderungserfahrung betrachtet.

Danach haben ausländische **Berlinerinnen und Berliner** das höchste Armutsrisiko (28,7%), gefolgt von Personen mit Migrationshintergrund und deutscher Staatsangehörigkeit (24,1%). Die Zuwanderungserfahrung bei Deutschen mit Migrationshintergrund hat im Jahr 2013 keinen zusätzlichen Einfluss auf die Armutsgefährdung mehr. Für Berlinerinnen und Berliner ohne Migrationshintergrund gibt es zum Indikator A1a VIII praktisch keinen Unterschied in den Armutsgefährdungsquoten. Die Entwicklung der Armutsgefährdungsquoten innerhalb der Berliner Bevölkerung mit Migrationshintergrund verlief uneinheitlich. Bei Ausländerinnen und Ausländern sowie bei Deutschen mit Migrationshintergrund der zweiten Generation, also ohne Zuwanderungserfahrung ist die Tendenz sinkend. Für Deutsche mit Zuwanderungserfahrung muss im Jahr 2013 eine steigende Armutsgefährdung konstatiert werden.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

... nach Region und Migrationshintergrund gemäß Berliner PartIntG 2013

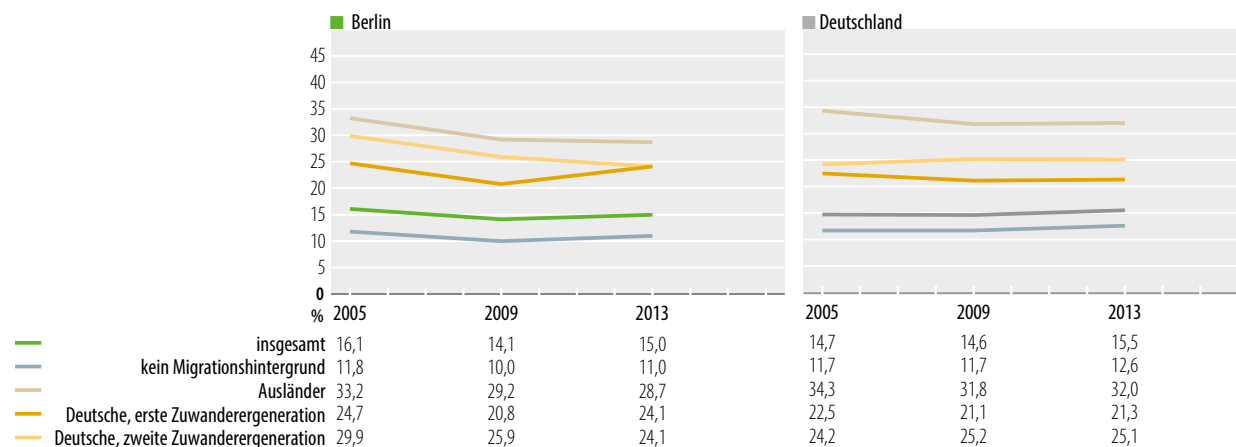


Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Migrationshintergrund gemäß Partizipations- und Integrationsgesetz des Landes Berlin (PartIntG) nach Region

Relevanz Indikator für die Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

A 1a X

... der Bevölkerung nach Migrationshintergrund gemäß Berliner PartIntG 2005 – 2013



1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab | im Bundesmaßstab A 1b III ►

XI der älteren Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht

Ergebnisse In **Berlin** sind die Armutsgefährdungsquoten der älteren Bevölkerung bei allen Altersschnitten erheblich geringer als die der jeweils jüngeren Bevölkerung. Dabei sinkt die Armutsgefährdung mit zunehmendem Alter stetig. Während bei den Personen ab 60 Jahren 11,4 % armutsgefährdet sind, beträgt die Armutsgefährdungsquote bei den Personen im Alter von 75 Jahren und älter noch 8,2 %. Armutsgefährdung im Alter und auch gerade bei Hochbetagten ist damit zwar existent, aber im Verhältnis zum Armutsrisiko der jüngeren Generationen als eher gering einzuschätzen. Allerdings steigen die Armutsgefährdungsquoten der älteren Bevölkerung seit 2006 in höherem Maße als die des jüngeren Teils der Bevölkerung an und liegen für die Altersgruppen der 60-Jährigen und älter sowie der 65-Jährigen und älter im Jahr 2016 erstmals über den 1996-er Quoten. Im Berichtsjahr 2016 sind Unterschiede zwischen Männern und Frauen im Armutsrisiko der älteren Bevölkerung nicht auffällig. Soweit aussagekräftige Daten nach Geschlecht vorliegen (siehe Tabellen), ist das Armutsrisiko für ältere Männer seit 1996 insgesamt stärker angestiegen als für ältere Frauen.

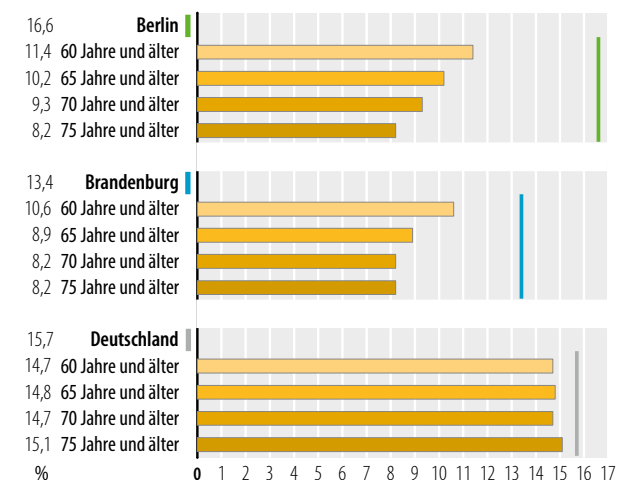
In **Brandenburg** leben 10,6 % der über 60-Jährigen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Das Armutsrisiko der höheren Altersklassen liegt nah beieinander und beträgt 8,9 % für die über 65-Jährigen und 8,2 % für die Hochbetagten. Die Quoten für die älteren Bevölkerungsgruppen betragen für Brandenburg jeweils etwas mehr als die Hälfte der Quoten der jeweils jüngeren Altersgruppe (siehe Tabellen). Seit 1996 ist die Armutsgefährdungsquote für über 60-Jährige eher angestiegen, für die Hochbetagten unter der älteren Bevölkerung dagegen leicht zurückgegangen. Das Armutsrisiko für Brandenburgerinnen liegt in den älteren Altersgruppen etwa drei Prozentpunkte über dem der Männer in der entsprechenden Altersgruppe.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

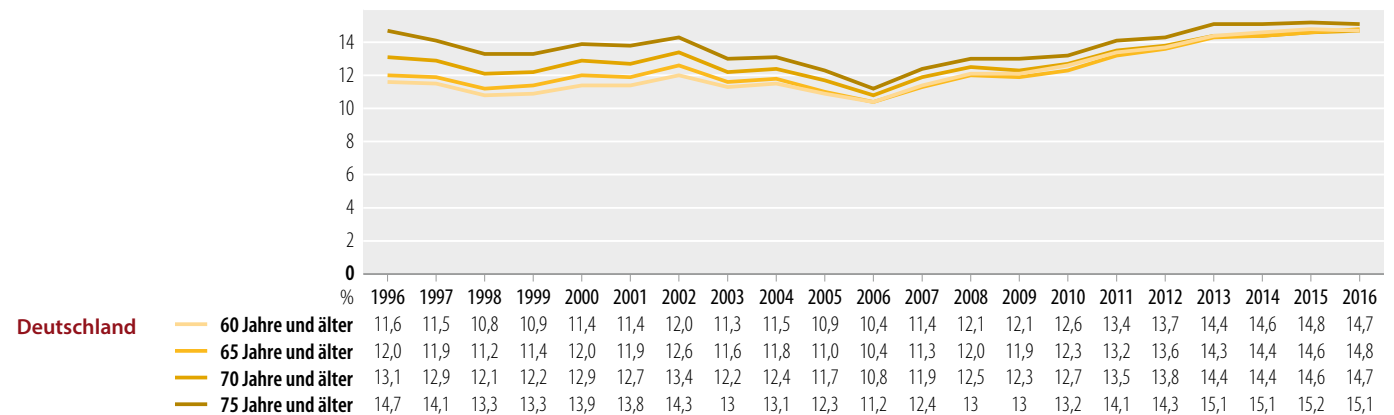
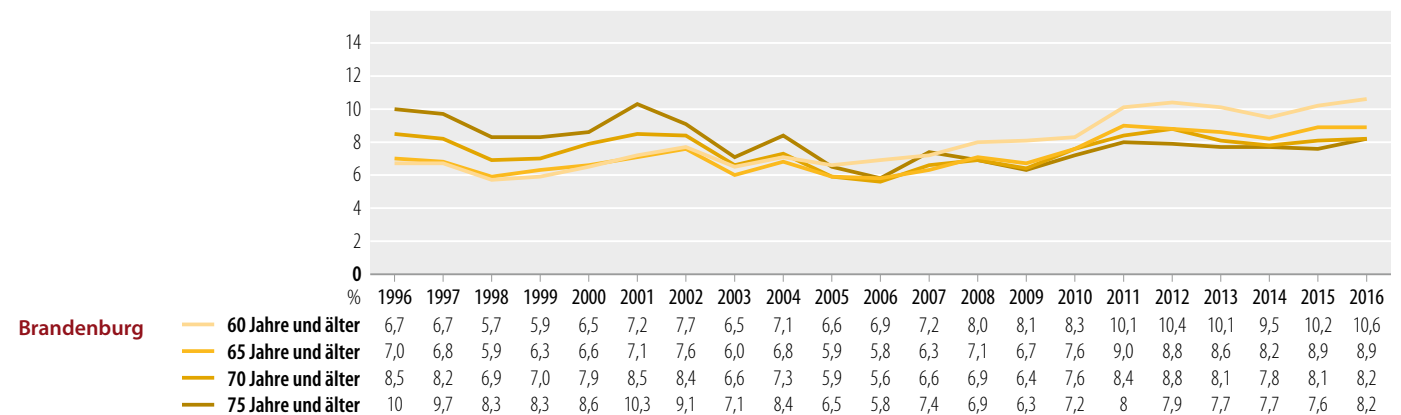
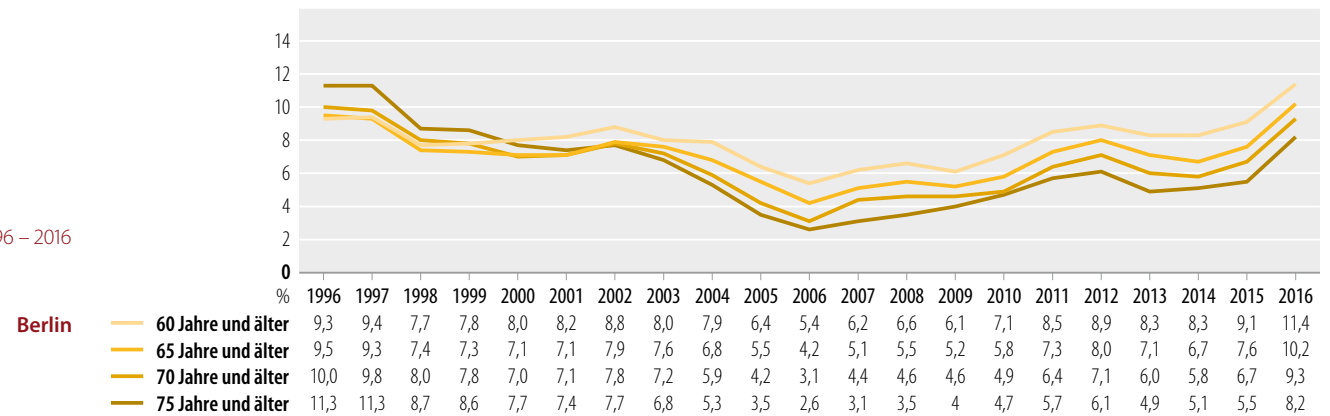
Definition Anteil der Bevölkerung ab 60 Jahren mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Geschlecht und Altersgruppen im Vergleich zur jeweils jüngeren Bevölkerung

Relevanz Indikator für Altersarmut; entspricht den Indikatoren PN-P1 und PN-S1 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

... der älteren Bevölkerung nach Region und Altersgruppen 2016



... der älteren Bevölkerung nach Region und Altersgruppen 1996 – 2016



1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

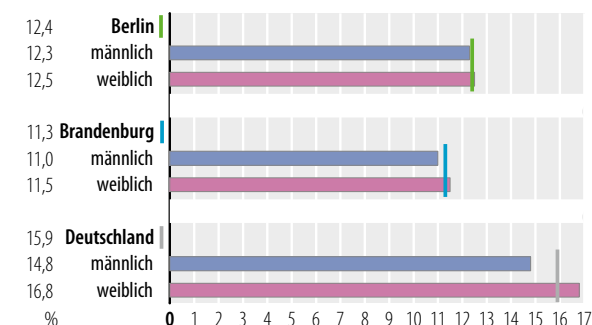
XII von Rentnern und Pensionären nach Geschlecht

Ergebnisse Die Armutsgefährdungsquote von Rentnern und Pensionären beträgt in **Berlin** 12,4 % und unterscheidet sich nicht mehr zwischen den Geschlechtern. Seit dem Jahr 2006 (5,2 %) hat sich die Quote damit mehr als verdoppelt. Während sich das anfänglich höhere Armutsrisiko der weiblichen Rentner und Pensionäre zwischen 1996 und 2006 halbiert hat (1996: 11,3 %, 2006: 4,8 %), ist es bei den Männern im selben Zeitraum relativ konstant geblieben, wodurch sich die Armutsgefährdung zwischen den Geschlechtern angeglichen hat und seitdem parallel verläuft.

In **Brandenburg** leben 11,3 % der Rentner und Pensionäre unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Ein Geschlechterunterschied ist seit 2011 nicht mehr nachweisbar. Für beide Geschlechter ist die Quote seit 1996 angestiegen – für die Männer kontinuierlich, für Frauen erst seit dem Jahr 2007. Zwischen 2006 und 2016 ist die Armutsgefährdungsquote der Brandenburger Rentner und Pensionäre um rund vier Prozentpunkte angestiegen (2006: 7,0 %).

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

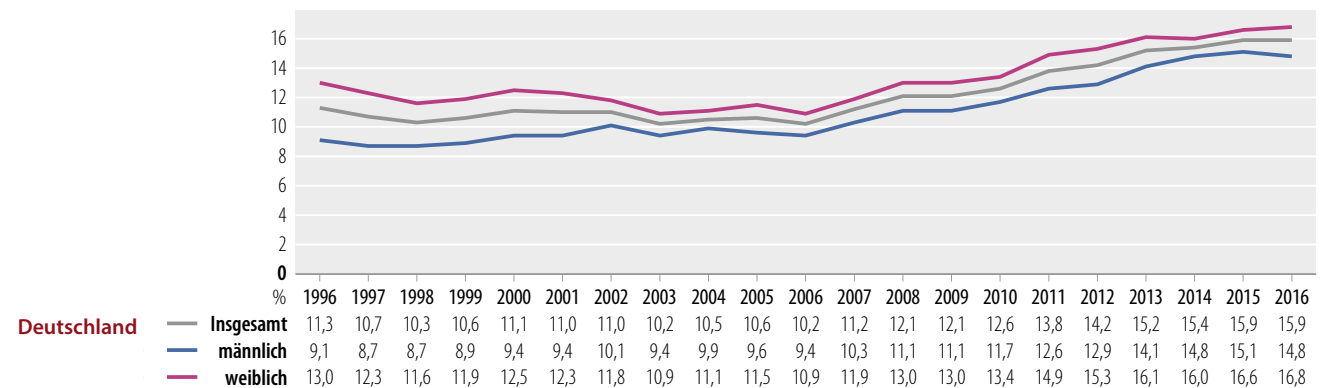
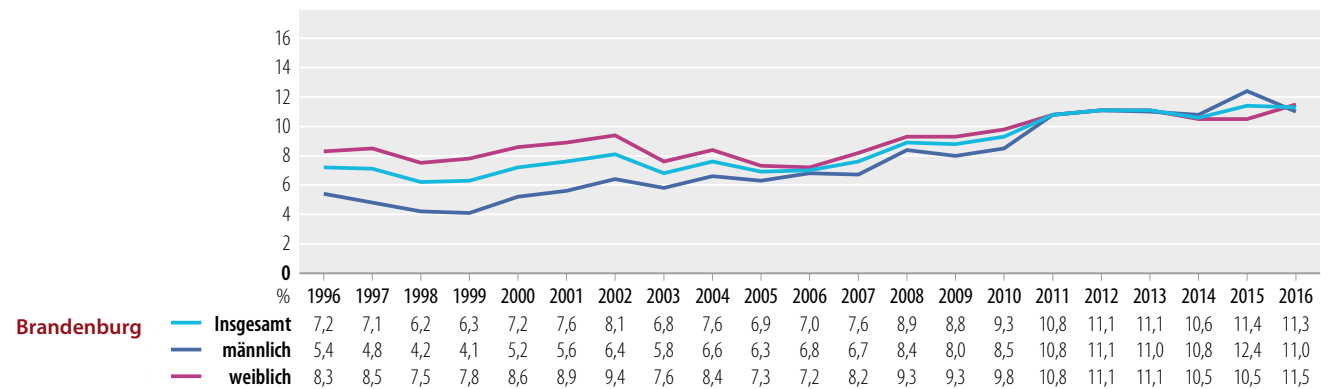
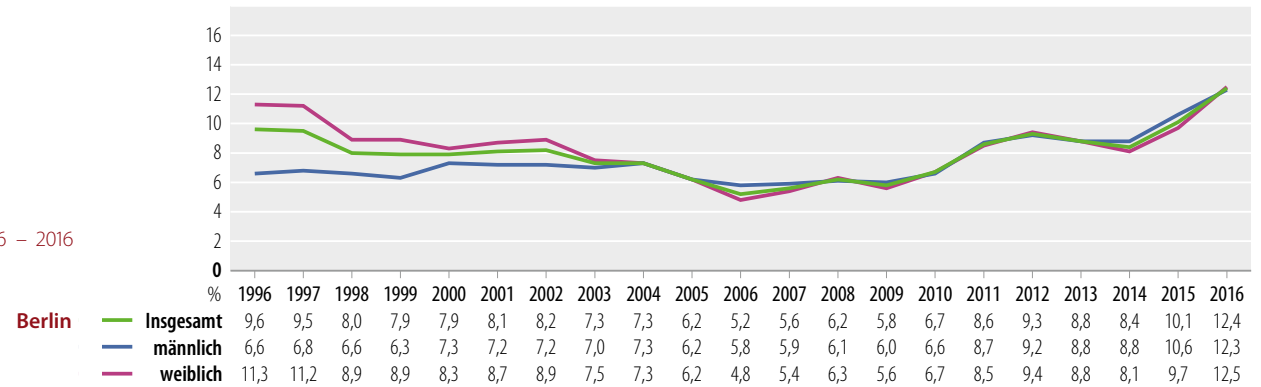
... von Rentnern und Pensionären nach Region und Geschlecht 2016



Definition Anteil der Rentner und Pensionäre mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle an allen Rentnern und Pensionären nach Geschlecht

Relevanz Indikator für Altersarmut und angemessene Renten/Pensionen; entspricht dem Indikator PN-S6 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und soziale Integration

... von Rentnern und Pensionären nach Region und Geschlecht 1996 – 2016



1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

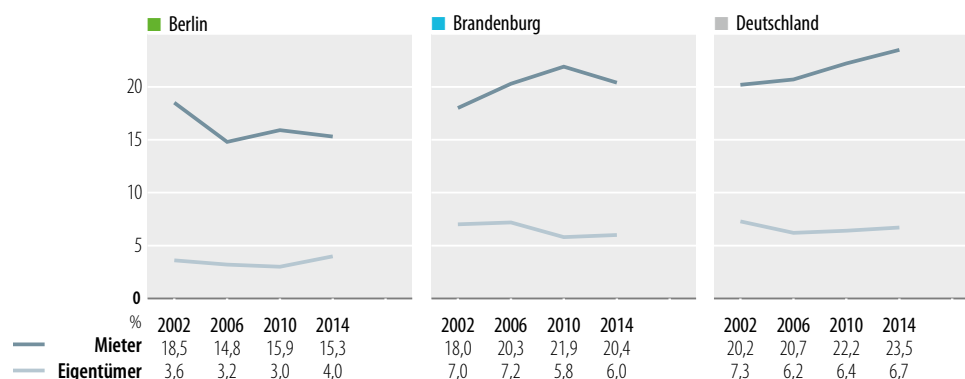
XIII nach Wohnstatus, Geschlecht und Altersgruppen

Ergebnisse Die Armutsgefährdungsquoten von Wohneigentümern und Mietern unterscheiden sich in **Berlin** um 11,3 Prozentpunkte. Mieter leben mit einem Armutsrisiko von 15,3 %, Personen, die in selbstgenutztem Wohneigentum wohnen, haben ein sehr geringes Armutsrisiko von 4,0 %. Die Unterschiede für Personen über 18 Jahren nach Geschlecht sind relativ gering. Mit wachsendem Alter gehen die Differenzen in den Armutsgefährdungsquoten zwischen Mietern und Personen in Eigentümerhaushalten zurück, bei den über 65-Jährigen beträgt der Unterschied nur noch vier Prozentpunkte. Seit dem Jahr 2006 liegt die Armutsgefährdungsquote bei Personen in Mieterhaushalten auf einem stabilen Niveau um 15 %, bei Personen in Eigentümerhaushalten ist ebenfalls noch keine eindeutige Tendenz erkennbar.

In **Brandenburg** leben 6,0 % der Personen in Eigentümerhaushalten unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle, Personen in Mieterhaushalten aber mit einem Anteil von 20,4 %. Einen Geschlechterunterschied gibt es in Brandenburg noch weniger als in Berlin. Mit wachsendem Alter sinken die Armutsgefährdungsquoten für Personen in Mieterhaushalten erheblich, für Personen in Eigentümerhaushalten steigen sie geringfügig an. So beträgt der Unterschied der Armutsgefährdungsquoten bei über 65-jährigen Mietern und Eigentümern vernachlässigbare zwei Prozentpunkte.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

... nach Region und Nutzungsart der Wohnung 2002 – 2014

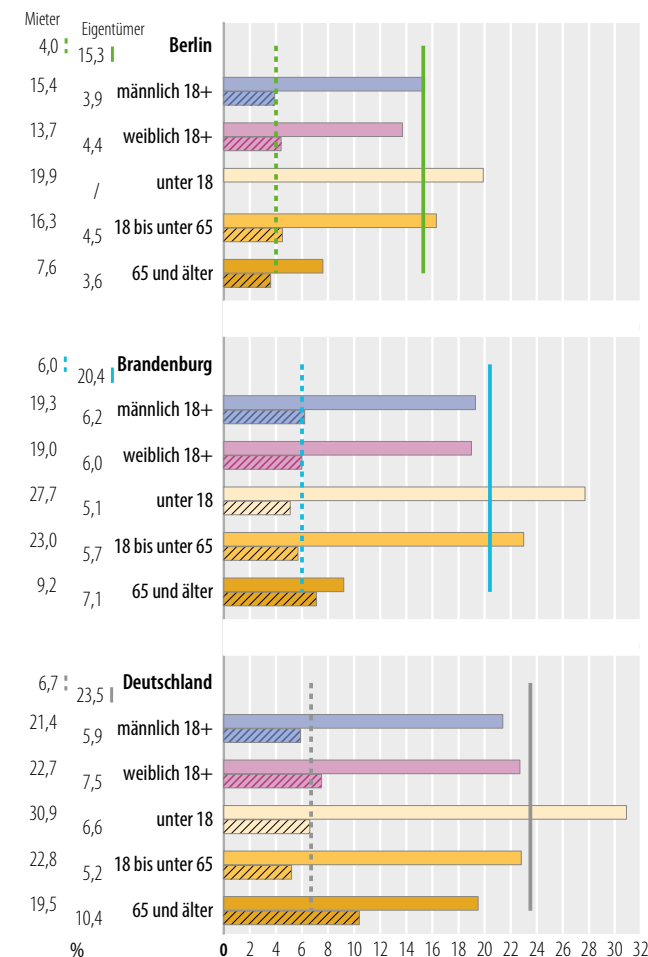


Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Nutzungsart der Wohnung, Geschlecht und Altersgruppen

Relevanz Indikator für Armutsgefährdung bei Wohnungseigentümern und Mietern, wobei aus den Einkommen von Mieterhaushalten im Gegensatz zu Eigentümerhaushalten noch Mietkosten abge-

hen; entspricht dem Indikator SI-S1d aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

... nach Region, Altersgruppen, Geschlecht und Nutzungsart der Wohnung 2014



1b Armutsgefährdungsquoten im Bundesmaßstab

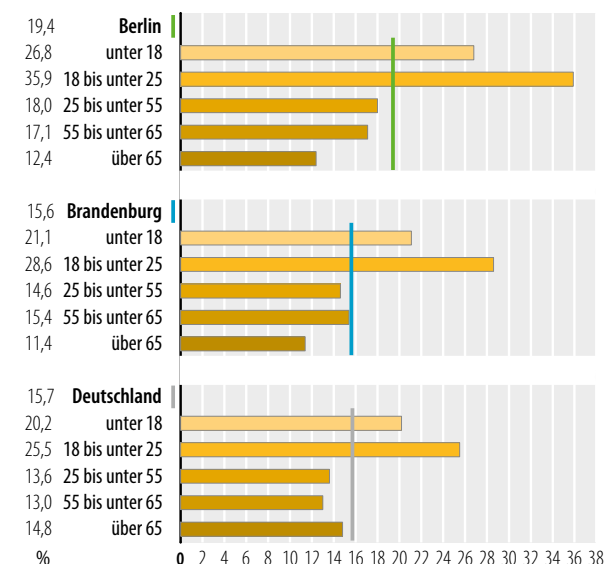
I nach Altersgruppen und Geschlecht

Ergebnisse Wenn man die bundesweite Armutsgefährdungsschwelle zum Maßstab nimmt, lebt ein Fünftel (19,4 %) der Personen in **Berlin** mit einem Armutsrisiko. Zum Vergleich ist die Armutsgefährdungsquote nach dem Landesmaßstab um rund drei Prozentpunkte niedriger. Damit gehört Berlin im Bundesvergleich zu den Ländern mit eher niedrigem Einkommensniveau. Von den Berliner Kindern unter 18 Jahren lebt mehr als ein Viertel (26,8 %) unterhalb der bundesweiten Armutsgefährdungsschwelle, von den Personen im Ausbildungsalter sogar mehr als ein Drittel (35,9 %). Nach dem Ausbildungsalter ab 25 Jahren fällt die Armutsgefährdungsquote der Berlinerinnen und Berliner unter den Berliner Durchschnitt; bei den über 65-Jährigen beträgt sie noch 12,4 %. Mit Ausnahme der über 65-Jährigen weisen Berlinerinnen ab 18 Jahren in allen Altersklassen ein leicht geringeres Armutsrisiko aus als Berliner im gleichen Alter (siehe Tabellen). Der Anteil der nach dem Bundesmaßstab armutsgefährdeten Berlinerinnen und Berliner ist seit 1996 um knapp fünf Prozentpunkte angestiegen. Einzig das Armutsrisiko von Kindern bis unter 6 Jahren ist im gleichen Zeitraum um drei Prozentpunkte gesunken. Den stärksten Anstieg (rund 11 Prozentpunkte) gab es bei Personen im Ausbildungsalter (siehe Tabellen).

In **Brandenburg** sind 15,6 % der Einwohnerinnen und Einwohner nach dem Bundesmaßstab armutsgefährdet, ein Fünftel der Kinder unter 18 Jahren (21,1 %), über ein Viertel (28,6 %) der Personen im Ausbildungsalter und von den über 65-Jährigen immer noch 11,4 %. Einen Unterschied zwischen den Geschlechtern gibt es in Brandenburg für Personen im Ausbildungsalter und für die über 65-Jährigen: Brandenburger im Ausbildungsalter haben ein etwas höheres Armutsrisiko als Brandenburgerinnen im gleichen Alter (30,3 % resp. 26,6 %), während sich dieses Verhältnis bei den über 65-Jährigen umkehrt (9,9 % resp. 12,6 %; siehe Tabellen). Im Zeitverlauf ist die Quote seit 2006 tendenziell rückläufig und entspricht im Jahr 2016 in etwa dem Ausgangsniveau von 1996 (15,3 %). Dagegen ist die Armutsgefährdungsquote für Personen im Ausbildungsalter im selben Zeitraum erheblich um 11 Prozentpunkte angewachsen, während sie für Kinder im Alter zwischen 0 bis unter 6 Jahren um acht Prozentpunkte zurückgegangen ist.

Die Berechnung der Armutsgefährdungsquote nach dem Bundesmaßstab macht einen direkten Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt möglich. Im **Bundesdurchschnitt** sind 15,7 % der Bevölkerung armutsgefährdet. Berlin gehört damit zu den Ländern mit einem unterdurchschnittlichen äquivalenzgewichteten Pro-Kopf-Einkommen. Die Armutsgefährdungsquote von Kindern ist zwar auch im

... nach Region und Altersgruppen 2016



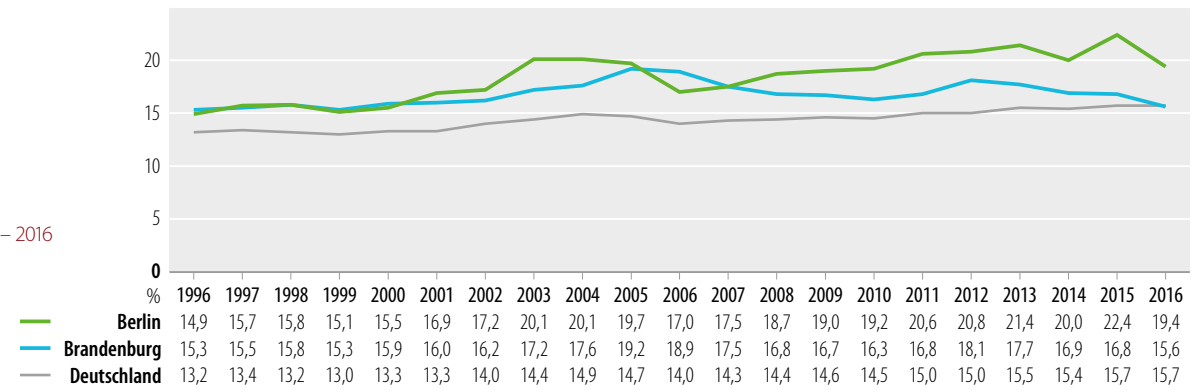
Bundesdurchschnitt erhöht, aber nicht so hoch wie in Berlin. Dagegen unterscheiden sich die Armutsrisikoquoten in Brandenburg nicht deutlich vom Bundesdurchschnitt. Seit 1996 ist die bundesweite Armutsgefährdungsquote leicht angestiegen. Das gilt sowohl für Männer als auch für Frauen.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der bundeseinheitlichen Armutsgefährdungsschwelle nach Alter, Geschlecht und Region

Relevanz Einer der 10 Primärindikatoren der „Laeken-Indikatoren“ der Europäischen Union, Hauptindikator für Einkommensarmut; entspricht den Indikatoren 1a und SI-P1 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

... nach Region 1996 – 2016



1b Armutsgefährdungsquoten im Bundesmaßstab

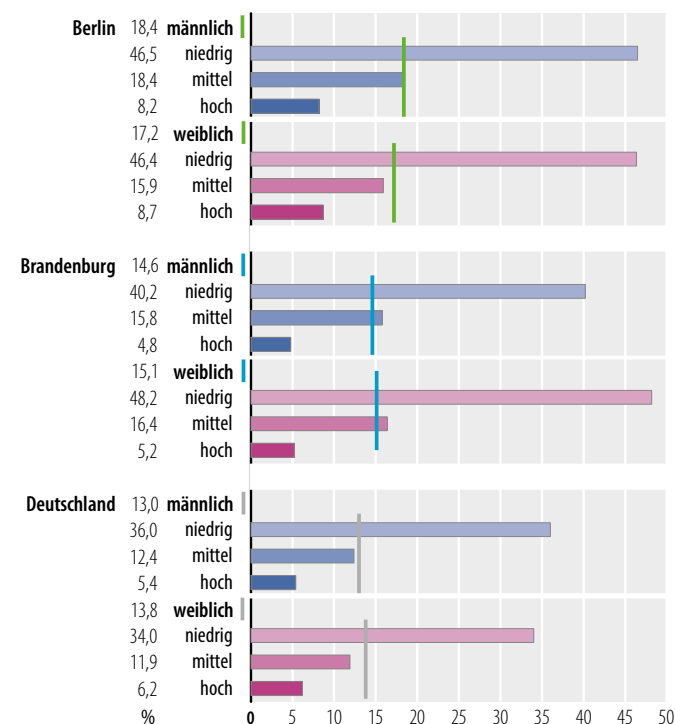
II nach Bildungsabschluss und Geschlecht

Ergebnisse In **Berlin** haben Personen mit niedrigem Bildungsabschluss im Bundesvergleich ein stark erhöhtes Armutsrisiko (46,4%). Personen mit mittleren Bildungsabschlüssen tragen ungefähr das durchschnittliche Armutsrisiko (17,1%). Ein tertiärer Bildungsabschluss senkt dagegen das Armutsrisiko auf 8,4%. Bei beiden Geschlechtern wirken dabei die Bildungsabschlüsse ähnlich. Auf Grund der ab 2014 im Mikrozensus verwendeten neuen ISCED-Skala in der Fassung von 2011 ist ein Vergleich der Armutsgefährdungsquoten ab 2014 mit den vorherigen Jahren eingeschränkt. Zwischen 2005 und 2014 ist das Armutsrisiko für Geringqualifizierte um ca. acht Prozentpunkte angestiegen, bei Berlinerinnen und Berlinern mit mittleren und höheren Bildungsabschlüssen ist die Quote 2014 auf einem ähnlichen Niveau wie 2005. Am stärksten hat sich das Armutsrisiko in diesem Zeitraum für Frauen mit niedriger Qualifikation erhöht, von 35,6 % im Jahr 2005 auf 45,2 % im Jahr 2014 (siehe Tabellen).

Geringqualifizierte **Brandenburgerinnen und Brandenburger** leben im Bundesvergleich mit einem Armutsrisiko von 43,9%. Auch mittlere Abschlüsse können das Armutsrisiko mit 16,1% nicht unter den Durchschnitt senken. Tertiär Qualifizierte sind dagegen weit unterdurchschnittlich armutsgefährdet (5,0%). Ein Geschlechterunterschied zeigt sich bei Personen mit niedrigem Bildungsabschluss: Brandenburgerinnen haben ein um acht Prozentpunkte höheres Armutsrisiko im Vergleich zu Brandenburgern mit vergleichbarem Abschluss. Ein Zeitreihenvergleich ist auch hier ab 2014 aufgrund der neuen ISCED-Skala nur eingeschränkt mit den Vorjahren möglich. Von 2005 bis 2013 ist die Armutsgefährdungsquote für geringqualifizierte Brandenburger deutlich um rund 10 Prozentpunkte angestiegen, während sich zwischen 2014 und 2016 ein Rückgang um sieben Prozentpunkte vermerken lässt. In den höheren Qualifikationsstufen hat sich das Armutsrisiko zwischen 2005 und 2013 leicht vermindert. Dieser Trend kann auch zwischen 2014 und 2016 beobachtet werden.

Auch auf **Bundesebene** ist die Armutsgefährdung von Geringqualifizierten deutlich höher als bei Personen mit mittleren und höheren Bildungsabschlüssen. Insgesamt liegt die Quote allerdings deutlich unterhalb der Berliner (minus 10 Prozentpunkte) und Brandenburger Quoten (minus vier Prozentpunkte). Unterschiede zwischen den Geschlechtern zeigen sich auf gesamtdeutscher Ebene kaum. Für Personen mit niedrigem Bildungsabschluss ist das Armutsrisiko von 2005 auf 2013 um acht Prozentpunkte gewachsen, zwischen 2014 und 2016 blieb es relativ stabil. Die gesamtdeutschen Ar-

mutgefährdungsquoten von Personen mit mittleren und höheren Abschlüssen haben sich zwischen 1996 und 2013 sowie darüber hinaus nicht verändert und liegen für Personen mit mittleren Abschlüssen bei ca. 12 % und für Hochqualifizierte bei ca. 5 %. Das steigende Armutsrisiko niedrigqualifizierter Personen unterstreicht die Bedeutung von Bildung für eine erfolgreiche soziale Integration.

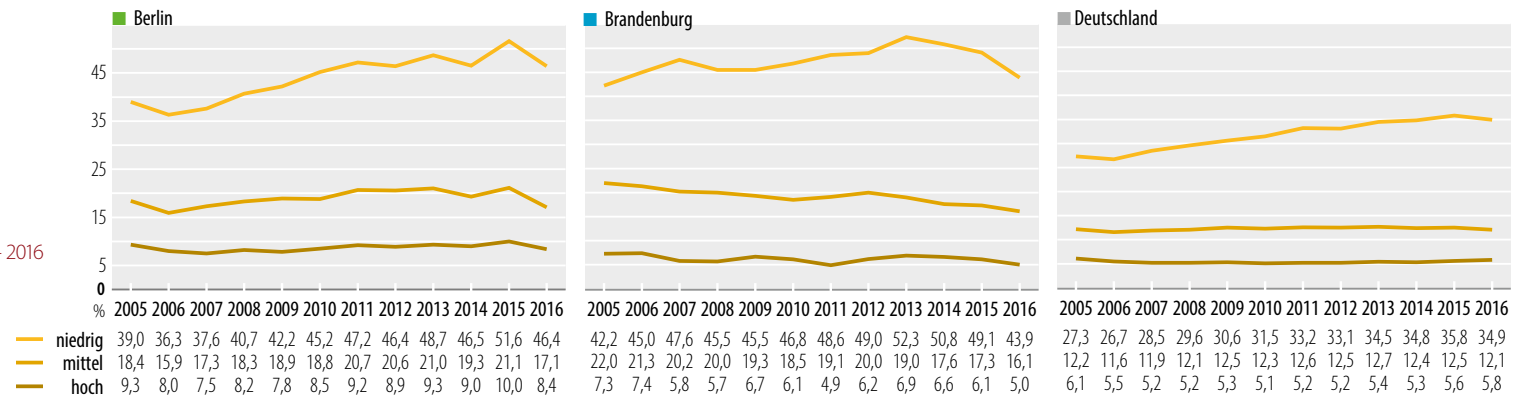
... nach Region, Geschlecht und Bildungsabschluss¹ 2016

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der bundeseinheitlichen Armutsgefährdungsschwelle im Alter von 25 bis unter 65 Jahren nach höchstem allgemeinen und beruflichen Abschluss gemäß ISCED, Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für den Zusammenhang von Bildungsabschluss und Armutsgefährdung

... nach Region und Bildungsabschluss¹ 2005 – 2016



1b Armutsgefährdungsquoten im Bundesmaßstab

III der älteren Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht

Ergebnisse Berlinerinnen und Berliner ab 60 Jahren haben auch nach dem Bundesmaßstab ein deutlich geringeres Armutsrisiko im Vergleich zur Berliner Bevölkerung der jeweils jüngeren Altersgruppen (siehe Tabellen). Dabei nimmt das Armutsrisiko mit zunehmendem Alter ab: Von den Berlinerinnen und Berlinern, die 60 Jahre oder älter sind, leben 13,6 % unterhalb der bundesweiten Armutsgefährdungsschwelle, bei den über 75-Jährigen noch 10,2 %. Die weibliche Bevölkerung ab 65 Jahren hat ein etwas höheres Armutsrisiko als die gleichaltrige männliche Bevölkerung (siehe Tabellen). Die Armutsgefährdungsquoten der älteren Bevölkerung sind zwischen 1996 und 2016 insgesamt gestiegen, insbesondere bei den jüngeren Altersklassen von Personen ab 60 Jahren und ab 65 Jahren.

Bei der **Brandenburger** Bevölkerung reduziert sich die Armutsgefährdung ebenfalls mit zunehmendem Alter. Sie liegt bei den über 60-Jährigen bei 13,0 %, bei den über 75-Jährigen bei 10,3 %. Bei den Männern sinkt die Quote mit zunehmendem Alter etwas deutlicher als bei den Frauen: sie liegt bei den über 75-Jährigen rund vier Prozentpunkte unter der der 60-Jährigen, während bei Frauen der gleichen Altersgruppen nur ein marginaler Unterschied von knapp zwei Prozentpunkten vorliegt (siehe Tabellen). Nach dem Bundesmaßstab ist die Armutsgefährdung der älteren Brandenburger Bevölkerung zwischen 1996 und 2016 für die jüngere Gruppe ab 60 Jahren tendenziell angestiegen, für die beiden höheren Altersgruppen dagegen zurückgegangen.

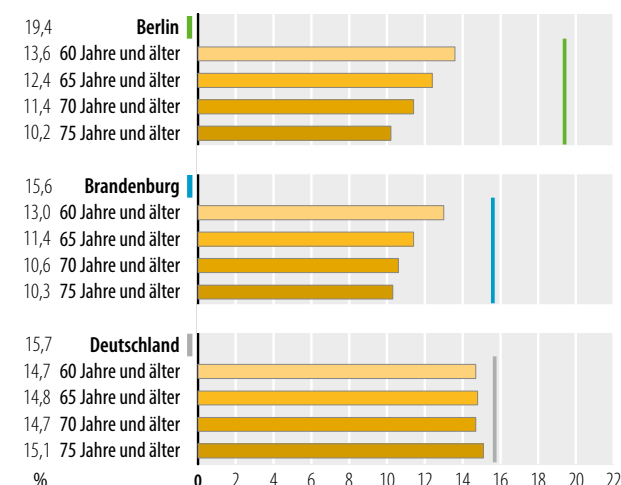
Im **Bundesvergleich** sind die Armutsgefährdungsquoten in allen Altersgruppen der älteren Bevölkerung ebenfalls geringer als in der jeweils jüngeren Altersgruppe, wobei die Unterschiede in den Quoten bei weitem nicht so groß ausfallen wie in Berlin und Brandenburg. Unter dem Gesichtspunkt der Armutsgefährdung ist die sogenannte Generationengerechtigkeit in Berlin und Brandenburg damit noch weniger gegeben als im Bundesdurchschnitt.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

Definition Anteil der Bevölkerung ab 60 Jahren mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der bundeseinheitlichen Armutsgefährdungsschwelle nach Geschlecht, Altersgruppen im Vergleich zur jeweils jüngeren Bevölkerung und Region

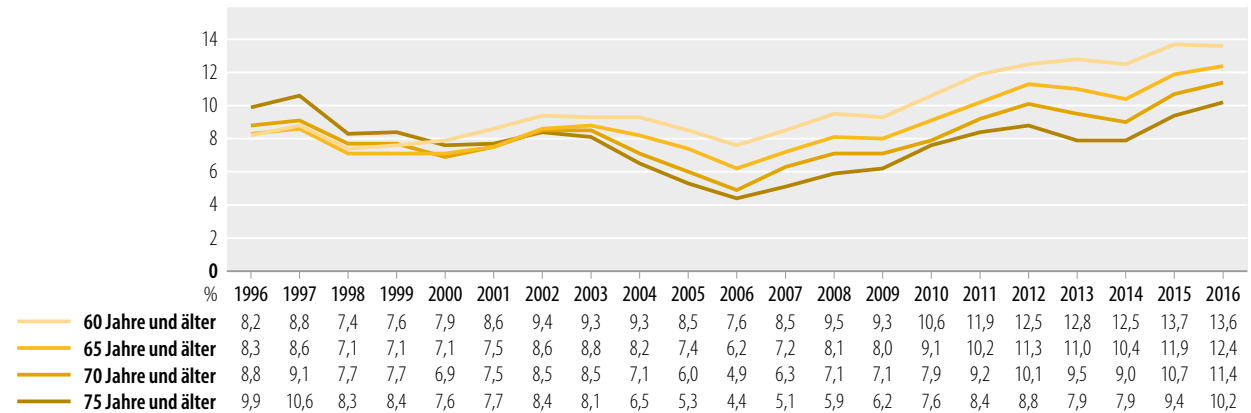
Relevanz Indikator für Altersarmut; entspricht den Indikatoren PN-P1 und PN-S1 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

... der älteren Bevölkerung nach Region und Altersgruppen 2016

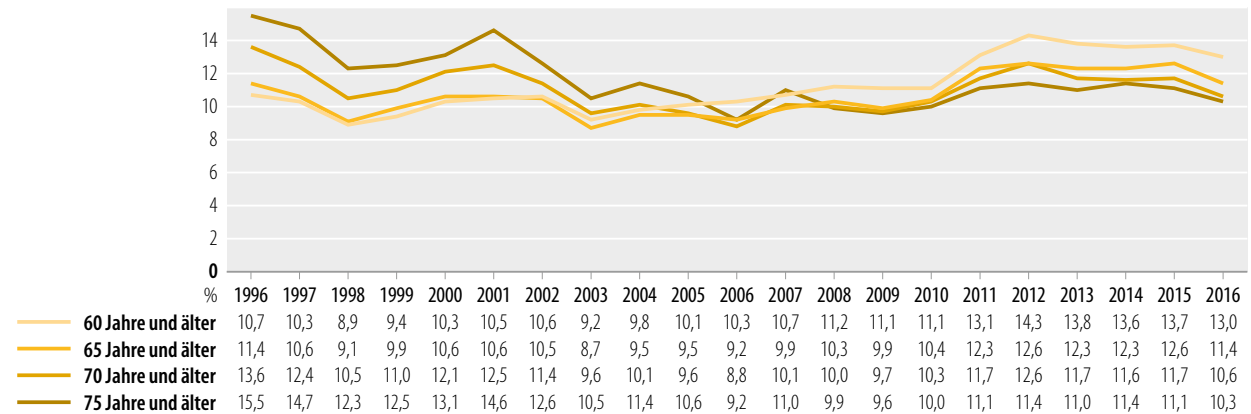


... der älteren Bevölkerung nach Region und Altersgruppen 1996 – 2016

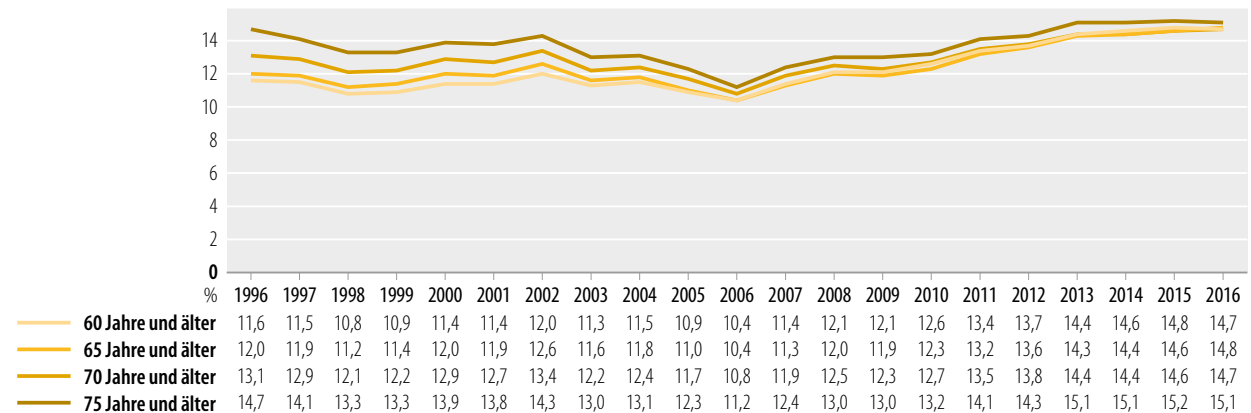
Berlin



Brandenburg



Deutschland



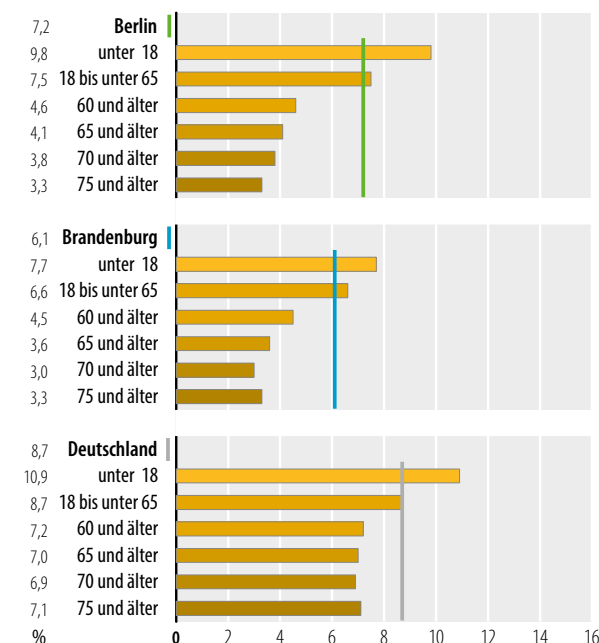
2 Armutsquoten im Landesmaßstab

Ergebnisse In **Berlin** liegt die Armutsquote bei 7,2%. Kinder haben eine überdurchschnittlich hohe Armutsquote (9,8%), dagegen sind die höheren Altersgruppen ab 60 Jahren unterdurchschnittlich oft von Armut betroffen: hier sinkt die Armutsquote kontinuierlich von 4,6% bei den über 60-Jährigen auf 3,3% bei den über 75-Jährigen. Zwischen 1996 und 2014 ist die Armutsquote insgesamt deutlich zurückgegangen. In den letzten beiden Jahren ist ein erneuter Anstieg um drei Prozentpunkte zu beobachten. Insgesamt liegen die Armutsquoten im Jahr 2016 in allen Altersgruppen unter denen von 1996 (siehe Tabellen). Besonders die Armutsquote kleiner Kinder unter 6 Jahren ist zwischen 1996 und 2016 stark zurückgegangen (1996: 19,9%, 2016: 8,8%).

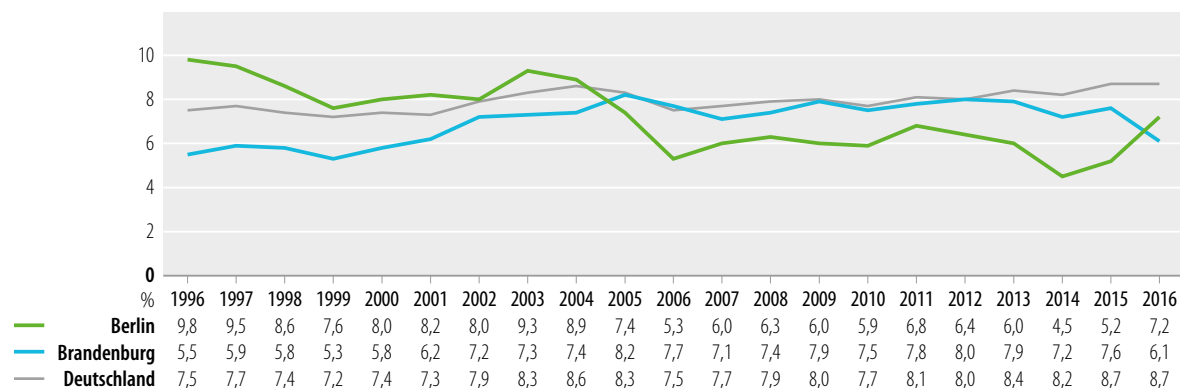
In **Brandenburg** sind 6,1% der Einwohner im Landesmaßstab arm. Die höchste Quote haben Kinder mit 7,7%. Auch in Brandenburg sind Personen ab 60 Jahren deutlich weniger oft von Armut betroffen. Die Armutsquote für die über 60-Jährigen beträgt 4,5% und für die über 75-Jährigen 3,3%. Seit 1996 ist die Armutsquote in Brandenburg leicht gestiegen. Diese Entwicklung trifft allerdings nicht auf kleine Kinder unter 6 Jahren zu: hier ist die Armutsquote seit 1996 kontinuierlich gesunken auf zuletzt 8,0% (1996: 12,2%; siehe Tabellen).

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

... nach Region und Altersgruppen 2016



... nach Region 1996 – 2016



Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsschwelle nach Altersgruppen und Region

Relevanz Ergänzender Indikator zur Armutsgefährdung; entspricht den Indikatoren SI-S1e, PN-S8 und IC-S1 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

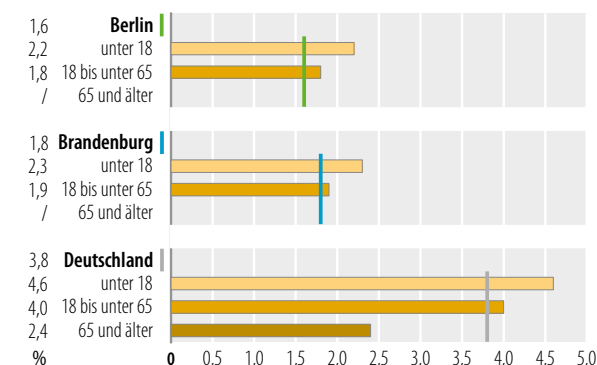
3 Quoten strenger Armut im Landesmaßstab

Ergebnisse Nur 1,6 % der Wohnbevölkerung in **Berlin** lebt unter den Bedingungen strenger Armut. Im Zeitverlauf ist die Quote strenger Armut damit deutlich rückläufig (1996: 5,4 %). Der Rückgang verlief relativ stetig und die Quote bewegt sich seit 2007 zwischen einem und zwei Prozent.

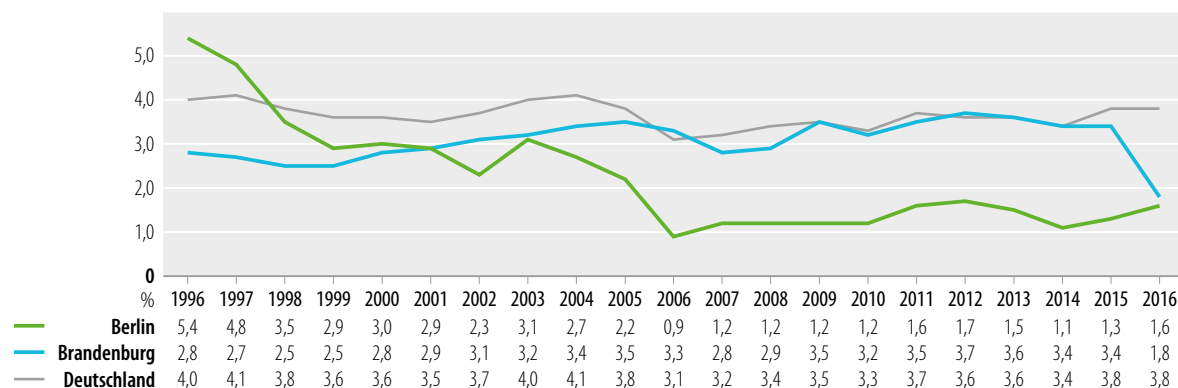
In **Brandenburg** beträgt die Quote strenger Armut 1,8 %. Zwischen 1996 und 2012 ist die Quote insgesamt leicht gestiegen. Zwischen 2015 und 2016 hat sich die Quote nahezu halbiert und liegt damit unter dem Niveau von 1996 (2,8 %).

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

... nach Region und Altersgruppen 2016



... nach Region 1996 – 2016



Definition Anteil der Bevölkerung mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb von 40 % des landesspezifischen Medians des Äquivalenzeinkommens nach Region

Relevanz Indikator für sogenannte strenge Armut; entspricht dem Indikator SI-S1e aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

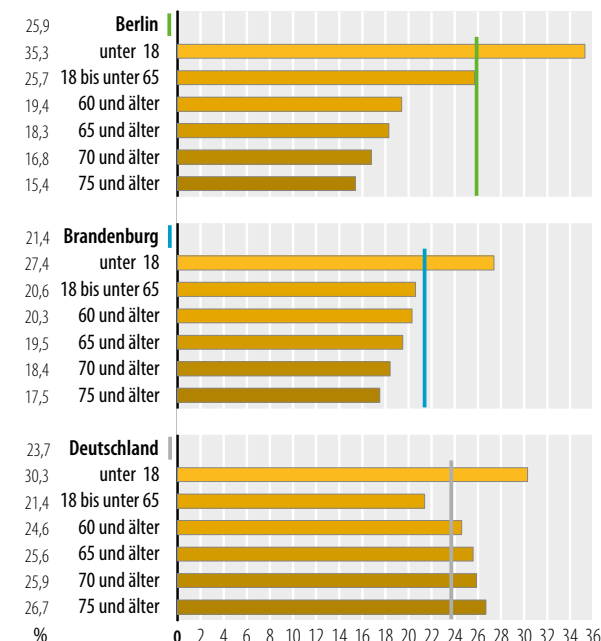
4 Anteil der Bevölkerung mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb von 70 % des landesspezifischen Medians des Äquivalenzeinkommens

Ergebnisse Ein Viertel der **Berlinerinnen und Berliner** (25,9 %) hat ein bedarfsgewichtetes Einkommen unterhalb von 70 % des landesspezifischen Medians des Äquivalenzeinkommens, lebt also unter oder knapp oberhalb der berlinspezifischen Armutsgefährdungsschwelle. Die höchste Quote weist die Gruppe der Personen im Ausbildungsalter von 18 bis unter 25 Jahren auf (45,8 %; siehe Tabellen). Von den Kindern unter 18 Jahren ist etwas mehr als ein Drittel (35,3 %) betroffen. Eine stetige Abnahme des Anteils der Personen mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb oder in der Nähe der Armutsgefährdungsschwelle kann für die höheren Altersklassen beobachtet werden. Berlinerinnen und Berliner im Alter ab 60 Jahren sind zu 19,4 % in dieser Einkommenssituation, Personen im Alter ab 75 Jahren nur noch zu 15,4 %. Insgesamt ist die Quote seit 1996 leicht gestiegen. Bei Berlinerinnen und Berlinern ab 75 Jahren erkennt man allerdings einen deutlich abnehmenden Trend. In den Berliner Bezirken Neukölln (40,8 %) und Mitte (36,3 %) ist der Anteil der Berliner Bevölkerung, die unterhalb oder Nahe der Armutsgefährdungsschwelle lebt, am größten. Der Bezirk Pankow hat demgegenüber mit 12,0 % die geringste Quote zu verzeichnen.

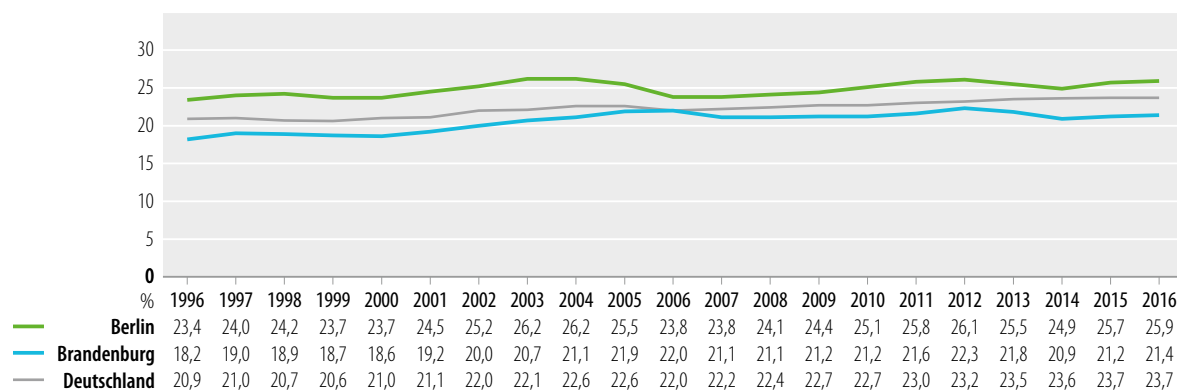
Ein Fünftel der **Brandenburger** Wohnbevölkerung (21,4 %) lebt unterhalb oder nur knapp oberhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Personen im Ausbildungsalter zwischen 18 bis unter 25 Jahren sind besonders betroffen (34,8 %; siehe Tabellen), ebenso mehr als ein Viertel (27,4 %) der Brandenburger Kinder. Bei Personen ab 60 Jahren ist die Quote geringfügig unter dem Durchschnitt (20,3 %) und sinkt in den höheren Altersgruppen geringfügig aber kontinuierlich ab auf 17,5 % bei den über 75-Jährigen. Auch in Brandenburg ist die Quote insgesamt seit 1996 leicht gestiegen. Die Quote der Brandenburgerinnen und Brandenburger, die mit ihrem bedarfsgewichteten Einkommen nahe dem Armutsrisiko liegen oder armutsgefährdet sind, ist in der Prignitz (29,1 %) sowie im Landkreis Elbe-Elster (28,2 %) am höchsten. Potsdam-Mittelmark weist mit 14,2 % die niedrigste Quote aus.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

... nach Region und Altersgruppen 2016



... nach Region 1996 – 2016

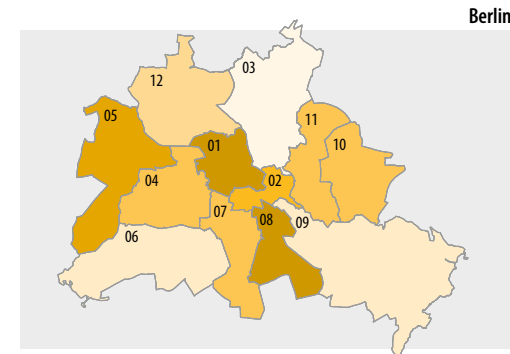


Definition Anteil der Bevölkerung mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb von 70 % des landesspezifischen Medians des Äquivalenzeinkommens nach Altersgruppen

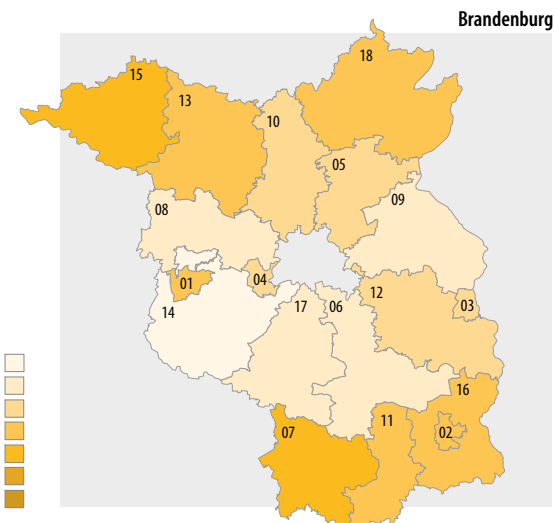
Relevanz Beschreibung der Armutsnähe; entspricht den Indikatoren SI-S1e, PN-S8 und IC-SI aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten 2016

unter 16%
 16 bis unter 20%
 20 bis unter 24%
 24 bis unter 28%
 28 bis unter 32%
 32 bis unter 36%
 36 und mehr %



Bezirke	%
01 Mitte	36.3
02 Friedrichshain-Kreuzberg	30.4
03 Pankow	12.0
04 Charlottenburg-Wilmersdorf	24.2
05 Spandau	34.2
06 Steglitz-Zehlendorf	16.0
07 Tempelhof-Schöneberg	26.8
08 Neukölln	40.8
09 Treptow-Köpenick	16.8
10 Marzahn-Hellersdorf	27.3
11 Lichtenberg	24.3
12 Reinickendorf	23.4
Berlin	25.9



Kreise und kreisfreie Städte	%
01 Brandenburg an der Havel	27.2
02 Cottbus	25.5
03 Frankfurt (Oder)	23.3
04 Potsdam	20.8
05 Barnim	20.8
06 Dahme-Spreewald	18.7
07 Elbe-Elster	28.2
08 Havelland	16.6
09 Märkisch-Oderland	18.2
10 Oberhavel	20.0
11 Oberspreewald-Lausitz	26.9
12 Oder-Spree	22.7
13 Ostprignitz-Ruppin	24.7
14 Potsdam-Mittelmark	14.2
15 Prignitz	29.1
16 Spree-Neiße	25.6
17 Teltow-Fläming	18.7
18 Uckermark	24.1
Brandenburg	21.4

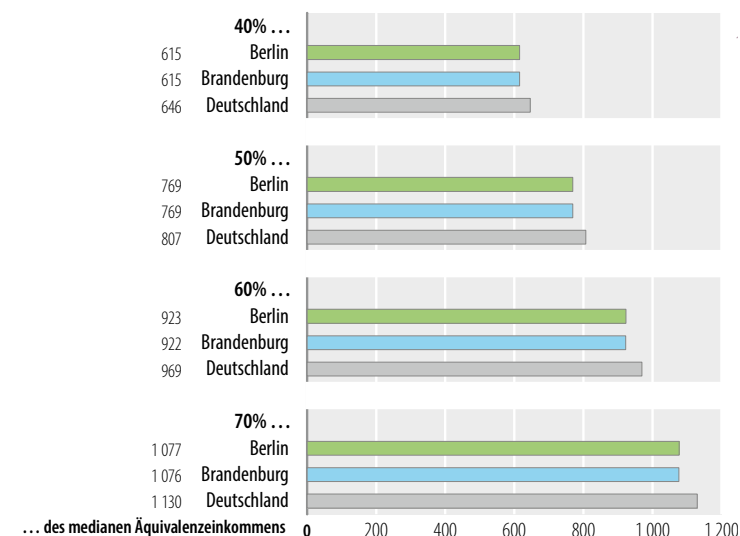
5 **Armutsschwellen** im Landesmaßstab

Ergebnisse Für **Berlin** liegt die Armutsgefährdungsschwelle bei 923 EUR. Bei Haushalten mit zwei Erwachsenen ergibt sich daraus eine Armutsgefährdungsschwelle von 1384 EUR. Ein Dreipersonenhaushalt – zwei Personen ab 14 Jahren und ein Kind unter 14 Jahren – ist bei einem monatlichen Haushaltseinkommen unterhalb von 1661 EUR armutsgefährdet. Für einen Berliner Vierpersonenhaushalt (zwei Personen ab 14 Jahren und zwei Kinder unter 14 Jahren) liegt die Armutsgefährdungsschwelle bei 1938 EUR. Für einen Einpersonenhaushalt liegt die Armutsschwelle in Berlin bei 769 EUR, die Schwelle für strenge Armut bei 615 EUR. Alle Armutsschwellen sind seit 1996 kontinuierlich angestiegen. Dafür ist vor allem die allgemeine Einkommensentwicklung verantwortlich.

Die landesspezifische Armutsgefährdungsschwelle für **Brandenburg** beträgt 922 EUR. Damit ist ein Brandenburger Zweipersonenhaushalt mit zwei Erwachsenen armutsgefährdet, wenn das monatliche Haushaltsnettoeinkommen unter 1384 EUR liegt. Lebt außerdem ein Kind unter 14 Jahren in diesem Haushalt, steigt die Armutsgefährdungsschwelle auf 1660 EUR, bei zwei Kindern unter 14 Jahren auf 1937 EUR. Die Armutsschwelle liegt für einen Brandenburger Einpersonenhaushalt bei 769 EUR, die Grenze für strenge Armut bei 615 EUR. Da sich das mittlere Äquivalenzeinkommen seit 1996 erhöht hat, sind auch die Armutsschwellen in Brandenburg stetig angestiegen.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

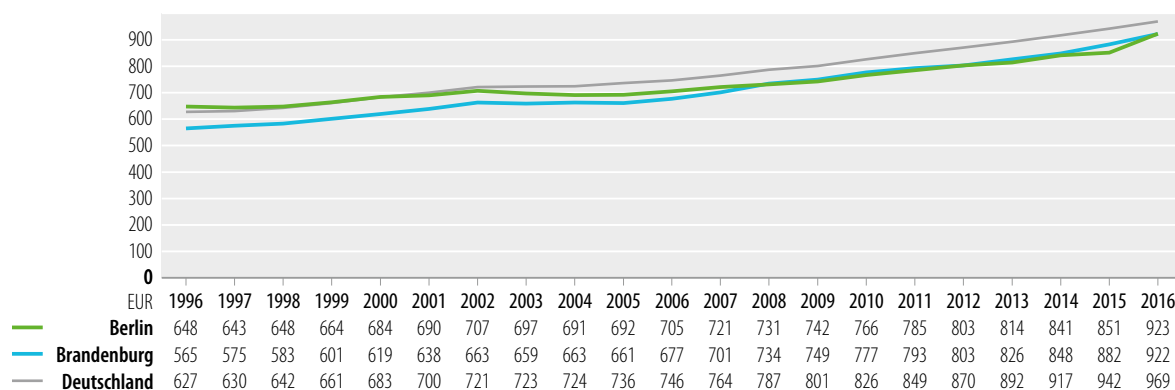
... nach Region in EUR 2016



Definition 40 % (Grenze strenger Armut), 50 % (Armutsschwelle), 60 % (Armutsgefährdungsschwelle) und 70 % (Grenze der Armutsnähe) des mittleren landesspezifischen Äquivalenzeinkommens in Euro nach Haushaltstyp und Region

Relevanz Die Armutsschwellen grenzen relative Einkommensarmut ab. Sie beruhen auf einem anderen Konzept als für die Festlegung von Regelsätzen für Bedarfsgemeinschaften nach SGB II („Hartz-IV“) zum Einsatz kommt und sollten deshalb nicht mit diesen verglichen werden; entspricht den Indikatoren 1a und SI-P1 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Armutsgefährdungsschwelle nach Region in EUR 1996 – 2016



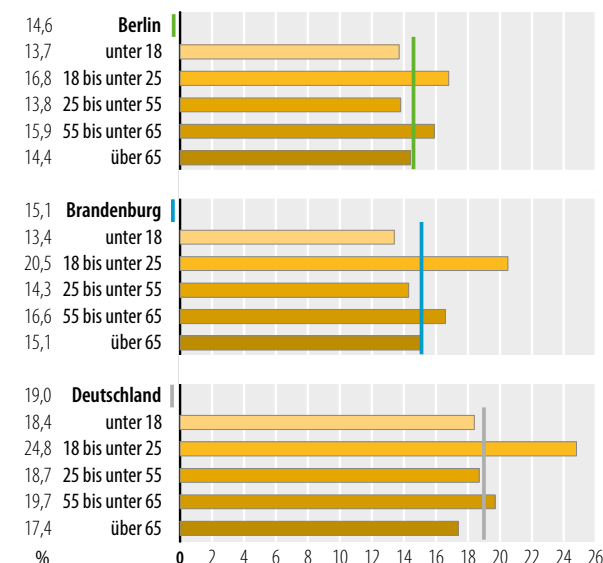
1 Relative Armutsgefährdungslücke im Landesmaßstab

Ergebnisse Die relative Armutsgefährdungslücke beträgt in **Berlin** 14,6 %. Das mittlere bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen der armutsgefährdeten Bevölkerung Berlins liegt somit um 14,6 % unterhalb der Berliner Armutsgefährdungsschwelle. Einen überdurchschnittlich großen Abstand von der Armutsgefährdungsschwelle haben die Einkommen der 18- bis unter 25-Jährigen (16,8 %), insbesondere der Berlinerinnen in dieser Altersgruppe (17,4 %; siehe Tabellen). Auch für die 55- bis unter 65-jährige Berliner Bevölkerung ist die relative Armutsgefährdungslücke überdurchschnittlich breit (15,9 %). Seit 1996 ist die relative Armutsgefährdungslücke um sieben Prozentpunkte kleiner geworden, wobei ein erneuter Anstieg um vier Prozentpunkte seit 2014 beobachtet werden kann. Insgesamt weist diese Entwicklung darauf hin, dass die bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen der armutsgefährdeten Bevölkerung in Berlin angewachsen sind und ihre Ungleichheit abgenommen hat. Mit Blick auf die Berliner Bezirke liegt das mittlere Einkommen der armutsgefährdeten Bewohnerinnen und Bewohner in den Bezirken Mitte (18,9 %) und Steglitz-Zehlendorf (17,0 %) am weitesten unter der Berliner Armutsgefährdungsschwelle. In den Bezirken Treptow-Köpenick (11,9 %) und Lichtenberg (12,2 %) hat die armutsgefährdete Wohnbevölkerung demgegenüber die höchsten bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen.

In **Brandenburg** beträgt die relative Armutsgefährdungslücke 15,1 %. Insbesondere das mittlere bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen der armutsgefährdeten Personen im Ausbildungsalter liegt deutlich (20,5 %) unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Die Armutsgefährdungslücke für Brandenburger in dieser Altersgruppe ist besonders breit (22,9 %; siehe Tabelle). Auch für die Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen befindet sich die relative Armutsgefährdungslücke mit 16,6 % über dem Landesdurchschnitt. Für die Altersgruppe der unter 18-jährigen armutsgefährdeten Brandenburgerinnen und Brandenburger liegt der Abstand ihrer bedarfsgewichteten Einkommen zur Armutsgefährdungsschwelle mit 13,4 % etwas unter dem Durchschnitt. Die relative Armutsgefährdungslücke in Brandenburg ist seit 1996 relativ stabil und hat zwischen 2015 und 2016 um rund vier Prozentpunkte abgenommen. Differenziert nach Regionen lebt die armutsgefährdete Brandenburger Bevölkerung in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) mit der größten Armutsgefährdungslücke (22,7 %), während im Kreis Ostprignitz-Ruppin der kleinste Abstand zu finden ist (10,1 %).

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

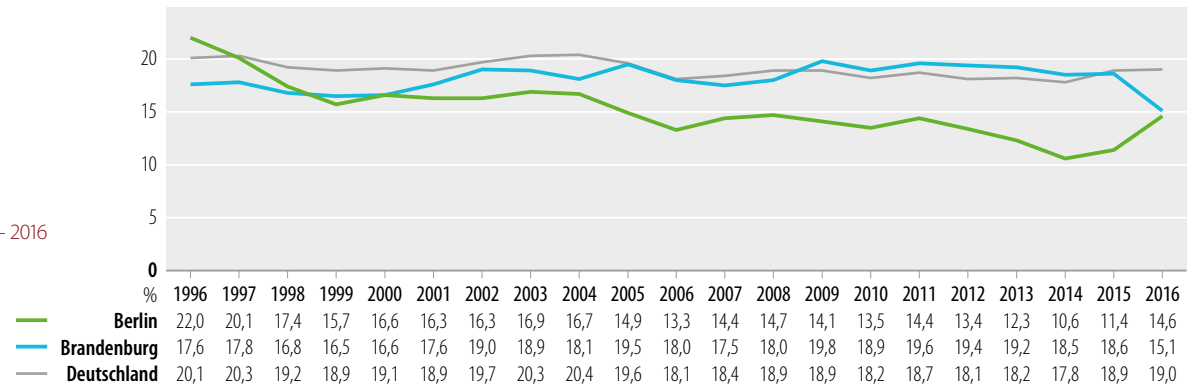
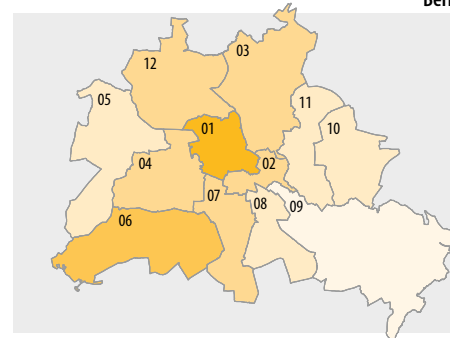
... nach Region und Altersgruppe 2016



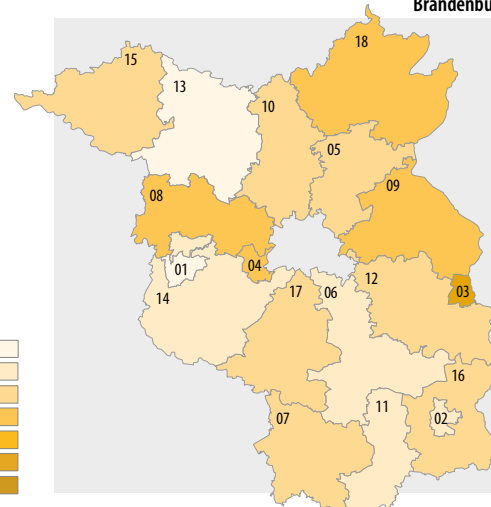
Definition Abstand des Medianäquivalenzeinkommens der armutsgefährdeten Bevölkerung von der Armutsgefährdungsschwelle in Prozent nach Region, Geschlecht und Alter

Relevanz Indikator für den Schwerpunkt und die Verteilung der Äquivalenzeinkommen der armutsgefährdeten Bevölkerung; entspricht den Indikatoren 2 und SI-P3 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

... nach Region 1996 – 2016

**Berlin**

Bezirke	%
01 Mitte	18,9
02 Friedrichshain-Kreuzberg	15,2
03 Pankow	15,1
04 Charlottenburg-Wilmersdorf	14,7
05 Spandau	12,5
06 Steglitz-Zehlendorf	17,0
07 Tempelhof-Schöneberg	15,3
08 Neukölln	13,8
09 Treptow-Köpenick	11,9
10 Marzahn-Hellersdorf	13,4
11 Lichtenberg	12,2
12 Reinickendorf	14,4
Berlin	14,6

Brandenburg

Kreise und kreisfreie Städte	%
01 Brandenburg an der Havel	11,7
02 Cottbus	12,4
03 Frankfurt (Oder)	22,7
04 Potsdam	16,8
05 Barnim	15,7
06 Dahme-Spreewald	13,0
07 Elbe-Elster	14,7
08 Havelland	16,9
09 Märkisch-Oderland	17,3
10 Oberhavel	15,6
11 Oberspreewald-Lausitz	13,8
12 Oder-Spree	14,9
13 Ostprignitz-Ruppin	10,1
14 Potsdam-Mittelmark	13,6
15 Prignitz	14,2
16 Spree-Neiße	15,3
17 Teltow-Fläming	15,5
18 Uckermark	16,9
Brandenburg	15,1

... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten 2016

unter 12%	
12 bis unter 14%	
14 bis unter 16%	
16 bis unter 18%	
18 bis unter 20%	
20 bis unter 22%	
22 und mehr %	

2 Verhältnis der Einkommen Älterer zu den Einkommen von Personen unter 60 Jahren

Ergebnisse In **Berlin** liegt das mittlere bedarfsge-
wichtete Pro-Kopf-Einkommen von
Personen ab 60 Jahren geringfügig über dem von
Personen unter 60 Jahren (siehe Tabellen). Dieses
Verhältnis fällt allerdings ausschließlich bei den
Männern zugunsten der Älteren aus, während sich
das mittlere Äquivalenzeinkommen zwischen äl-
teren und jüngeren Berlinerinnen die Waage hält.
Im Berliner Bezirk Neukölln ist das mittlere Äquiva-
lenzeinkommen der Älteren im Vergleich zu dem
der Jüngeren besonders hoch. Dagegen sind die
mittleren Einkommen der unter 60-Jährigen in den
Bezirken Pankow und Treptow-Köpenick um einiges
höher als die der Älteren. Das Verhältnis der mittlere-
n Äquivalenzeinkommen hat sich insgesamt zwi-
schen 1996 und 2006 immer mehr zugunsten der
Älteren verschoben; seitdem nimmt der prozentuale
Abstand zwischen den Generationen jedoch konti-

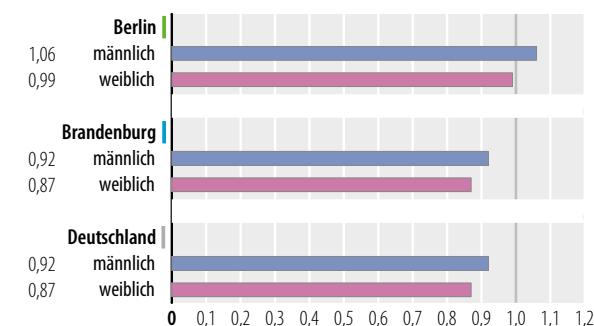
nuierlich wieder ab. Über den gesamten Zeitverlauf
existiert ein ausgeprägter Geschlechterunterschied:
das Verhältnis der Einkommen zwischen den Gene-
rationen ist bei den Männern stärker zugunsten der
Älteren verschoben als bei den Frauen. Für die weib-
liche Berliner Bevölkerung lag das Einkommensver-
hältnis zwischen den Generationen im Jahr 2016
erstmalig seit 1998 auf annähernd gleichem Niveau.

In **Brandenburg** ist das mittlere Äquivalenzein-
kommen der Älteren für beide Geschlechter gerin-
ger als das der unter 60-Jährigen. In Potsdam-Mittel-
mark und Oberhavel liegt das mittlere Einkommen
der Älteren sogar um ein Fünftel niedriger als das
der Jüngeren. Nur in den kreisfreien Städten Cottbus
und Frankfurt (Oder) liegen die mittleren bedarfsge-
gewichteten Pro-Kopf-Einkommen der Älteren über
denen der Jüngeren. Die Geschlechterunterschiede
sind in Brandenburg über den gesamten Zeitverlauf

gering. Während zwischen 1996 und 2006 die mitt-
leren Äquivalenzeinkommen der Generationen in
etwa gleich waren, hat sich das Verhältnis ab 2007
deutlich zugunsten der jüngeren Generation unter
60 Jahren verschoben.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

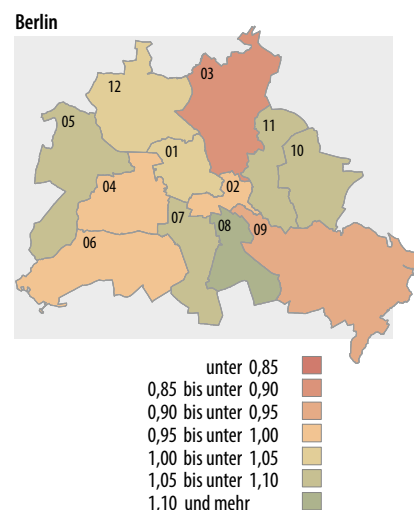
... nach Region und Geschlecht 2016



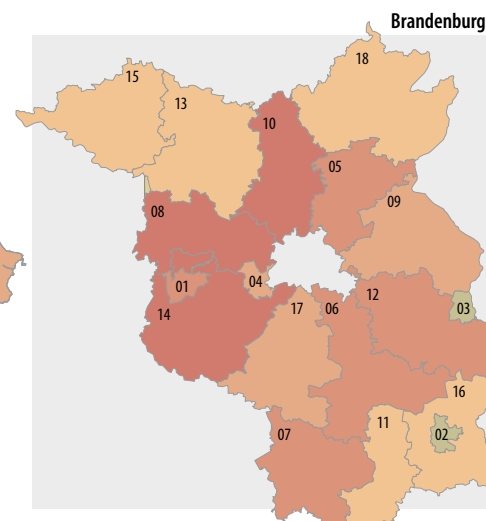
Definition Verhältnis des Medians der
Äquivalenzeinkommen von Personen im
Alter ab 60 Jahren zum Median der Äquiva-
lenzeinkommen von Personen unter 60 Jah-
ren nach Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für die Angemessen-
heit der Einkommen älterer Personen und
Generationengerechtigkeit; entspricht
dem Indikator PN-S2 aus den EU-Indi-
katorenportfolios zur Messung sozialer
Sicherheit und sozialer Integration

Bezirke	
01 Mitte	1.04
02 Friedrichshain-Kreuzberg	0.95
03 Pankow	.87
04 Charlottenburg-Wilmersdorf	.98
05 Spandau	1.07
06 Steglitz-Zehlendorf	.96
07 Tempelhof-Schöneberg	1.05
08 Neukölln	1.17
09 Treptow-Köpenick	.93
10 Marzahn-Hellersdorf	1.09
11 Lichtenberg	1.06
12 Reinickendorf	1.02
Berlin	1.02

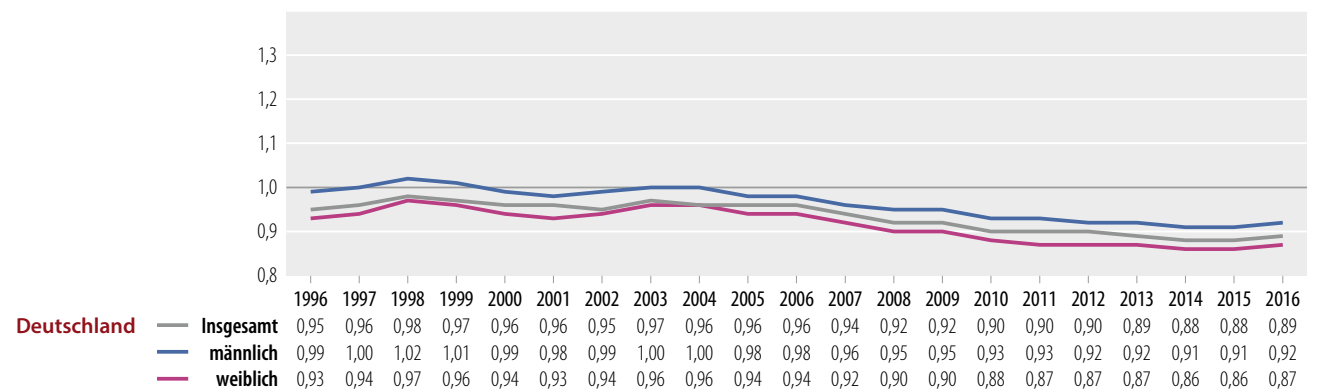
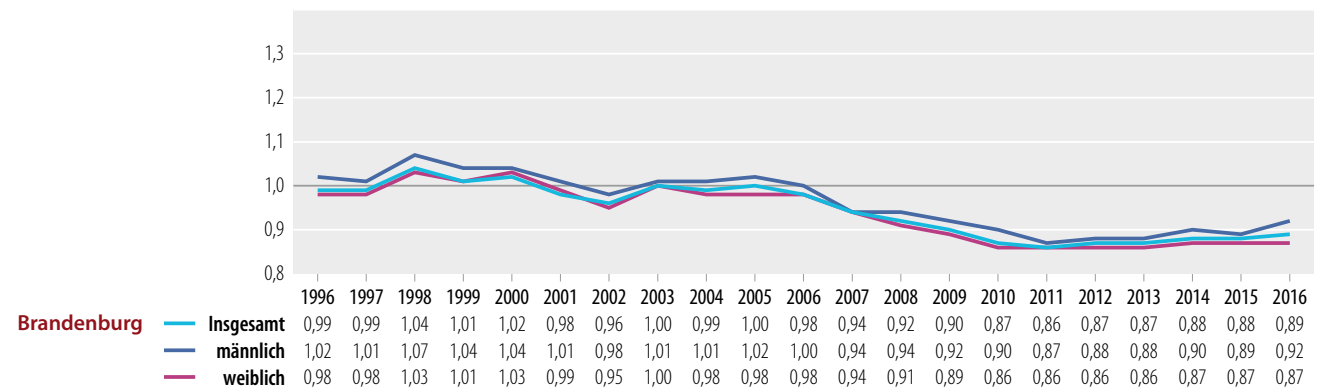
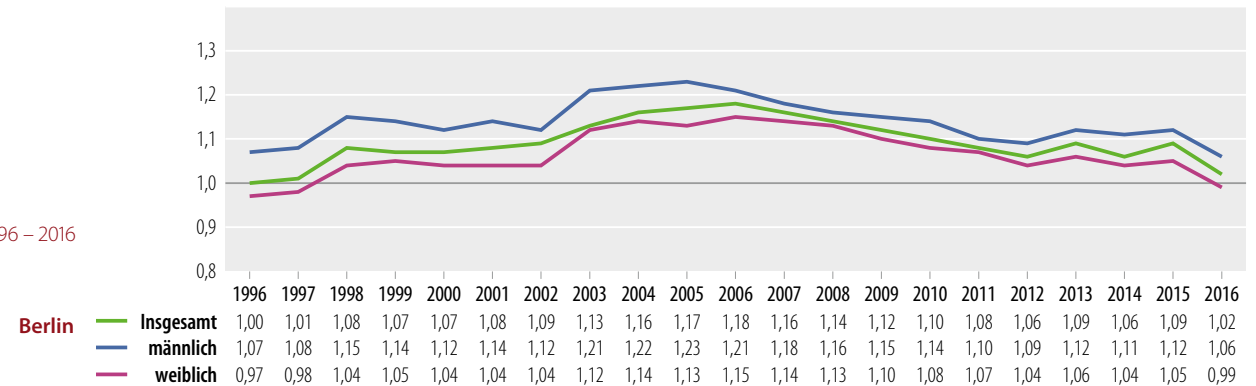


... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten 2016



Kreise und kreisfreie Städte	
01 Brandenburg an der Havel	.84
02 Cottbus	1.06
03 Frankfurt (Oder)	1.08
04 Potsdam	.92
05 Barnim	.87
06 Dahme-Spreewald	.86
07 Elbe-Elster	.88
08 Havelland	.83
09 Märkisch-Oderland	.93
10 Oberhavel	.82
11 Oberspreewald-Lausitz	.98
12 Oder-Spree	.89
13 Ostprignitz-Ruppin	.97
14 Potsdam-Mittelmark	.79
15 Prignitz	.98
16 Spree-Neiße	.95
17 Teltow-Fläming	.91
18 Uckermark	.97
Brandenburg	.89

... nach Region und Geschlecht 1996 – 2016



3 Verhältnis der Einkommen Älterer zu den Einkommen von Personen unter 65 Jahren

Ergebnisse In **Berlin** entsprechen sich die mittleren Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung im Rentenalter und der Bevölkerung unter 65 Jahren weitgehend (siehe Tabellen), allerdings existiert ein Geschlechterunterschied: Das Einkommensverhältnis der männlichen Berliner Bevölkerung ist eher zugunsten der Älteren verschoben, während es innerhalb der weiblichen Bevölkerung relativ ausgeglichen bzw. tendenziell gegenläufig ist. Einzig im Bezirk Neukölln sind die mittleren Äquivalenzeinkommen der Älteren zu denen der Jüngeren deutlich höher. Im Bezirk Pankow ist das Einkommensverhältnis zwischen den Generationen dagegen deutlich zugunsten der Jüngeren verschoben. Im Gesamtberliner Maßstab waren die mittleren Einkommen der ab 65-Jährigen seit 1998 höher als die der unter 65-Jährigen, der prozentuale Abstand hat sich bis zum Jahr 2006 immer mehr vergrößert. Seitdem haben sich die mittleren Äquivalenzeinkommen zwischen den Generationen immer mehr angeglichen.

In **Brandenburg** ist das mittlere bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen der Älteren geringer als das der Jüngeren (siehe Tabellen). Die Geschlechter unterscheiden sich dabei leicht. In den Kreisen Potsdam-Mittelmark, Havelland und Oberhavel liegt das mittlere Einkommen der Älteren um ein Fünftel unter dem der Jüngeren. Nur in den kreisfreien Städten Frankfurt (Oder) und Cottbus und in den Kreisen Uckermark, Oberspreewald-Lausitz und Prignitz halten sich die mittleren Äquivalenzeinkommen der unter 65-Jährigen im Vergleich zu denen der Älteren die Waage. Im Jahr 1996 waren die mittleren Einkommen in beiden Altersgruppen der Brandenburger Bevölkerung noch annähernd gleich, aber sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen haben sich ab dem Jahr 2007 die mittleren bedarfsgewichteten Einkommen deutlich zugunsten der Personen unter 65 Jahren verschoben. Seit 2010 ist das Verhältnis recht stabil.

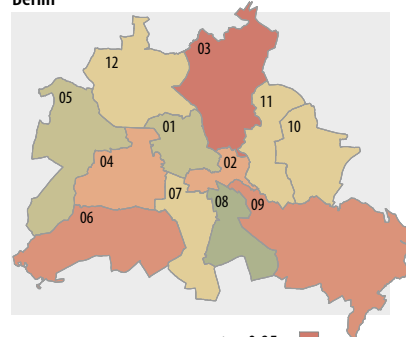
Datenquellen | Methodische Hinweise ►

Definition Verhältnis des Medians der Äquivalenzeinkommen von Personen im Alter ab 65 Jahren zum Median der Äquivalenzeinkommen von Personen unter 65 Jahren nach Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für die Angemessenheit der Einkommen von Personen, die nicht mehr im erwerbsfähigen Alter sind bzw. Generationengerechtigkeit; entspricht den Indikatoren 7a und PN-P2 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

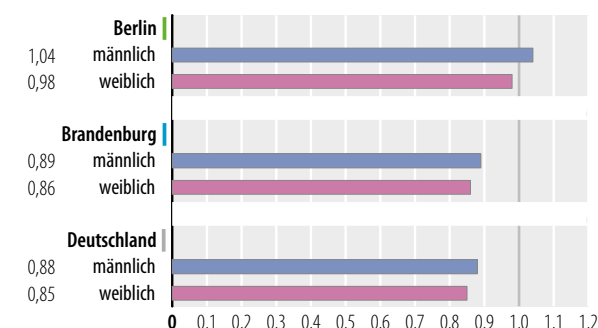
Bezirke	
01 Mitte	1.06
02 Friedrichshain-Kreuzberg	0.96
03 Pankow	0.86
04 Charlottenburg-Wilmersdorf	0.98
05 Spandau	1.07
06 Steglitz-Zehlendorf	0.93
07 Tempelhof-Schöneberg	1.02
08 Neukölln	1.14
09 Treptow-Köpenick	0.91
10 Marzahn-Hellersdorf	1.01
11 Lichtenberg	1.03
12 Reinickendorf	1.03
Berlin	1.01

Berlin

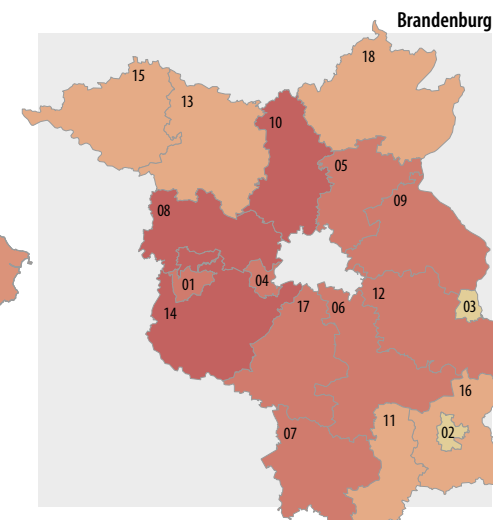


unter 0,85
0,85 bis unter 0,90
0,90 bis unter 0,95
0,95 bis unter 1,00
1,00 bis unter 1,05
1,05 bis unter 1,10
1,10 und mehr %

... nach Region und Geschlecht 2016

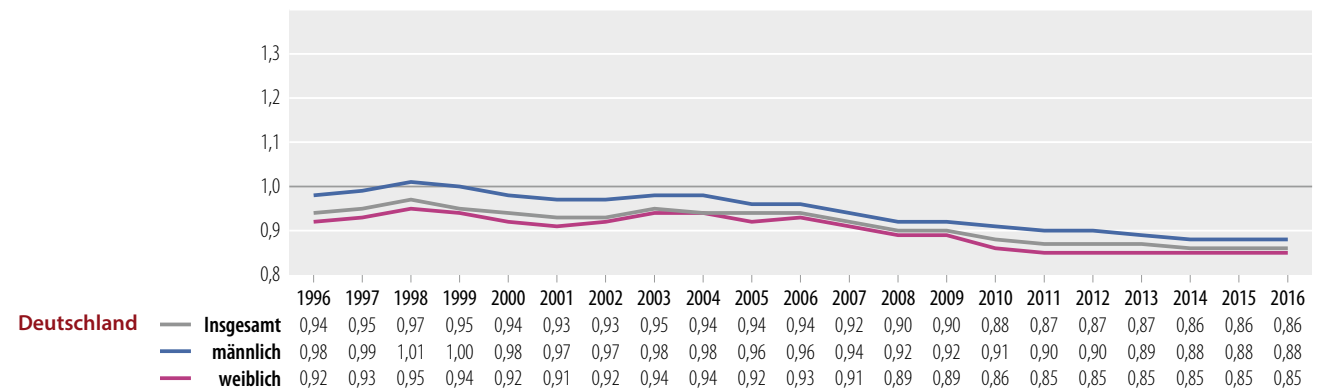
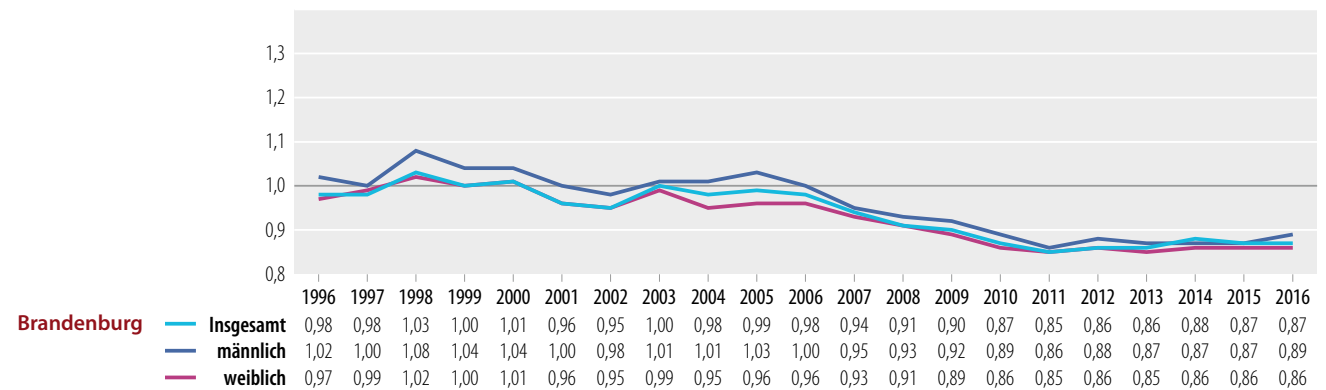
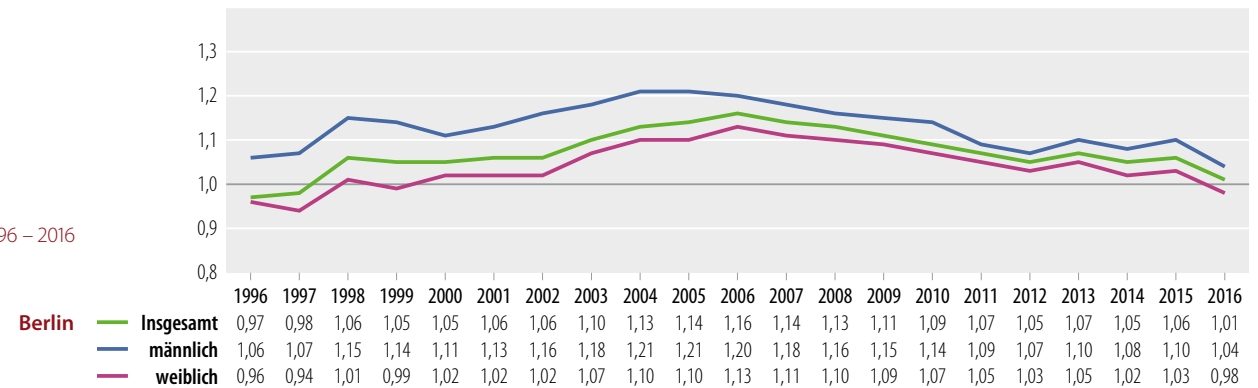


... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten 2016



Kreise und kreisfreie Städte	
01 Brandenburg an der Havel	0.88
02 Cottbus	1.01
03 Frankfurt (Oder)	1.02
04 Potsdam	0.88
05 Barnim	0.85
06 Dahme-Spreewald	0.84
07 Elbe-Elster	0.88
08 Havelland	0.8
09 Märkisch-Oderland	0.89
10 Oberhavel	0.81
11 Oberspreewald-Lausitz	0.98
12 Oder-Spree	0.87
13 Ostprignitz-Ruppin	0.97
14 Potsdam-Mittelmark	0.75
15 Prignitz	0.97
16 Spree-Neiße	0.95
17 Teltow-Fläming	0.88
18 Uckermark	0.98
Brandenburg	0.87

... nach Region und Geschlecht 1996 – 2016



4 Verhältnis der Einkommen Älterer zu den Einkommen von Personen unter 75 Jahren

Ergebnisse In **Berlin** entspricht das mittlere Äquivalenzeinkommen der Berlinerinnen und Berliner ab 75 Jahren genau demjenigen von Personen unter 75 Jahren (siehe Tabellen). Bei Männern fällt das Verhältnis mehr zugunsten der Älteren aus, bei Frauen liegt das mittlere bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen der Älteren niedriger als das der Jüngeren. Im Gesamtberliner Maßstab waren die mittleren Einkommen der über 75-Jährigen seit 1998 höher als die der unter 75-Jährigen, der prozentuale Abstand hat sich bis zum Jahr 2006 immer mehr vergrößert. Danach ist eine langfristige Tendenz zur Angleichung zu erkennen. Bei der starken Veränderung von 2015 auf 2016 sollten weitere Erhebungsjahre abgewartet werden, die das Ergebnis bestätigen, zumal eine solche Veränderung für das Land Brandenburg oder auf der Bundesebene nicht festgestellt werden kann.

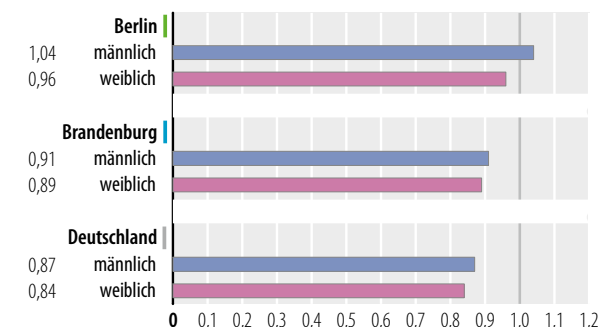
In **Brandenburg** ist das mittlere bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen der Älteren geringer als das der Jüngeren (siehe Tabelle). Die Geschlechter unterscheiden sich dabei kaum. Im Jahr 1996 und bis zum Jahr 2006 waren die mittleren Einkommen der Brandenburger Bevölkerung in beiden Altersgruppen noch annähernd gleich, aber sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen haben sich ab dem Jahr 2007 die mittleren bedarfsgewichteten Einkommen deutlich zugunsten der Personen unter 75 Jahren verschoben. Seit 2010 ist das Verhältnis recht stabil.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

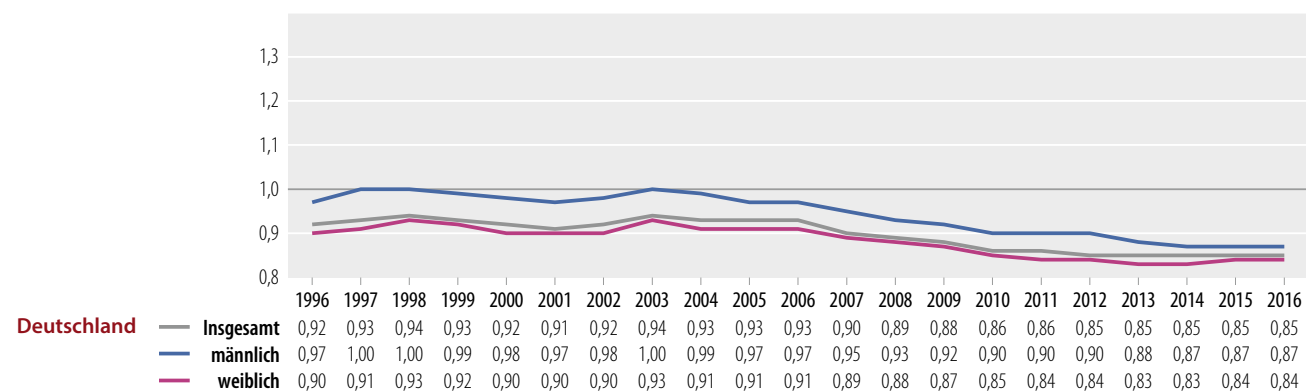
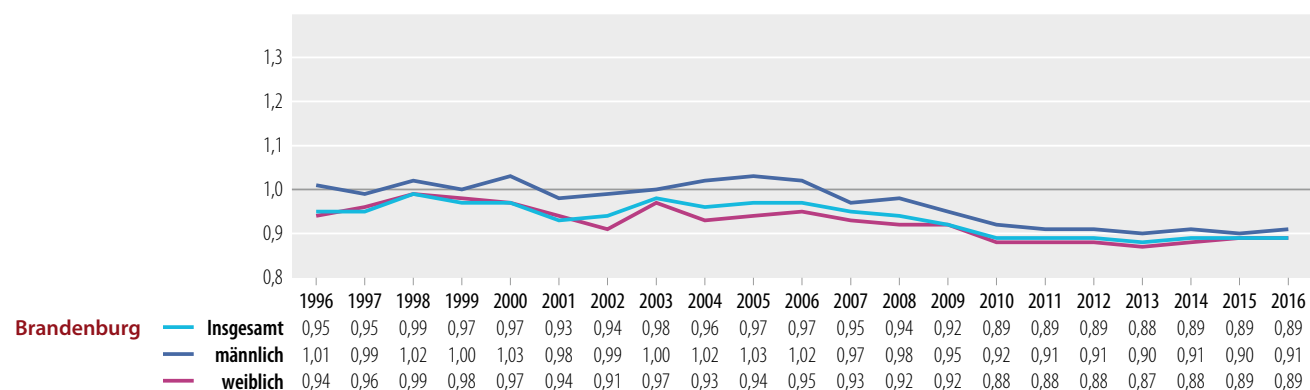
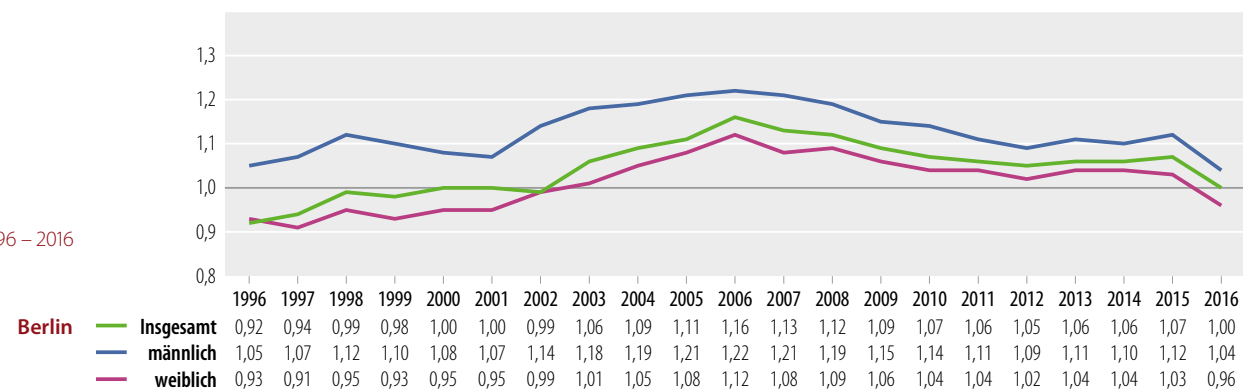
Definition Verhältnis des Medians der Äquivalenzeinkommen von Personen im Alter ab 75 Jahren zum Median der Äquivalenzeinkommen von Personen unter 75 Jahren nach Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für die Angemessenheit der Einkommen von Personen, die nicht mehr im erwerbsfähigen Alter sind bzw. Generationengerechtigkeit im Hinblick auf Geschlecht; entspricht dem Indikator PN-S11 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

... nach Region und Geschlecht 2016



... nach Region und Geschlecht 1996 – 2016



5 Geschlechterunterschied im Verhältnis des mittleren Äquivalenzeinkommens alleinlebender Älterer zu dem von alleinlebenden Personen unter 65 Jahren

Ergebnis Alleinlebende Personen sind wirtschaftlich auf sich selbst gestellt, kein anderes Haushaltsmitglied trägt zum Haushaltseinkommen bei. Geschlechterunterschiede im Verhältnis der Alterseinkommen lassen sich deshalb deutlicher herausarbeiten.

In **Berlin** ist die Differenz der Alterseinkommensverhältnisse zwischen den Geschlechtern mit 0,06 vergleichsweise hoch. Alleinlebende Männer über 65 Jahren haben ein 1,04 Mal so hohes mittleres bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen wie alleinlebende Männer unter 65 Jahren. Bei Frauen beträgt dieses Verhältnis 0,98, hier haben die jüngeren Generationen ein höheres mittleres Äquivalenzeinkommen. Die Differenz dieser Verhältnisse zwischen den Geschlechtern ist von 1996 bis 2006 zurückgegangen und seitdem relativ stabil, so dass von einem Angleich der Generationengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern gesprochen werden kann.

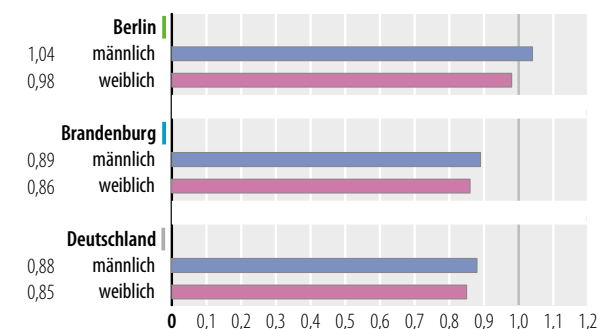
In **Brandenburg** beträgt die Differenz der Alters-einkommensverhältnisse zwischen Männern und Frauen 0,03; bei beiden Geschlechtern ist das mittlere Altersäquivalenzeinkommen geringer als das der jüngeren Generationen unter 65 Jahren. Im Berichtszeitraum von 1996 bis 2016 ging die Differenz der Alterseinkommensverhältnisse zwischen den Geschlechtern von einem niedrigen Niveau tendenziell noch weiter zurück.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

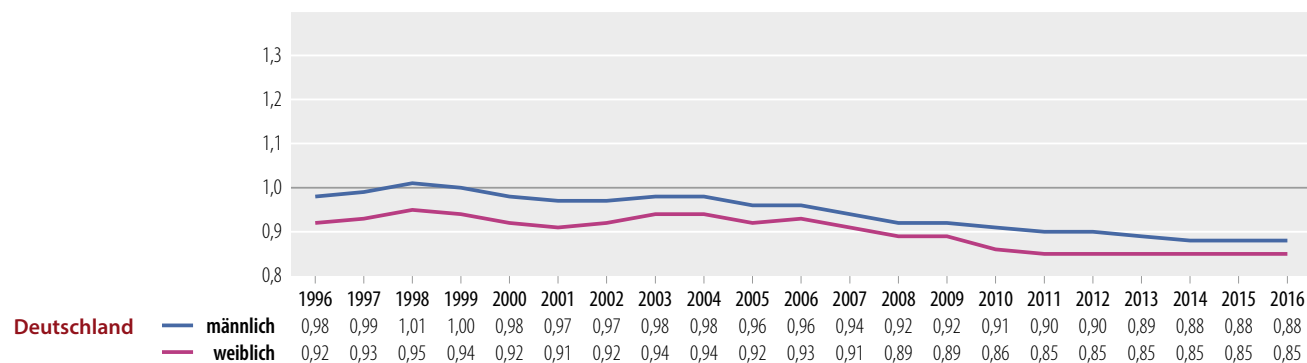
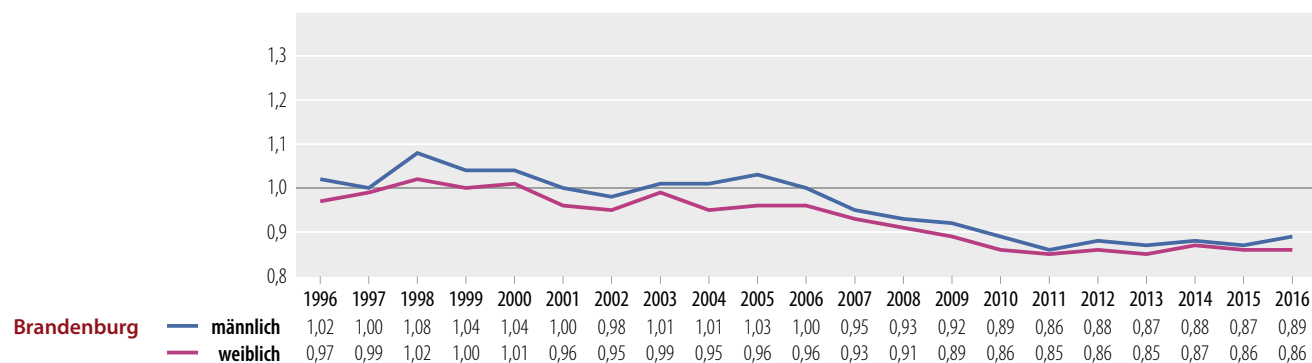
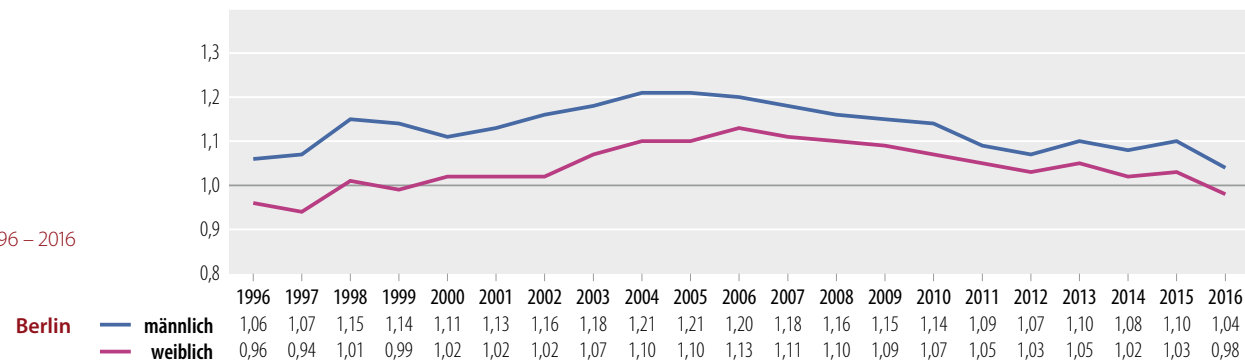
Definition Verhältnis des Medians der Äquivalenzeinkommen alleinlebender Personen im Alter ab 65 Jahren zum Median der Äquivalenzeinkommen von alleinlebenden Personen unter 65 Jahren nach Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für die Angemessenheit der Einkommen von Personen, die nicht mehr im erwerbsfähigen Alter sind bzw. Generationengerechtigkeit im Hinblick auf Geschlecht; entspricht dem Indikator PN-P10 und PN-S11 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

... nach Region und Geschlecht 2016



... nach Region und Geschlecht 1996 – 2016



6 Differenz der Armutsgefährdungsquoten von alleinlebenden Männern und Frauen

Ergebnis Alleinlebende sind wirtschaftlich auf sich selbst gestellt, kein anderes Haushaltsmitglied trägt zum Hauhaltseinkommen bei. Geschlechterunterschiede im Armutsrisiko lassen sich deshalb deutlicher herausarbeiten.

In **Berlin** haben alleinlebende Männer eine höhere Armutsgefährdungsquote als alleinlebende Frauen. In der Altersgruppe unter 65 Jahren beträgt der Unterschied 3,3 Prozentpunkte, bei den über 65-Jährigen ist er mit 1,4 Prozentpunkten eher vernachlässigbar. Seit 1996 ist die Differenz von insgesamt 4,2 Prozentpunkten für beide Altersgruppen auf 10,1 Prozentpunkte im Jahr 2010 angestiegen, um danach relativ stetig auf 4,9 Prozentpunkte abzusinken.

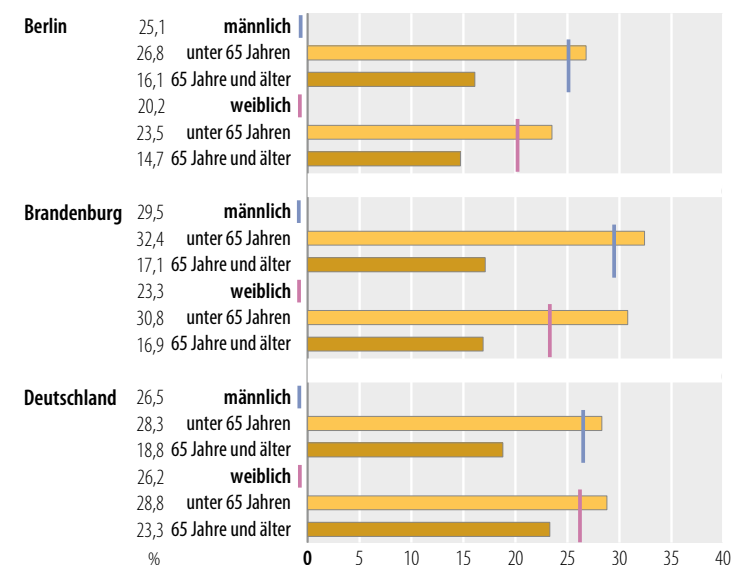
Auch in **Brandenburg** ist das Armutsrisiko bei alleinlebenden Männern höher als bei alleinlebenden Frauen (6,2 Prozentpunkte). Innerhalb der Altersgruppen ist der Unterschied allerdings vernachlässigbar. Das liegt am unterschiedlichen Niveau der Armutsgefährdungsquote in beiden Altersklassen und der relativ geringeren Besetzung der Gruppe männlich 65+. Insgesamt hat sich der Unterschied der Armutsgefährdungsquoten bei alleinlebenden Männern und Frauen in Brandenburg vergrößert, mit einem Maximum von 10 Prozentpunkten im Jahr 2015.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

Definition Differenz der Armutsgefährdungsquoten von Männern und Frauen in Einpersonenhaushalten nach Alter und Region

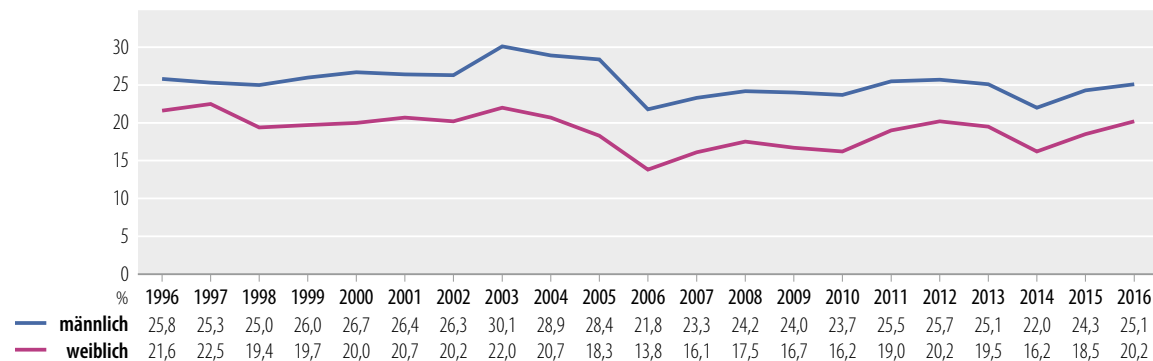
Relevanz Indikator für die Gleichstellung der Geschlechter im erwerbsfähigen und nichterwerbsfähigen Alter im Hinblick auf Armutsgefährdung unter der Bedingung, dass kein weiteres Haushaltsmitglied zum Haushaltseinkommen beiträgt; entspricht dem Indikator PN-P9 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

... nach Region, Altersgruppen und Geschlecht 2016

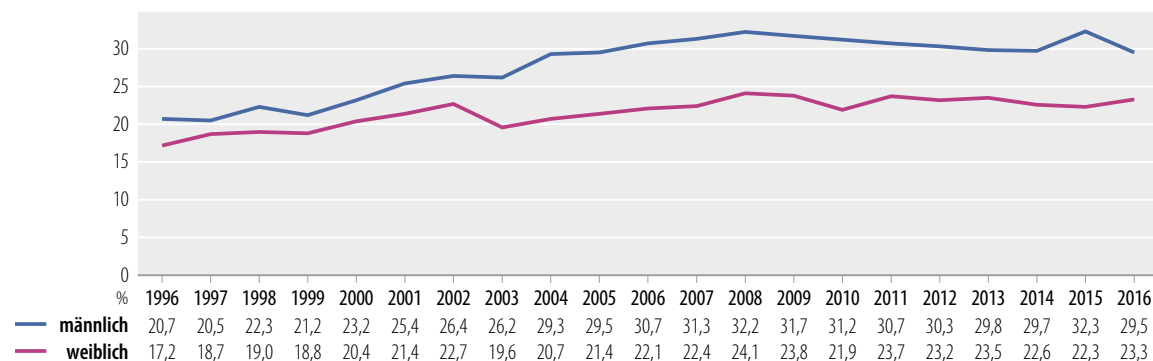


... nach Region und Geschlecht 1996 – 2016

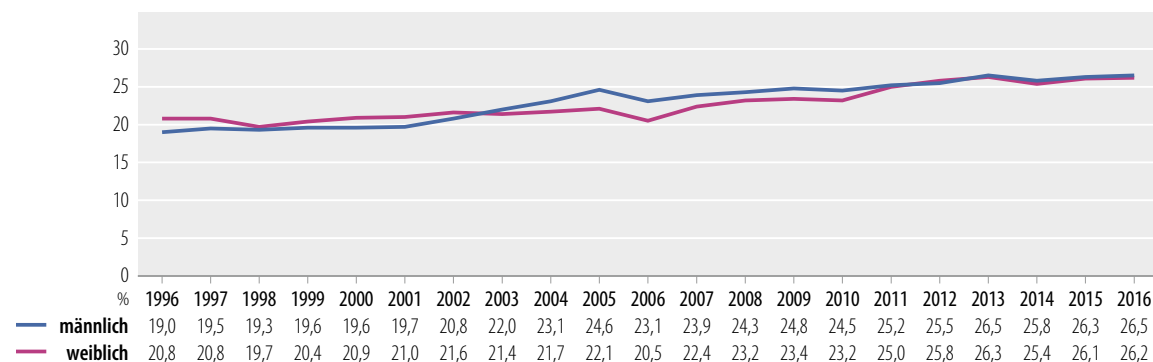
Berlin



Brandenburg



Deutschland



7 Gini-Koeffizient

... nach Region und Geschlecht 1996 – 2016

Ergebnisse Der Gini-Koeffizient ist ein Maß für die Gleichheit bzw. Ungleichheit der Verteilung der Äquivalenzeinkommen. Ein Wert von 0 bedeutet vollständige Gleichheit der Einkommen, ein Wert von 1 bedeutet maximale Ungleichheit.

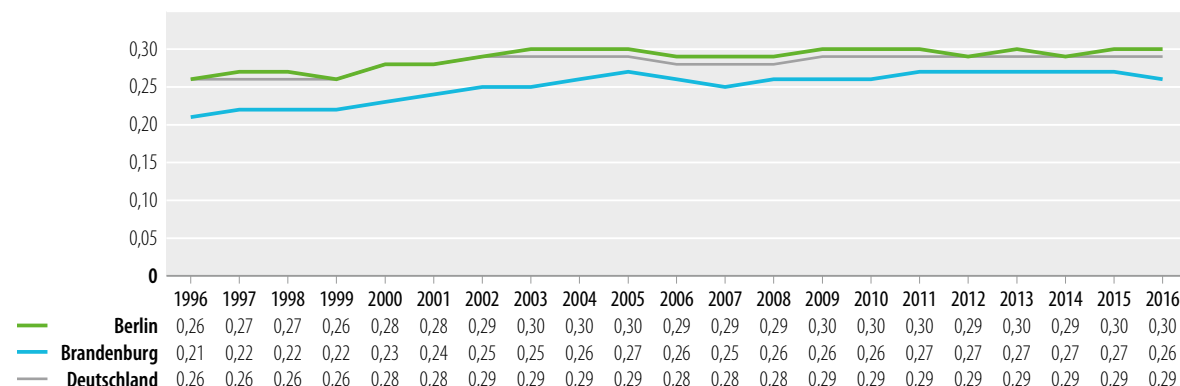
In **Berlin** beträgt der Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen 0,30. Im Berliner Vergleich ist die Einkommensungleichheit in den Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf (0,35) und Mitte (0,33) besonders hoch, im Bezirk Lichtenberg (0,23) besonders niedrig. Zwischen 1996 und 2003 ist der Gini-Koeffizient in Berlin von 0,26 auf 0,30 gestiegen und blieb seitdem auf diesem Niveau.

In **Brandenburg** liegt der Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen bei 0,26. In den kreisfreien Städten Potsdam und Frankfurt (Oder) ist er im Vergleich mit den anderen Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten besonders hoch (jeweils 0,29), in den Kreisen Elbe-Elster, Oderspreewald-Lausitz,

Prignitz und Ostprignitz-Ruppin mit jeweils 0,23 besonders niedrig. Seit 1996 ist der Gini-Koeffizient der Brandenburger bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen relativ stetig von 0,21 auf 0,27 im Jahr 2005 angestiegen. Seitdem liegt der Gini-Koeffizient

konstant zwischen 0,25 und 0,27. Darin zeigt sich die Angleichung der Einkommensverhältnisse des ostdeutschen Bundeslandes Brandenburg an die Einkommensungleichheiten in Gesamtdeutschland.

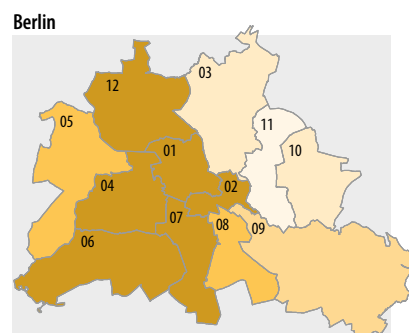
Datenquellen | Methodische Hinweise ►



Definition Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen nach Region

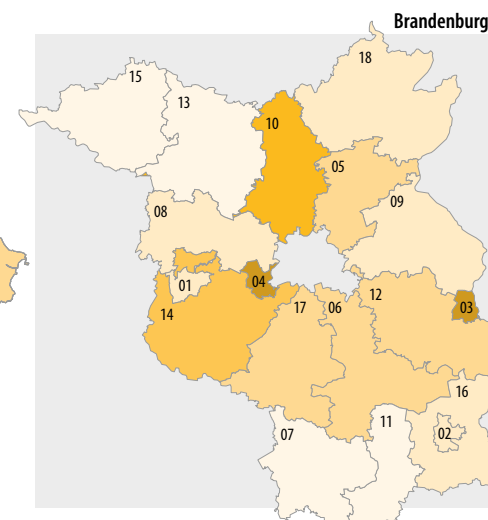
Relevanz Maß für die Verteilung der Äquivalenzeinkommen; entspricht dem Indikator SI-C2 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Bezirke	
01 Mitte	0,33
02 Friedrichshain-Kreuzberg	0,31
03 Pankow	0,25
04 Charlottenburg-Wilmersdorf	0,35
05 Spandau	0,27
06 Steglitz-Zehlendorf	0,30
07 Tempelhof-Schöneberg	0,30
08 Neukölln	0,27
09 Treptow-Köpenick	0,26
10 Marzahn-Hellersdorf	0,25
11 Lichtenberg	0,23
12 Reinickendorf	0,29
Berlin	0,30



unter 0,25	
0,25 bis unter 0,26	
0,26 bis unter 0,27	
0,27 bis unter 0,28	
0,28 bis unter 0,29	
0,29 bis unter 0,30	
0,30 und mehr	

... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten 2016



Kreise und kreisfreie Städte	
01 Brandenburg an der Havel	0,24
02 Cottbus	0,24
03 Frankfurt (Oder)	0,29
04 Potsdam	0,29
05 Barnim	0,26
06 Dahme-Spreewald	0,26
07 Elbe-Elster	0,23
08 Havelland	0,24
09 Märkisch-Oderland	0,25
10 Oberhavel	0,28
11 Oberspreewald-Lausitz	0,23
12 Oder-Spree	0,26
13 Ostprignitz-Ruppin	0,23
14 Potsdam-Mittelmark	0,27
15 Prignitz	0,23
16 Spree-Neiße	0,24
17 Teltow-Fläming	0,26
18 Uckermark	0,24
Brandenburg	0,26

8 S80/S20-Rate

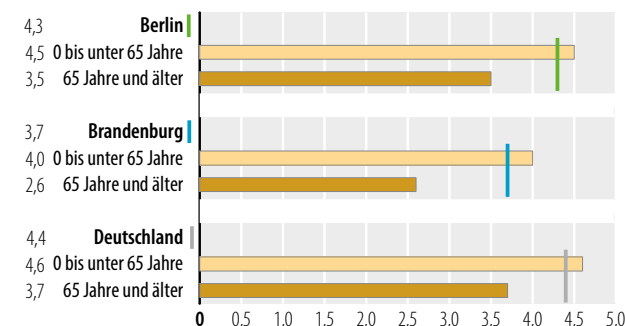
Ergebnis Die S80/S20-Rate als ein Maß für die Ungleichverteilung der bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen gibt das Verhältnis der summierten Äquivalenzeinkommen des reichsten Fünftels der Bevölkerung zu den Äquivalenzeinkommen des ärmsten Fünftels an.

In **Berlin** ist die Summe der bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen der reichsten zwanzig Prozent der Bevölkerung vier Mal (4,3) so hoch wie die Summe der Äquivalenzeinkommen der ärmsten zwanzig Prozent. Die Einkommensungleichheit der älteren Bevölkerung ab 65 Jahren liegt deutlich unter dem Berliner Durchschnitt bei 3,5. Insgesamt ist die Rate in Berlin seit 1996 leicht angestiegen (1996: 4,1). In den Berliner Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf (5,5), Mitte (4,9) Steglitz-Zehlendorf (4,5) und Tempelhof-Schöneberg (4,5) sind die Werte am höchsten. Hier herrscht somit eine besonders hohe Einkommensungleichheit vor. Die geringsten Einkommensungleichheiten gibt es in Lichtenberg (3,2).

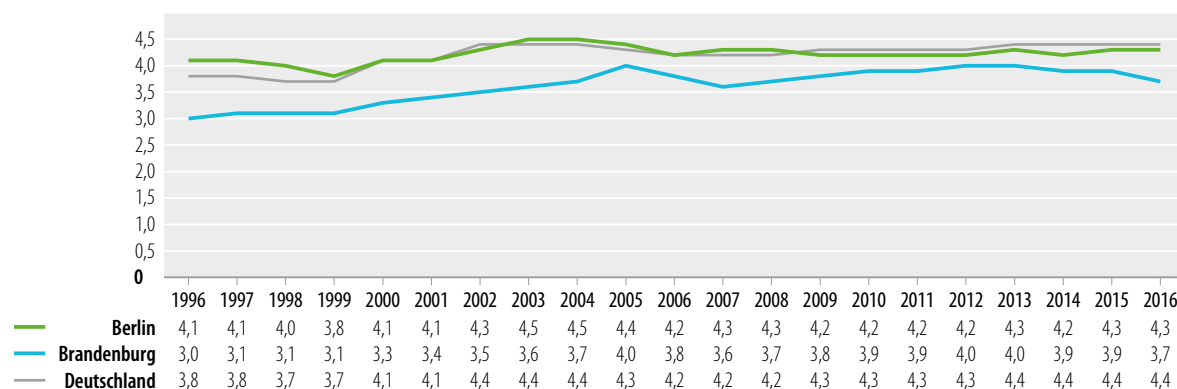
In **Brandenburg** beträgt die S80/S20-Rate 3,7. Die Einkommen der älteren Brandenburger Bevölkerung ab 65 Jahren liegen dabei deutlich näher beieinander, hier beträgt die S80/S20-Rate nur 2,6. Die höchsten Einkommensungleichheiten liegen in der kreisfreien Stadt Potsdam (4,5) vor. Mit einem Wert von jeweils 3,1 gibt es in den Kreisen Elbe-Elster und Ostprignitz-Ruppin sowie in der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel besonders geringe Raten. Die S80/S20-Rate ist in Brandenburg seit 1996 relativ kontinuierlich angestiegen (1996: 3,0). Dieser Indikator weist darauf hin, dass die Einkommensungleichheit in Brandenburg in den späten 1990er und 2000er Jahren gewachsen ist.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

... nach Region und Altersgruppen 2016



... nach Region 1996 – 2016



Definition Verhältnis der Summe der Äquivalenzeinkommen des obersten Quintils (Fünftels der Verteilung) zur Summe des untersten Quintils nach Region

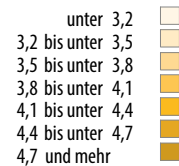
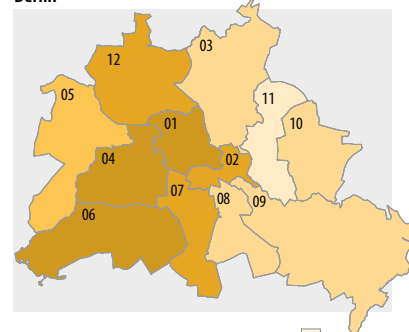
Relevanz Indikator für die Verteilung der Äquivalenzeinkommen; entspricht den Indikatoren 3, SI-C1 und PN-S4 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten

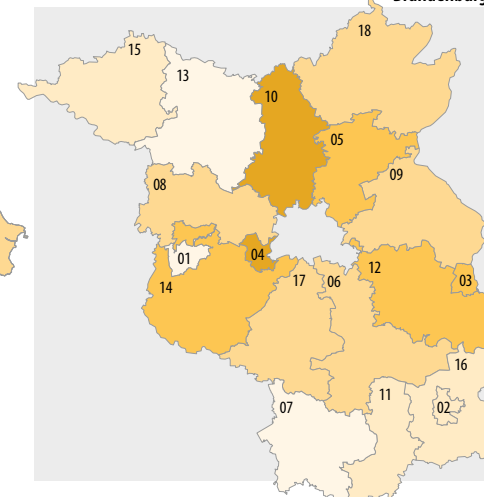
2016

Bezirke	
01 Mitte	4.9
02 Friedrichshain-Kreuzberg	4.6
03 Pankow	3.6
04 Charlottenburg-Wilmersdorf	5.5
05 Spandau	3.8
06 Steglitz-Zehlendorf	4.8
07 Tempelhof-Schöneberg	4.5
08 Neukölln	3.6
09 Treptow-Köpenick	3.7
10 Marzahn-Hellersdorf	3.5
11 Lichtenberg	3.2
12 Reinickendorf	4.2
Berlin	4.3

Berlin



Brandenburg



Kreise und kreisfreie Städte	
01 Brandenburg an der Havel	3.1
02 Cottbus	3.4
03 Frankfurt (Oder)	4.0
04 Potsdam	4.5
05 Barnim	3.8
06 Dahme-Spreewald	3.6
07 Elbe-Elster	3.1
08 Havelland	3.5
09 Märkisch-Oderland	3.6
10 Oberhavel	4.1
11 Oberspreewald-Lausitz	3.2
12 Oder-Spree	3.8
13 Ostprignitz-Ruppin	3.1
14 Potsdam-Mittelmark	3.8
15 Prignitz	3.2
16 Spree-Neiße	3.4
17 Teltow-Fläming	3.6
18 Uckermark	3.5
Brandenburg	3.7

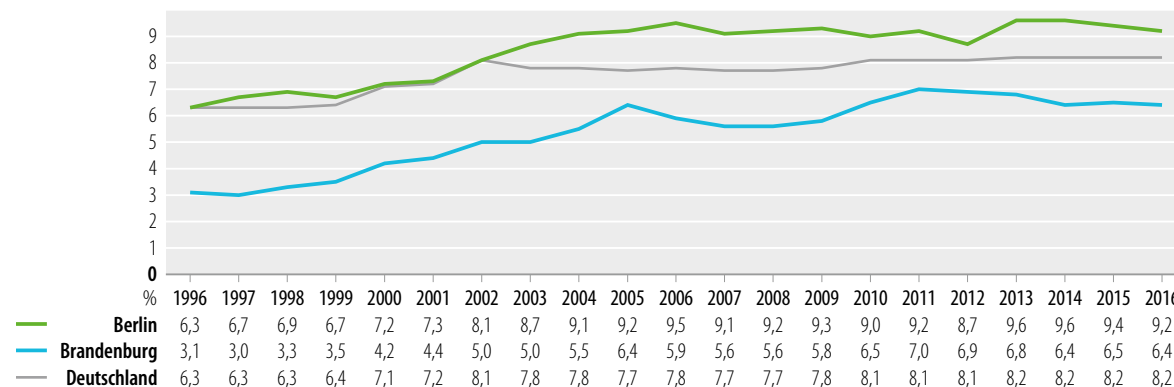
9 Reichtumsquoten im Landesmaßstab

Ergebnisse 9,2% der **Berliner** Bevölkerung gelten als reich, bzw. relativ wohlhabend, d.h. ihr Äquivalenzeinkommen ist mindestens doppelt so hoch wie das mittlere Äquivalenzeinkommen in Berlin. Die Berliner Reichtumsquote ist seit 1996 von 6,3% bis zum Jahr 2006 kontinuierlich auf 9,5% angestiegen und schwankt seitdem um 9,2%.

In **Brandenburg** haben 6,4% der Einwohnerinnen und Einwohner mehr als 200% des mittleren bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens zur Verfügung. Die Quote ist seit 1996 (3,1%) auf das Doppelte angestiegen.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

... nach Region 1996 – 2016



Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen oberhalb der landesspezifischen Reichtumschwelle nach Region

Relevanz Indikator zur Einkommensverteilung

10 Reichtumsschwellen im Landesmaßstab

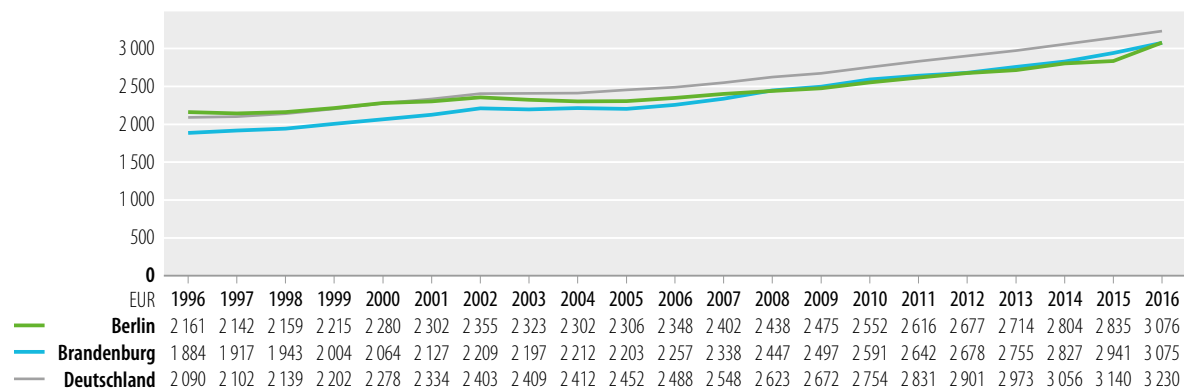
Ergebnisse Die Reichtumsschwelle liegt bei 200 % des mittleren Äquivalenzeinkommens einer Region.

In **Berlin** liegt die Reichtumsschwelle bei 3 076 EUR. Im Jahr 1996 lag die Berliner Reichtumsschwelle noch bei umgerechnet 2 161 EUR. Sie ist seitdem kontinuierlich gestiegen.

In **Brandenburg** gelten Personen, denen ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen von mindestens 3 075 EUR monatlich zur Verfügung steht, als reich bzw. relativ wohlhabend. Die Schwelle ist seit 1996 (umgerechnet 1 884 EUR) stetig angestiegen.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

... nach Region 1996 – 2016



Definition Die Reichtumsschwelle beträgt 200 % des mittleren landesspezifischen Äquivalenzeinkommens in Euro nach Region

Relevanz Indikator bezeichnet die Grenze zu Reichtum relativ zur regionalen Einheit, für die sie berechnet wurde

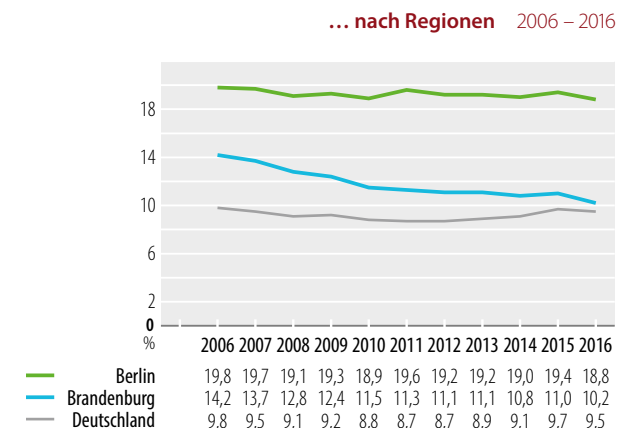
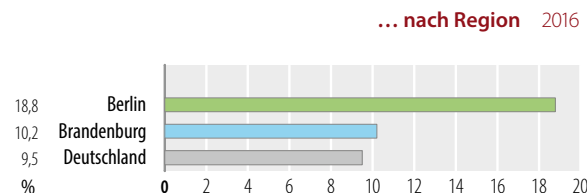
1 Mindestsicherungsquoten

Ergebnisse Im Jahr 2016 war knapp jede fünfte Person in **Berlin** (18,8 %) auf Leistungen der sozialen Mindestsicherung angewiesen. In den Berliner Bezirken Neukölln und Mitte betrug dieser Anteil sogar über ein Viertel (26,7 % bzw. 25,5 %). Auch die Bezirke Spandau und Friedrichshain-Kreuzberg weisen hohe Mindestsicherungsquoten auf (22,6 % und 21,3 %). Die mit deutlichem Abstand geringste Quote lag im Bezirk Steglitz-Zehlendorf (8,9 %) vor. Die Berliner Mindestsicherungsquote hat sich seit 2006 kaum verändert (minus 1 Prozentpunkt).

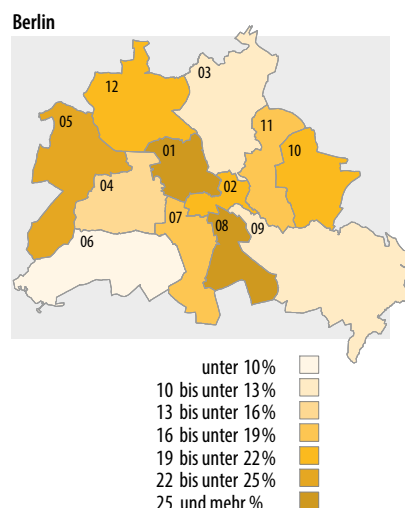
Im Land **Brandenburg** erhielten 10,2 % der Bevölkerung im Jahr 2016 soziale Mindestsicherungsleistungen. Die höchsten Quoten waren im Kreis Uckermark (15,8 %) und in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) (15,7 %) zu finden, wobei die kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel (15,3 %) und Cottbus (14,8 %) nur knapp dahinter lagen. Die niedrigsten Mindestsicherungsquoten wiesen die Kreise Potsdam-Mittelmark (5,6 %) und Dahme-Spreewald (7,5 %) auf. In Brandenburg gab es seit 2006 einen

Rückgang der Mindestsicherungsquote um vier Prozentpunkte. Sowohl Brandenburg als auch Berlin lagen 2016 über dem **Bundesdurchschnitt** von 9,6 %, in Berlin war die Quote doppelt so hoch.

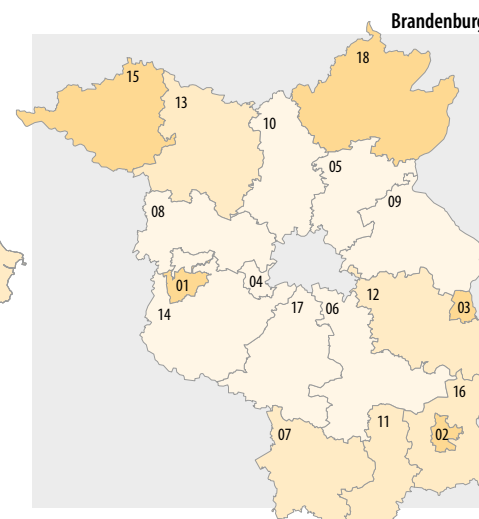
Datenquellen | Methodische Hinweise ►



Bezirke	%
01 Mitte	25.5
02 Friedrichshain-Kreuzberg	21.3
03 Pankow	10.3
04 Charlottenburg-Wilmersdorf	13.6
05 Spandau	22.6
06 Steglitz-Zehlendorf	8.9
07 Tempelhof-Schöneberg	17.2
08 Neukölln	26.7
09 Treptow-Köpenick	11.7
10 Marzahn-Hellersdorf	19.3
11 Lichtenberg	17.5
12 Reinickendorf	19.6
Berlin	18.8



... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten 2014



Kreise und kreisfreie Städte	%
01 Brandenburg an der Havel	15.3
02 Cottbus	14.8
03 Frankfurt (Oder)	15.7
04 Potsdam	9.9
05 Barnim	9.1
06 Dahme-Spreewald	7.5
07 Elbe-Elster	10.6
08 Havelland	8.7
09 Märkisch-Oderland	9.2
10 Oberhavel	8.3
11 Oberspreewald-Lausitz	12.5
12 Oder-Spree	11.1
13 Ostprignitz-Ruppin	12.0
14 Potsdam-Mittelmark	5.6
15 Prignitz	14.1
16 Spree-Neiße	10.3
17 Teltow-Fläming	8.3
18 Uckermark	15.8
Brandenburg	10.2

Definition Anteil der Bevölkerung, der Leistungen aus den sozialen Mindestsicherungssystemen bezieht. Dazu gehören Gesamtregelungen (Arbeitslosengeld II/ Sozialgeld) nach dem SGB II, Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Rahmen der Sozialhilfe nach dem SGB XII und Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Relevanz Soziale Mindestsicherungsleistungen werden nach einer Bedürftigkeitsprüfung zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts gewährt. Die Mindestsicherungsquote bezeichnet damit den Anteil der Bevölkerung, der seinen grundlegenden Lebensunterhalt nicht sichern kann. Die Mindestsicherungsquote bezeichnet das Ausmaß bekämpfter Armut.

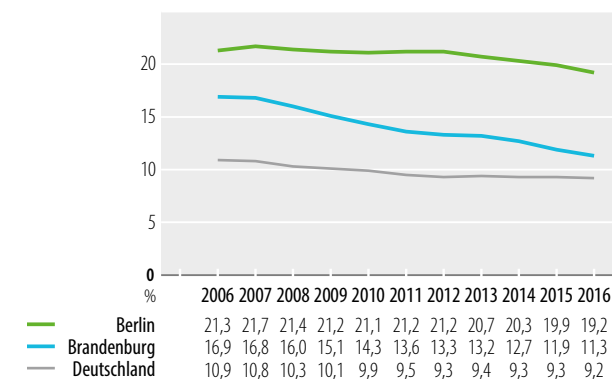
2 SGB II-Quoten

Ergebnisse Im Dezember 2016 lebte im Land **Berlin** ein Fünftel (19,2 %) aller Personen unter der Regelaltersgrenze in einer Bedarfsgemeinschaft nach dem SGB II. Zwischen 2006 und 2016 hat der Anteil um rund zwei Prozentpunkte abgenommen. Am höchsten ist die Quote mit 28,5 % im Bezirk Neukölln, gefolgt von den Bezirken Mitte (26,3 %) und Spandau (25,7 %). Am geringsten ist die Quote mit 9,7 % im Bezirk Steglitz-Zehlendorf. Mit Ausnahme des Bezirkes Reinickendorf ist der Anteil der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in allen Bezirken in den letzten zehn Jahren gesunken, insbesondere in Friedrichshain-Kreuzberg (minus sechs Prozentpunkte) und Pankow (minus fünf Prozentpunkte; siehe Tabellen).

Im Land **Brandenburg** lag die SGB II-Quote im Dezember 2016 bei 11,3 %. Der Anteil der Einwohnerinnen und Einwohner in SGB II-Bedarfsgemeinschaften ist für den betrachteten Zeitraum rückgängig und liegt mittlerweile knapp sechs Prozentpunkte unter dem Wert von 2006. Die höchste Quote stellte 2016 der Landkreis Uckermark mit 18,6 %. Dahinter folgen die kreisfreien Städte Frankfurt (Oder) und Brandenburg an der Havel mit jeweils 17,8 %. Der Kreis Potsdam-Mittelmark weist die geringste SGBII-Quote aus (5,8 %). In sämtlichen Kreisen war die Entwicklung in den vergangenen Jahren positiv, die Quoten sind rückläufig.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

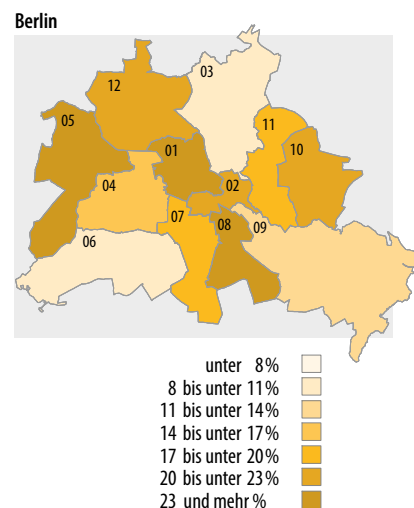
... nach Regionen 2006 – 2016



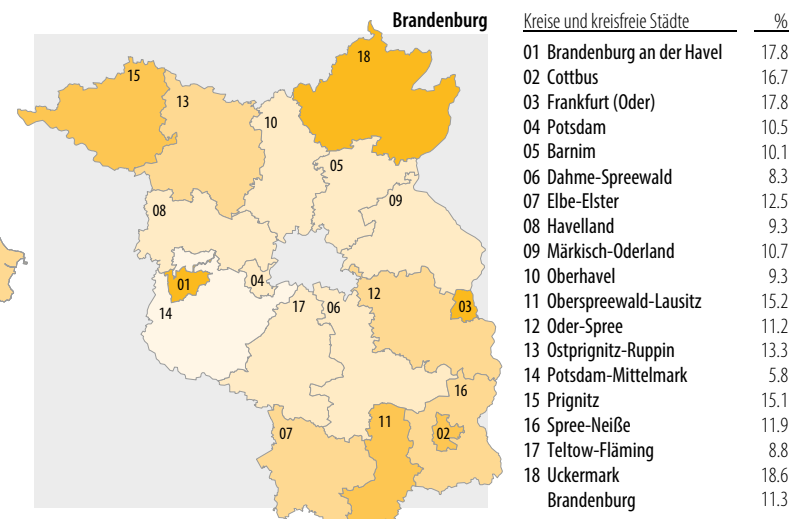
Definition Anteil der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften im Dezember des Jahres bezogen auf die Bevölkerung im Alter von unter 65 Jahren

Relevanz Das Lebensumfeld großer Bevölkerungsgruppen in Berlin und Brandenburg ist durch die Abhängigkeit von sozialen Transferleistungen geprägt. Die Empfänger von Leistungen zur „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) können nur durch alleinige oder zusätzliche Unterstützungsleistungen den Lebensunterhalt sichern. Durch die Höhe der Regelsätze und die übernommenen Kosten der Unterkunft und Heizung wird eine absolute Armutsgrenze umschrieben. Menschen, die in SGB II-Bedarfsgemeinschaften leben, bewegen sich in einem finanziell restriktiven Rahmen. Umgangssprachlich wird von „Hartz IV“ gesprochen.

Bezirke	%
01 Mitte	26,3
02 Friedrichshain-Kreuzberg	21,0
03 Pankow	10,7
04 Charlottenburg-Wilmersdorf	14,0
05 Spandau	25,7
06 Steglitz-Zehlendorf	9,7
07 Tempelhof-Schöneberg	18,4
08 Neukölln	28,5
09 Treptow-Köpenick	13,5
10 Marzahn-Hellersdorf	21,9
11 Lichtenberg	18,9
12 Reinickendorf	22,8
Berlin	19,2



... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten 2016



3 Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt

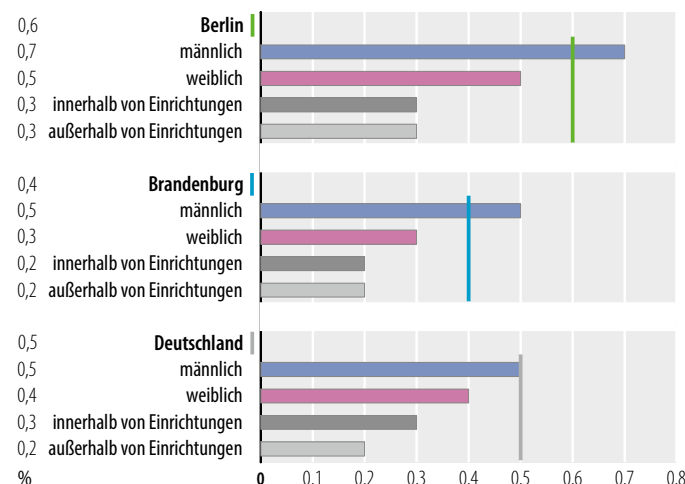
Ergebnisse Nur 0,6 % der **Berliner** Bevölkerung erhielten zum Ende des Jahres 2016 Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII. Männer sind mit 0,7 % etwas häufiger betroffen als Frauen (0,5 %). Die Hälfte der Personen (0,3 %) lebte in Einrichtungen. Zwischen 2006 und 2009 ist die Quote insgesamt um 0,2 Prozentpunkte gesunken und anschließend wieder gestiegen. Der Rückgang fand vor allem bei den Frauen statt sowie den Personen, die in Einrichtungen betreut wurden (siehe Tabellen).

In **Brandenburg** betrug der Anteil der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII im Jahr 2016 0,4 % der Bevölkerung. Männer sind etwas stärker als Frauen betroffen (0,5 % bzw. 0,3 %). Die Hälfte der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt lebte in Einrichtungen. In Brandenburg ist die Quote seit 2006 recht stabil.

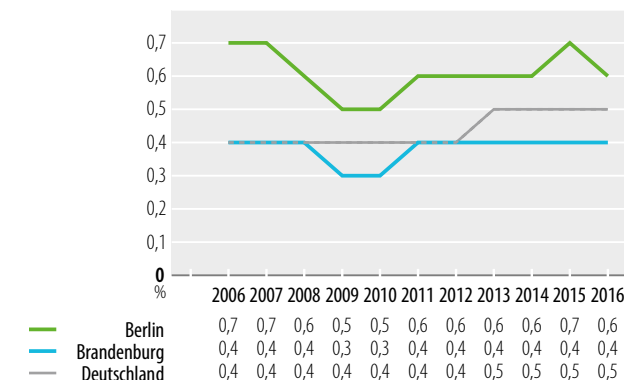
Die Berliner Quote lag im Jahr 2016 leicht über dem **Bundesdurchschnitt** von 0,5 %, die Brandenburger Quote leicht unter dem Bundesdurchschnitt.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

... nach Geschlecht und Form der Unterbringung 2016

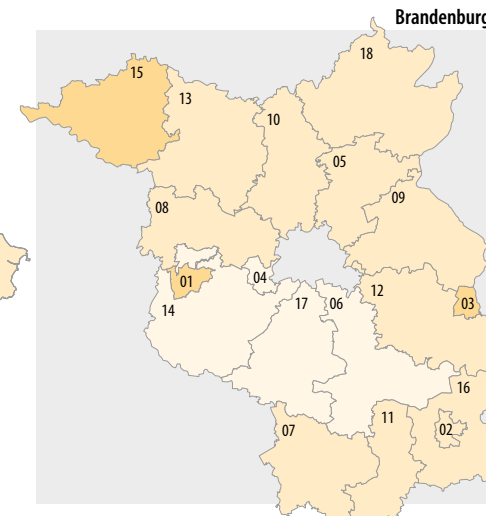
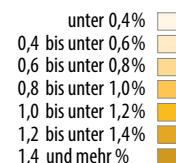
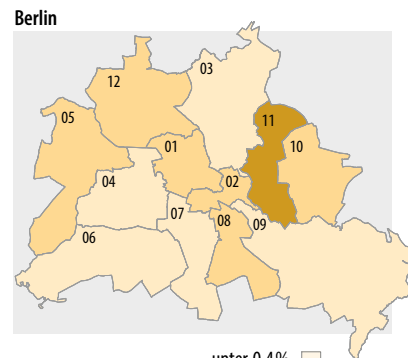


... nach Regionen 2006 – 2016



... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten 2016

Bezirk	%
01 Mitte	0,6
02 Friedrichshain-Kreuzberg	0,6
03 Pankow	0,4
04 Charlottenburg-Wilmersdorf	0,4
05 Spandau	0,6
06 Steglitz-Zehlendorf	0,4
07 Tempelhof-Schöneberg	0,5
08 Neukölln	0,6
09 Treptow-Köpenick	0,5
10 Marzahn-Hellersdorf	0,7
11 Lichtenberg	1,5
12 Reinickendorf	0,6
Berlin	0,6



Kreise und kreisfreie Städte	%
01 Brandenburg an der Havel	0,6
02 Cottbus	0,4
03 Frankfurt (Oder)	0,6
04 Potsdam	0,3
05 Barnim	0,4
06 Dahme-Spreewald	0,3
07 Elbe-Elster	0,4
08 Havelland	0,5
09 Märkisch-Oderland	0,4
10 Oberhavel	0,4
11 Oberspreewald-Lausitz	0,4
12 Oder-Spree	0,5
13 Ostprignitz-Ruppin	0,5
14 Potsdam-Mittelmark	0,3
15 Prignitz	0,6
16 Spree-Neiße	0,4
17 Teltow-Fläming	0,3
18 Uckermark	0,5
Brandenburg	0,4

Definition Anteil der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII, denen Leistungen für mindestens einen Monat gewährt werden nach Geschlecht und Region

Relevanz Bestandteil der Mindestsicherungsquote

Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Ergebnisse In **Berlin** waren im Jahr 2016 2,2% der Bevölkerung Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII. Frauen waren geringfügig weniger oft betroffen als Männer. Der Großteil der Empfängerinnen und Empfänger (1,9%) lebte außerhalb von Einrichtungen. Auf Berliner Bezirksebene weist Neukölln den höchsten Anteil aus (3,0%), die Bezirke Pankow und Treptow-Köpenick dagegen die niedrigsten Anteile (jeweils 1,2%). Seit 2006 ist der Anteil in Berlin um 0,7 Prozentpunkte recht stetig angestiegen.

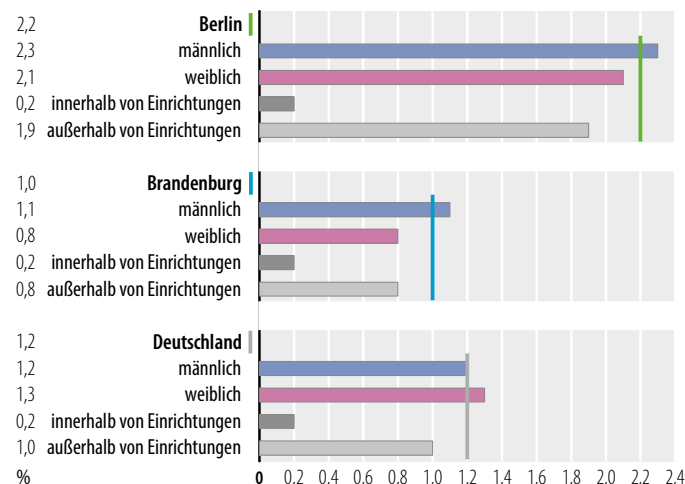
Der Anteil der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung betrug 2016 in **Brandenburg** 1,0%. Frauen waren seltener betroffen als Männer (0,8% bzw. 1,1%). Ein Fünftel der Empfänger (0,2%) lebte innerhalb von Einrichtungen. Die Kreise Potsdam-Mittelmark und Dahme-Spreewald hatten besonders niedrige Quoten (jeweils 0,7%). Seit dem Jahr 2006 ist die Empfängerquote in Brandenburg um 0,3 Prozentpunkte gestiegen.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

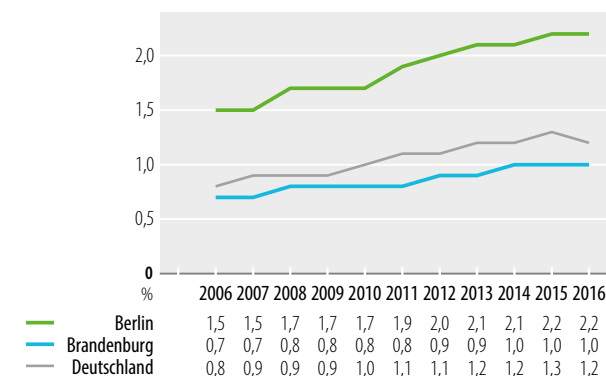
Definition Anteil der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, denen Leistungen für mindestens einen Monat gewährt werden nach Geschlecht, Form der Unterbringung und Region

Relevanz Bestandteil der Mindestsicherungsquote

... nach Geschlecht und Form der Unterbringung 2016

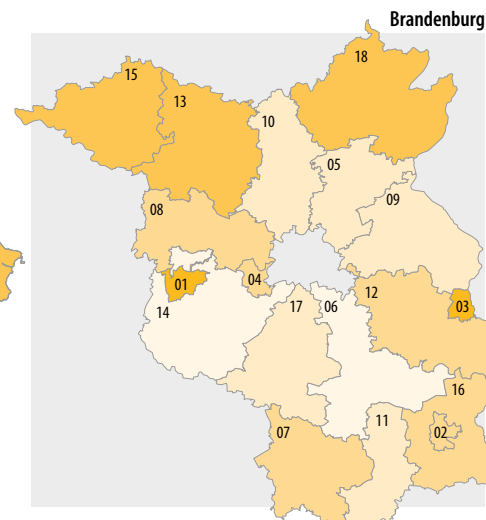
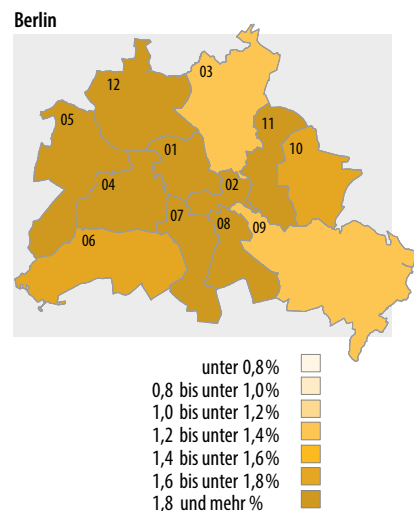


... nach Regionen 2006 – 2016



... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten 2016

Bezirke	%
01 Mitte	2,6
02 Friedrichshain-Kreuzberg	2,4
03 Pankow	1,2
04 Charlottenburg-Wilmersdorf	2,7
05 Spandau	2,4
06 Steglitz-Zehlendorf	1,6
07 Tempelhof-Schöneberg	2,5
08 Neukölln	3,0
09 Treptow-Köpenick	1,2
10 Marzahn-Hellersdorf	1,7
11 Lichtenberg	2,4
12 Reinickendorf	2,0
Berlin	2,2



Kreise und kreisfreie Städte	%
01 Brandenburg an der Havel	1,5
02 Cottbus	1,1
03 Frankfurt (Oder)	1,5
04 Potsdam	1,0
05 Barnim	0,8
06 Dahme-Spreewald	0,7
07 Elbe-Elster	1,0
08 Havelland	1,0
09 Märkisch-Oderland	0,8
10 Oberhavel	0,8
11 Oberspreewald-Lausitz	0,9
12 Oder-Spree	1,0
13 Ostprignitz-Ruppin	1,2
14 Potsdam-Mittelmark	0,7
15 Prignitz	1,3
16 Spree-Neiße	1,0
17 Teltow-Fläming	0,9
18 Uckermark	1,2
Brandenburg	1,0

5 Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Ergebnisse Im Land **Berlin** betrug der Anteil der Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Jahr 2016 1,2 %. Davon erhielten zwei Drittel Grundleistungen (0,8 %) und ein Drittel (0,4 %) Hilfe zum Lebensunterhalt. Der Anteil der Männer, die Asylbewerberleistungen erhielten, lag mit 1,5 % deutlich über dem Anteil der Frauen (0,8 %). Während die Quote der Empfänger von Asylbewerberleistungen zwischen den Jahren 2006 und 2013 relativ stabil zwischen 0,3 und 0,5 % lag, erreichte sie im Jahr 2015 mit 1,4 % ihr Maximum und hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt (2014: 0,7 %). Zuletzt sank die Quote leicht um 0,2 Prozentpunkte. Bei den ausgewiesenen Quoten für die Berliner Bezirke ist zu beachten, dass Leistungsempfänger, die Leistungen von der Zentralen Leistungs- und Aufnahmeestelle für Asylbewerber erhalten, dort nicht einfließen.

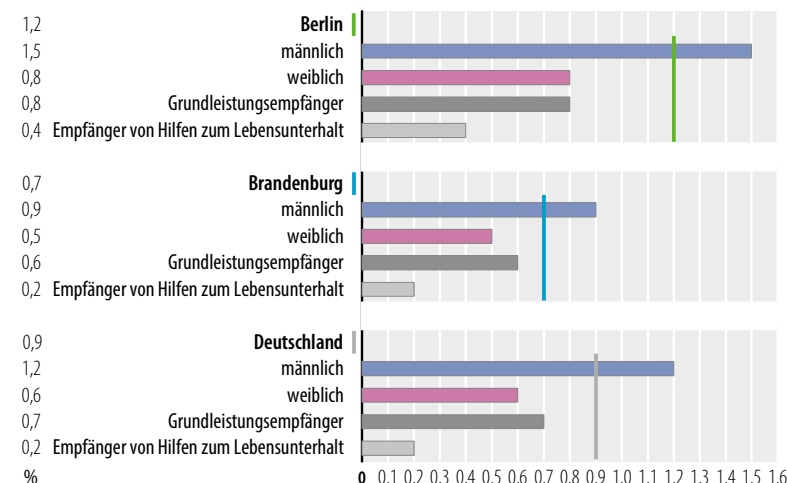
Bei der Wohnbevölkerung in **Brandenburg** betrug die Quote der Empfänger von Asylbewerberleistungen im Jahr 2016 0,7 %. Davon erhielten drei Viertel (0,6 %) Grundleistungen und ein Viertel (0,2 %) Hilfe zum Lebensunterhalt. Der Anteil der männlichen Empfänger lag mit 0,9 % deutlich über dem der Frauen (0,5 %). Zwischen 2006 und 2013 lag der Anteil der Brandenburgerinnen und Brandenburger, die Asylbewerberleistungen erhielten, relativ stabil zwischen 0,1 und 0,2 %. Zwischen 2013 und 2014 hat sich die Quote auf 0,4 % verdoppelt, zwischen 2014 und 2015 sogar verdreifacht auf 1,2 %. Für das Jahr 2016 ist ein deutlicher Rückgang der Quote auf 0,7 % zu verzeichnen. Weit über dem Landesdurchschnitt lagen die Anteile in den Brandenburger Kreisen Prignitz (1,6 %) und Oder-Spree (1,5 %). Die aktuellen Berliner Quoten der Empfänger von Asylbewerberleistungen liegen über der Quote auf der **Bundesebene**, die Brandenburger darunter.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

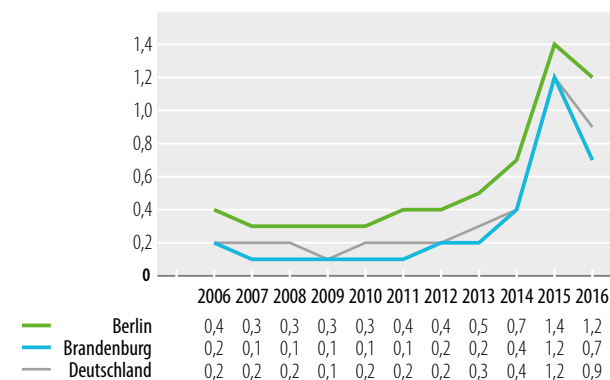
Definition Quote der Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nach Geschlecht, Art der Leistung und Region

Relevanz Bestandteil der Mindestsicherungsquote

... nach Geschlecht und Form der Leistung 2016



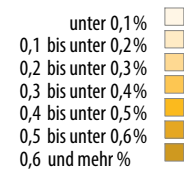
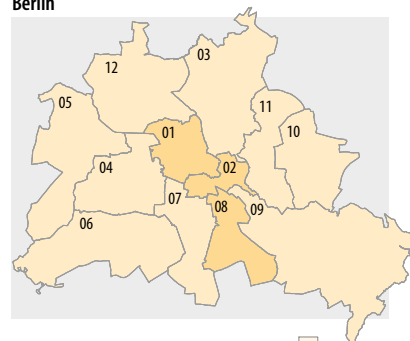
... nach Regionen 2006 – 2016



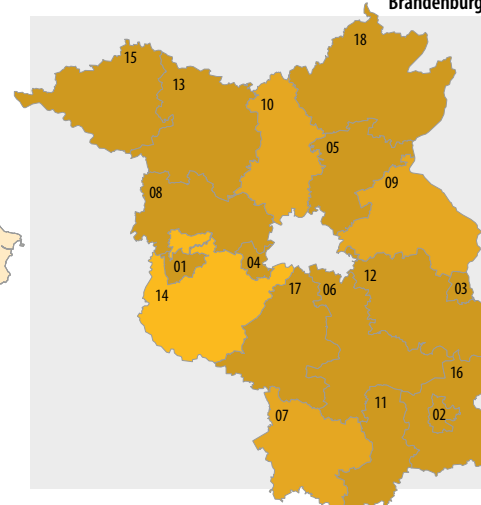
... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten 2016

Bezirke	%
01 Mitte	0.2
02 Friedrichshain-Kreuzberg	0.2
03 Pankow	0.1
04 Charlottenburg-Wilmersdorf	0.1
05 Spandau	0.1
06 Steglitz-Zehlendorf	0.1
07 Tempelhof-Schöneberg	0.1
08 Neukölln	0.2
09 Treptow-Köpenick	0.1
10 Marzahn-Hellersdorf	0.1
11 Lichtenberg	0.1
12 Reinickendorf	0.1
Berlin	1.2

Berlin



Brandenburg



Kreise und kreisfreie Städte	%
01 Brandenburg an der Havel	0.6
02 Cottbus	0.7
03 Frankfurt (Oder)	0.7
04 Potsdam	0.6
05 Barnim	0.7
06 Dahme-Spreewald	0.7
07 Elbe-Elster	0.5
08 Havelland	0.6
09 Märkisch-Oderland	0.5
10 Oberhavel	0.5
11 Oberspreewald-Lausitz	0.7
12 Oder-Spree	1.5
13 Ostprignitz-Ruppin	0.8
14 Potsdam-Mittelmark	0.4
15 Prignitz	1.6
16 Spree-Neiße	0.7
17 Teltow-Fläming	0.6
18 Uckermark	0.9
Brandenburg	0.7

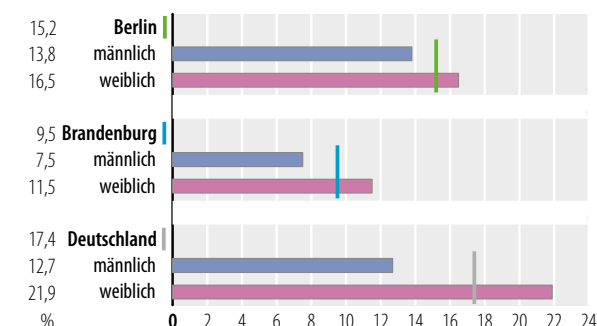
1 Anteil der Bevölkerung mit niedrigem Bildungsstand

Ergebnisse Ein Sechstel (15,2%) der **Berliner** Bevölkerung ab 25 Jahren hat einen niedrigen Bildungsstand, also weder die Hochschulreife noch eine Berufsausbildung. In der jüngsten Altersgruppe der 25- bis unter 35-Jährigen ist der Anteil am niedrigsten (12,0%), in der höchsten Altersklasse ab 65 Jahren mit 18,4% am höchsten (siehe Tabellen). Von den 25- bis unter 35-jährigen Berlinerinnen haben 10,3% einen niedrigen Bildungsstand, bei den Berlinern sind es dagegen 13,8%. Mit zunehmendem Alter geht der Anteil der Personen mit niedrigem Bildungsniveau bei den Männern zurück, bei den Frauen steigt er jedoch auf ein knappes Viertel (23,9%) für die über 65-Jährigen an. Seit 2005 ist der Anteil der Berlinerinnen und Berliner mit niedrigem Bildungsstand stetig zurückgegangen. Auf Grund der ab 2014 im Mikrozensus verwendeten neuen ISCED-Skala in der Fassung von 2011 zur Klassifikation von Bildungsabschlüssen ist ein Vergleich des Anteils der Geringqualifizierten ab 2014 mit den vorherigen Jahren eingeschränkt. Die Berliner Bezirke Pankow und Treptow-Köpenick weisen die niedrigsten Anteile an Geringqualifizierten aus (7,1% bzw. 8,1%) und stehen damit in starkem Kontrast zum Bezirk Neukölln, in dem ein Viertel der Bevölkerung (26,6%) einen niedrigen Bildungsstand hat.

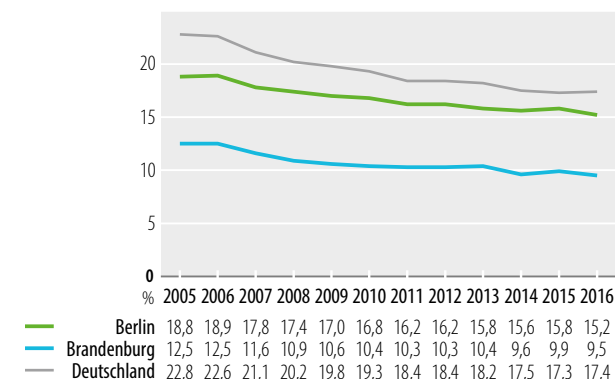
In **Brandenburg** hat ein Zehntel (9,5%) der Bevölkerung ab 25 Jahren einen niedrigen Bildungsstand, Frauen mit 11,5% etwas häufiger als Männer (7,5%). In Brandenburg bewegen sich die Anteile nur in der jüngsten Altersgruppe bis unter 35 Jahren und in der ältesten ab 65 Jahren im zweistelligen Bereich (10,7% bzw. 15,7%; siehe Tabellen). In der jüngsten Altersgruppe bis unter 35 Jahren haben mit 12,2% mehr Männer einen niedrigen Bildungsstand als Frauen (9,1%). In der ältesten Gruppe ab 65 Jahren haben 21,8% der Brandenburgerinnen keinen beruflichen Abschluss und keine Hochschulreife – in deutlichem Kontrast zu nur 7,7% der Männer. Der Anteil der Niedrigqualifizierten in der Brandenburger Bevölkerung ab 25 Jahren ist seit 2005 von 12,5% auf 10,4% bis zum Jahr 2013 zurückgegangen. Auch hier gibt es einen Zeitreihenbruch zwischen 2013 und 2014, der einen direkten Vergleich des Anteils ab 2014 mit den vorherigen Jahren einschränkt. Der Anteil der geringqualifizierten Bevölkerung zwischen den Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten unterscheidet sich nur geringfügig. Der Kreis Märkisch-Oberland (7,1%) und die kreisfreie Stadt Cottbus (7,3%) haben den geringsten noch nachweisbaren Anteil an niedrigqualifizierten Einwohnerinnen und Einwohnern, der Kreis Prignitz mit 13,7% den höchsten.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

... nach Region und Geschlecht 2016



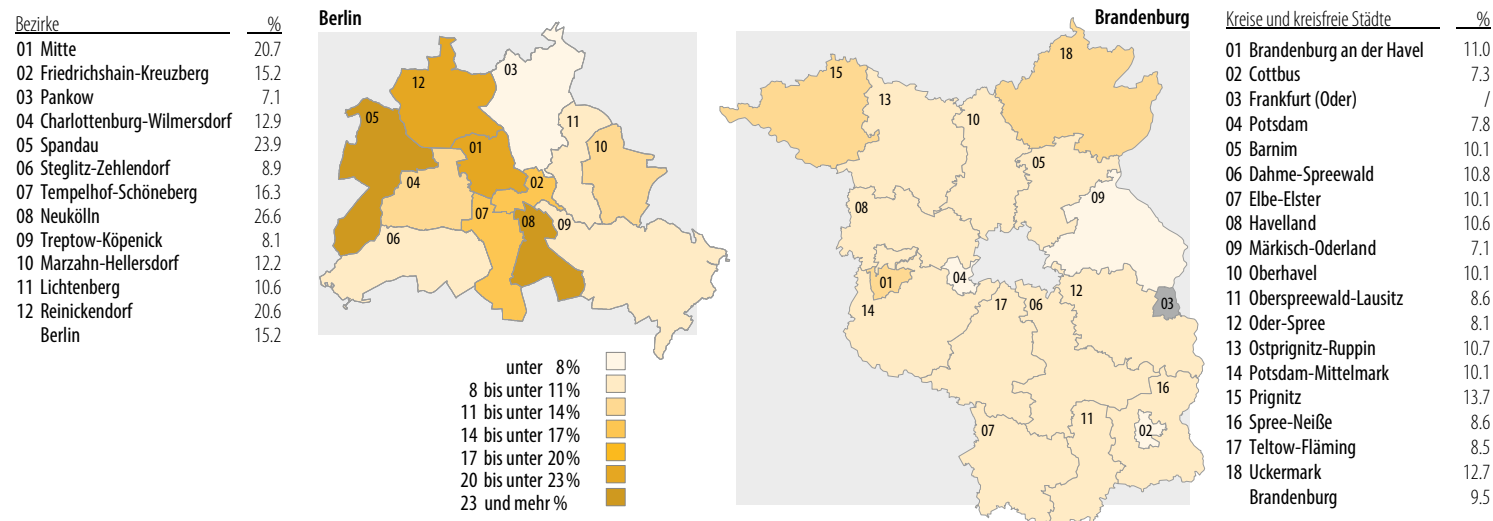
... nach Region 1996 – 2016



Definition Anteil der Personen mit niedrigem Bildungsstand (ISCED 0-2) in der Bevölkerung ab 25 Jahren nach Altersgruppen, Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für Teilhabechancen am Arbeitsmarkt und im weiteren Sinne die Zukunftsfähigkeit einer Region; entspricht dem Indikator SI-S2 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten 2016



2 Anteil der frühen Schulabgänger

Ergebnisse In **Berlin** sind 11,9% der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 25 Jahren zu den frühen Schulabgängern zu rechnen. Männliche Jugendliche/junge Erwachsene sind mit 12,9% etwas häufiger betroffen als weibliche (11,0%). Auf Grund der ab 2014 im Mikrozensus verwendeten neuen ISCED-Skala in der Fassung von 2011 zur Klassifikation von Bildungsabschlüssen ist ein Vergleich des Anteils der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger ab 2014 mit den vorherigen Jahren eingeschränkt. Von 2005 bis 2013 ist der Anteil insgesamt deutlich um fünf Prozentpunkte zurückgegangen. Zwischen 2014 und 2016 lässt sich ebenfalls eine leicht rückläufige Tendenz erkennen.

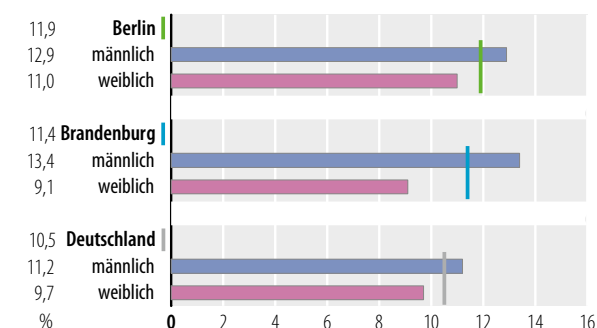
Der Anteil früher Schulabgänger in der **Brandenburger** Bevölkerung beträgt 11,4%. Unter den Männern ist der Anteil der frühen Schulabgänger mit 13,4% höher als bei den Frauen (9,1%). Auch hier gibt es einen Zeitreihenbruch zwischen 2013 und 2014, der einen direkten Vergleich des Anteils ab 2014 mit den vorherigen Jahren einschränkt. Insgesamt ist in den Jahren 2005 bis 2013 der Anteil der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger an der gleichaltrigen Bevölkerungsgruppe nur leicht zurückgegangen. Zwischen 2014 und 2016 ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

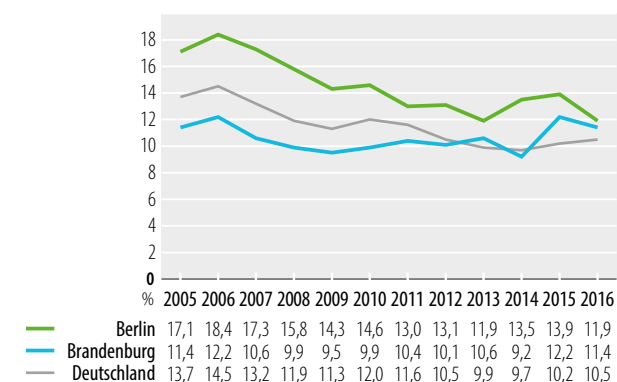
Definition Anteil der Personen mit niedrigem Bildungsstand (ISCED 0-2), die sich in den letzten 4 Wochen nicht in Ausbildung befanden in der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 25 Jahren nach Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für Teilhabechancen der jungen Generation am Arbeitsmarkt und im weiteren Sinne für die Zukunftsfähigkeit einer Region; entspricht den Indikatoren 5, SI-P6 und IC-S6 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration. Eines der Leitziele der Strategie Europa 2020 besteht darin, den Anteil bis zum Jahr 2020 auf unter 10 Prozent zu senken.

... nach Region und Geschlecht 2016



... nach Region 1996 – 2016



3 Tertiäre Abschlüsse

Ergebnisse In **Berlin** besitzen 46,1% der Bevölkerung im Alter von 30 bis unter 35 Jahren einen tertiären Bildungsabschluss, Frauen mit 48,0 % häufiger als Männer (44,2 %). Auf Grund der ab 2014 im Mikrozensus verwendeten neuen ISCED-Skala in der Fassung von 2011 zur Klassifikation von Bildungsabschlüssen ist ein Vergleich des Anteils der tertiär Qualifizierten ab 2014 mit den vorherigen Jahren eingeschränkt. Im Betrachtungszeitraum bis 2013 ist der Anteil tertiärer Abschlüsse um rund vier Prozentpunkte angestiegen. Dieser Anstieg fand jedoch nur bei Frauen statt (um acht Prozentpunkte; siehe Tabellen). Zwischen 2014 und 2016 ist insgesamt ein deutlicher Anstieg um fünf Prozentpunkte zu beobachten. Insbesondere der Anteil der Berliner mit tertiärem Bildungsabschluss im Alter von 30 bis unter 35 Jahren hat sich in diesem Zeitraum erhöht (um sieben Prozentpunkte; siehe Tabellen).

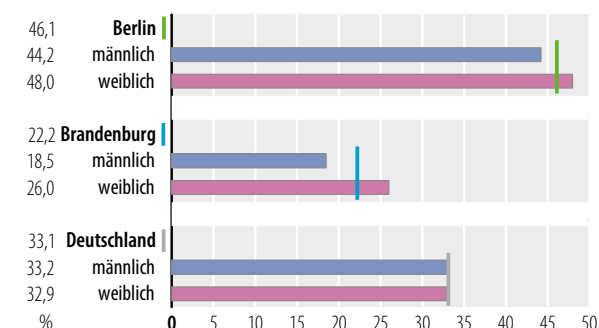
Der Anteil der Bevölkerung mit tertiären Bildungsabschlüssen im Alter von 30 bis unter 35 Jahren in **Brandenburg** liegt bei 22,2 %. Bei Frauen dieser Altersgruppe liegt ein tertiärer Abschluss mit 26,0 % deutlich häufiger vor als bei Männern (18,5 %). Auch hier gibt es einen Zeitreihenbruch zwischen 2013 und 2014, der einen direkten Vergleich des Anteils ab 2014 mit den vorherigen Jahren einschränkt. Zwischen 2005 und 2013 schwankte der Anteil der Brandenburger Bevölkerung mit tertiärem Bildungsabschluss um 24 %, wobei der Anteil der Brandenburgerinnen leicht zurückgegangen, der Anteil der Brandenburger im selben Zeitraum leicht gestiegen ist (siehe Tabellen). Zwischen 2014 und 2016 hat sich der Anteil der Brandenburgerinnen mit tertiärem Abschluss um rund vier Prozentpunkte erhöht, während er bei den Brandenburgern im selben Zeitraum auf einem konstanten Niveau war.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

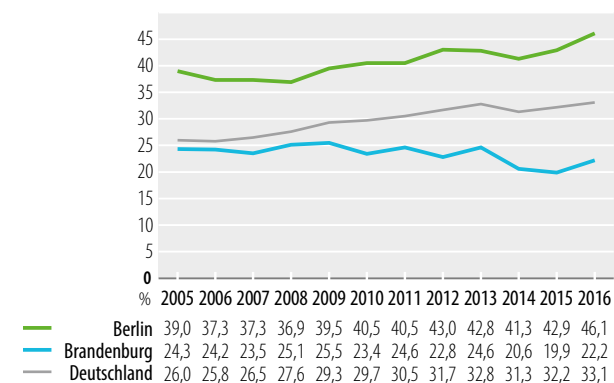
Definition Anteil der Personen mit einem tertiären Bildungsabschluss in der Bevölkerung im Alter von 30 bis unter 35 Jahren nach Geschlecht und Region

Relevanz Ein höherer beruflicher Abschluss ist eine entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeitsmarktteilnahme in einer wissensbasierten Gesellschaft.

... nach Region und Geschlecht 2016



... nach Region 1996 – 2016



1 Erwerbstätigenquote

Ergebnisse In Berlin sind 7 von 10 Personen (71,4 %) im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig. In der Altersgruppe der 25- bis unter 55-Jährigen erreicht die Erwerbsquote ihren höchsten Wert unter den ausgewiesenen Altersgruppen (79,7%; siehe Tabellen). Im Ausbildungsalter von 15 bis unter 25 Jahren sind 36,8 % erwerbstätig und in den letzten zehn Jahren vor dem Rentenalter noch 65,7 %. Teilt man diese Altersgruppe noch einmal in zwei Hälften, wird deutlich, dass die Erwerbstätigenquote bei den 55- bis unter 60-Jährigen mit 75,4 % erheblich höher ist als bei den 60- bis unter 65-Jährigen (54,9 %). Im Alter von 65 bis unter 70 Jahren sind noch 14,1 % der Berliner Bevölkerung erwerbstätig. Mit Ausnahme der jüngsten Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen liegen die Erwerbstätigenquoten der Berliner in allen Altersgruppen teils deutlich über denen der Berlinerinnen. Der Geschlechterunterschied besteht insbesondere in den höheren Altersklassen der 60- bis unter 65-Jährigen (acht Prozentpunkte) sowie der 65- bis unter 70-Jährigen (neun Prozentpunkte). Nachdem die allgemeine Erwerbstätigenquote der

Definition Anteil der Erwerbstätigen in der Bevölkerung nach Altersgruppen, Geschlecht und Region

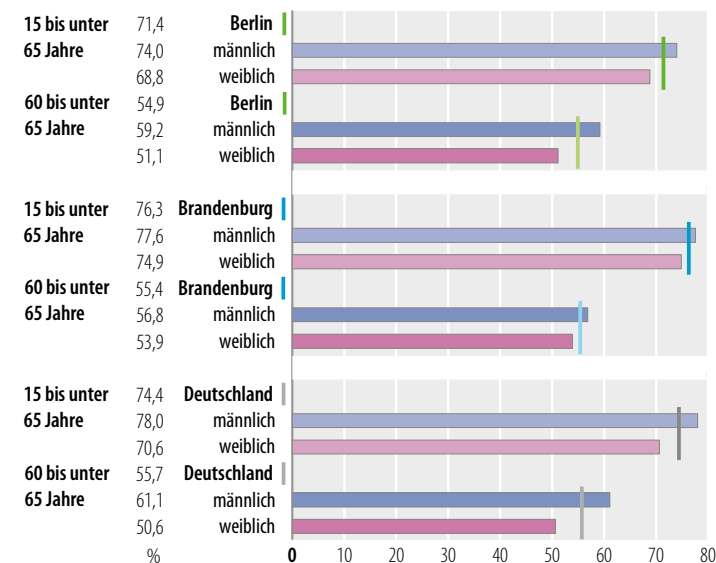
Relevanz Indikator für Teilhabe der Bevölkerung am Arbeitsmarkt und im weiteren Sinne für die Zukunftsfähigkeit einer Region; entspricht den Indikatoren 10, 12 und PN-P6 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration. Der Anteil der Erwerbstätigen in der Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen ist ein Leitindikator der Agenda 2020 der

Europäischen Union. Das Europäische Ziel besteht darin, bis zum Jahr 2020 einen Anteil von 75 Prozent zu erreichen, das nationale Ziel für Deutschland wurde mit 77 Prozent festgelegt. In der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen möchte Deutschland eine Quote von 60 Prozent erreichen, die Erwerbstätigenquote für Frauen soll bis 2020 mindestens 73 Prozent betragen.

15- bis unter 65-Jährigen im Jahr 2004 ein Minimum von 57,7 % erreicht hatte, steigt sie seitdem wieder stetig an und liegt seit dem Jahr 2009 über dem Ausgangswert von 1996. Die Erwerbstätigenquote der Männer unter 25 Jahren ist seit 1996 zurückgegangen, bei Männern ab 55 Jahren ist sie sehr deutlich angestiegen. Auch bei den Frauen unter 25 Jahren ist die Erwerbsquote leicht rückläufig, während sie in allen anderen Altersgruppen seit 1996 angestiegen ist. Am deutlichsten zeigt sich dies in der Altersgruppe der 60- bis unter 65-jährigen Frauen: Hier ist die Quote mit 51,1 % im Vergleich mit 1996 (9,7 %) mehr als fünf Mal höher. In der für die EU- und die nationalen Ziele relevanten Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen liegt die Erwerbstätigenquote insgesamt bei 75,0 %. Damit hat Berlin im Jahr 2016 erstmals das in der Strategie Europa 2020 für das Jahr 2020 festgelegte EU-Ziel erreicht.

Von der **Brandenburger** Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sind drei Viertel (76,3 %) erwerbstätig. Die Quote ist bei den 25- bis unter 55-Jährigen mit 85,8 % am höchsten (siehe Tabellen). In der jüngsten Altersgruppe von 15 bis unter 25 Jahren beträgt die Erwerbstätigenquote 40,7 %. Ein großer Teil (68,7 %) der 55- bis unter 65-Jährigen ist noch erwerbstätig. Unterteilt man diese Altersgruppe noch einmal in die 55- bis unter 60-Jährigen und die Personen kurz vor dem Rentenalter, zeigen sich große Unterschiede in der Erwerbstätigenquote beider Altersgruppen. In der jüngeren Gruppe der älteren Erwerbstätigen beträgt die Erwerbstätigenquote noch 80,1 %, in der älteren Gruppe ist die Quote auf 55,4 % gesunken. Im Alter von 65 bis unter 70 Jahren sind noch 13,7 % der Brandenburger Bevölkerung erwerbstätig. Mit Ausnahme der höchsten Altersgruppe liegen die Erwerbstätigenquoten der Brandenburgerinnen in allen Altersgruppen etwa drei bis vier Prozentpunkte unter der der Männer.

... nach Region, Altersgruppe und Geschlecht 2016

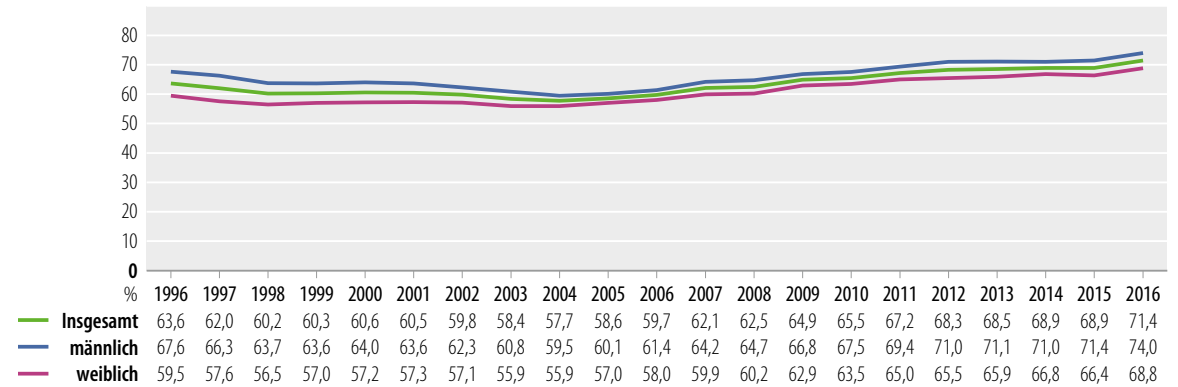


Für die 65- bis unter 70-Jährigen ist der Geschlechterunterschied deutlich stärker ausgeprägt: hier liegen die Erwerbstätigenquoten der Frauen um 12 Prozentpunkte unter denen der Männer. Nachdem die Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-jährigen Brandenburgerinnen und Brandenburger von 1996 bis zum Jahr 2005 relativ konstant bei ca. 62 % lag, ist sie seitdem recht stetig um insgesamt etwa 14 Prozentpunkte angestiegen. Der Anstieg fand bei Männern und Frauen hauptsächlich in den Altersgruppen ab 55 Jahren statt. 79,9 % der Brandenburger Bevölkerung zwischen 20- bis unter 65 Jahren ist erwerbstätig – damit hat Brandenburg das EU-Ziel und das nationale Ziel für das Jahr 2020 bereits überschritten.

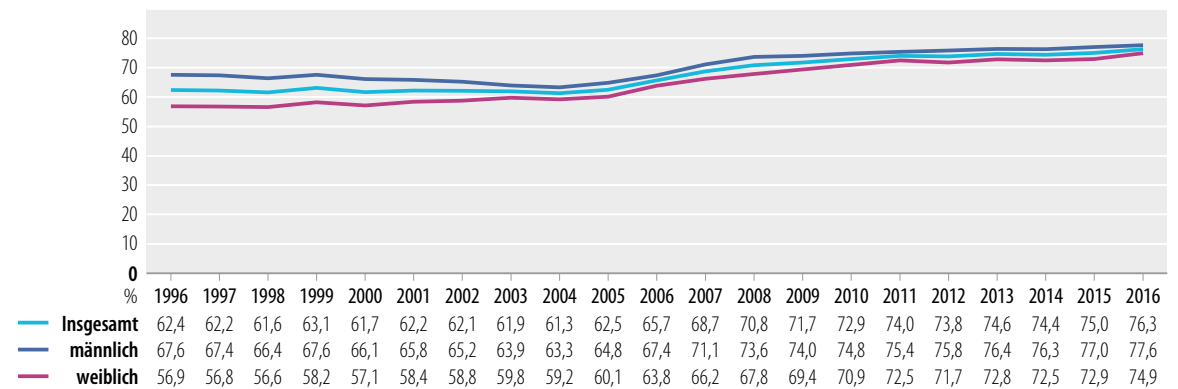
Datenquellen | Methodische Hinweise ►

... der Bevölkerung im Alter zwischen 15 bis unter 65 Jahren
nach Region und Geschlecht 1996 – 2016

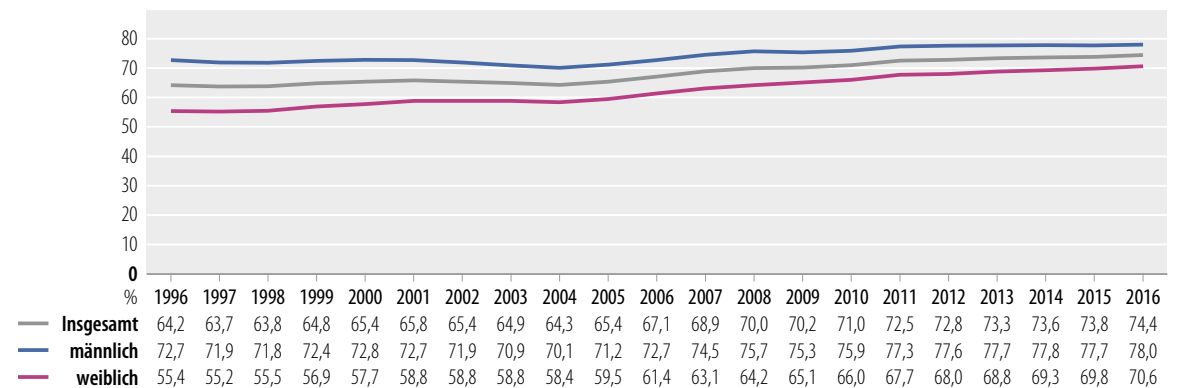
Berlin



Brandenburg



Deutschland



2 Erwerbslosenquote

Ergebnisse In **Berlin** sind 7,9% der Erwerbspersonen erwerbslos. Die höchste Erwerbslosenquote ist bei den Berlinerinnen und Berlinern im Alter von 15 bis unter 25 Jahren zu finden: 12,2% sind hier erwerbslos. Die Erwerbslosenquote der Berlinerinnen (7,1%) ist etwas geringer als die der Berliner (8,6%). Im Berliner Vergleich liegen die höchsten Erwerbslosenquoten in den Bezirken Neukölln (12,4%) und Mitte (12,0%) vor. Die geringsten Erwerbslosenquoten haben Pankow (5,1%), Treptow-Köpenick (5,5%) und Steglitz-Zehlendorf (5,7%). Nachdem die Erwerbslosenquote insgesamt bis zum Jahr 2005 auf ihr bisher höchstes Niveau von 19,5% angestiegen ist, ist sie seitdem kontinuierlich gefallen und lag im Jahr 2016 rund fünf Prozentpunkte unter der Erwerbslosenquote von 1996 (13,1%). Die Erwerbslosenquote ist für alle Altersklassen unter das Niveau von 1996 gefallen, besonders deutlich bei der Bevölkerung zwischen 55 bis unter 60 Jahren: In dieser Altersgruppe hat sich die Erwerbslosenquote um 12 Prozentpunkte von 19,5% im Jahr 1996 auf 7,2% im Jahr 2016 reduziert. Das trifft insbesondere auf Frauen dieser Altersgruppe zu (siehe Tabellen).

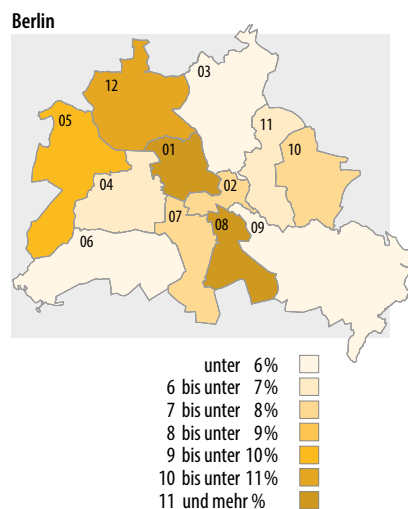
Definition Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an den Erwerbspersonen der entsprechenden Altersgruppe nach Altersgruppen, Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für Teilhabe der Bevölkerung am Arbeitsmarkt und im weiteren Sinne für die Zukunftsfähigkeit einer Region; entspricht dem Indikator 12 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

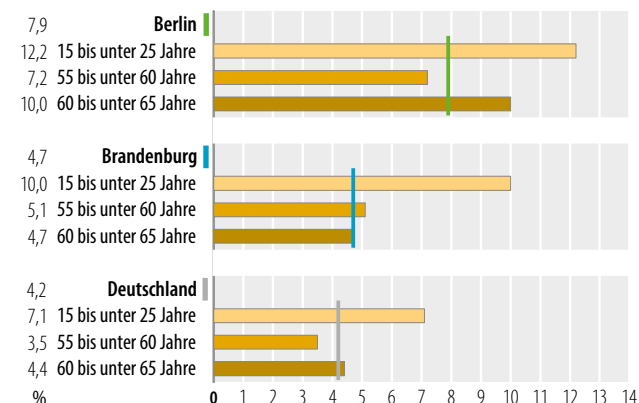
Die Erwerbslosenquote in **Brandenburg** liegt bei 4,7%. In der Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen ist sie mit 10,0% doppelt so hoch. Die Erwerbslosenquote der Männer liegt in den beiden ausgewiesenen Altersgruppen um zwei Prozentpunkte über der der Frauen (siehe Tabellen). Die geringen Fallzahlen lassen für das Jahr 2016 keine Betrachtung nach Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten zu. Insgesamt hat sich die Erwerbslosenquote in Brandenburg seit 1996 um 11 Prozentpunkte reduziert. Im Jahr 2004 hatte sie mit 19,3% ihr Maximum im Betrachtungszeitraum. Bei den Frauen ist sie bis 2016 (3,6%) auf ein Fünftel des Niveaus von 1996 (19,1%) gesunken. Insgesamt gab es bei den älteren Erwerbspersonen ab 55 Jahren die deutlichsten Rückgänge.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

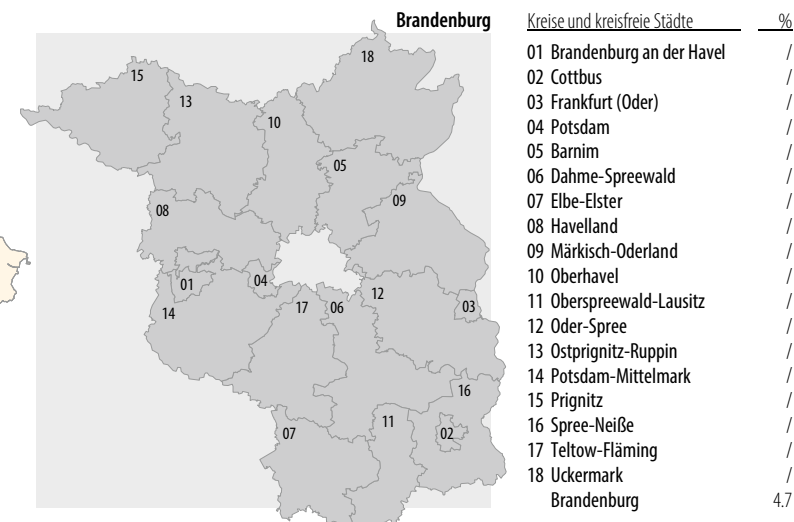
Bezirke	%
01 Mitte	12,0
02 Friedrichshain-Kreuzberg	7,4
03 Pankow	5,1
04 Charlottenburg-Wilmersdorf	6,5
05 Spandau	9,2
06 Steglitz-Zehlendorf	5,7
07 Tempelhof-Schöneberg	7,5
08 Neukölln	12,4
09 Treptow-Köpenick	5,5
10 Marzahn-Hellersdorf	7,8
11 Lichtenberg	6
12 Reinickendorf	10
Berlin	7,9



... nach Region und Altersgruppen 2016

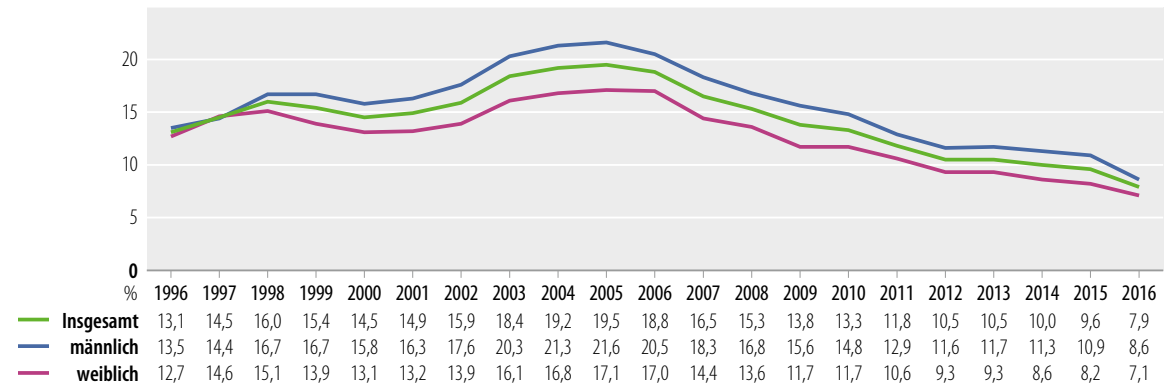


... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten 2016

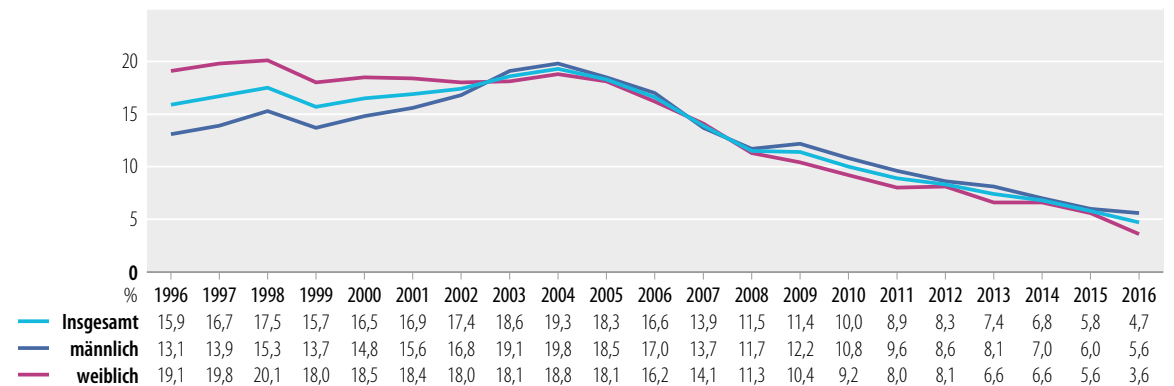


... nach Regionen 2006 – 2016

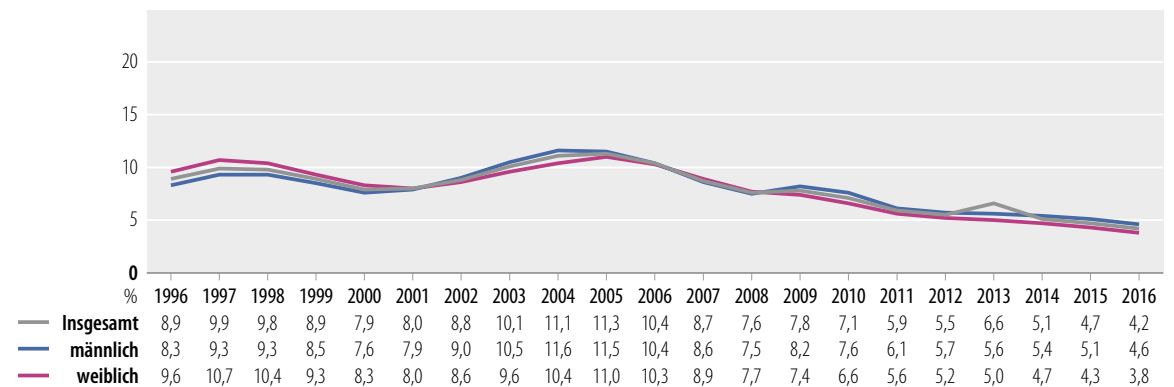
Berlin



Brandenburg



Deutschland



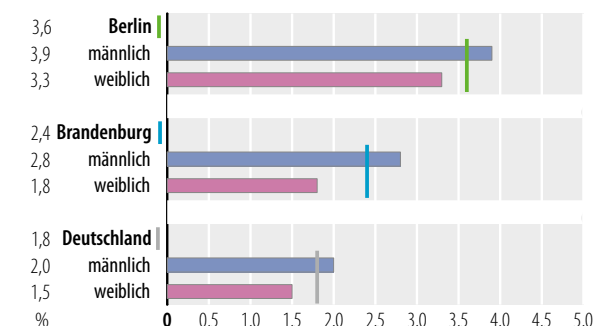
3 Langzeiterwerbslosenquote

Ergebnisse Die Langzeiterwerbslosenquote in **Berlin** liegt bei 3,6 %. Berliner haben eine geringfügig höhere Quote (3,9 %) im Vergleich zu Berlinerinnen (3,3 %). Insgesamt ist die Langzeiterwerbslosenquote seit 1996 (5,8 %) nach einem zwischenzeitlichen Maximum im Jahr 2006 (12,7 %) stetig gesunken und liegt nun zwei Prozentpunkte unter dem Ausgangswert. Für fünf der 12 Berliner Bezirke liegen Langzeiterwerbslosenquoten der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter über der Nachweisgrenze vor, von denen die Bezirke Neukölln (6,0 %) und Mitte (5,8 %) die höchsten Quoten ausweisen.

In **Brandenburg** liegt die Langzeiterwerbslosenquote bei 2,4 %. Frauen haben mit 1,8 % eine niedrigere Quote als Männer (2,8 %). Seit 1996 – nach einem Anstieg auf maximal 12,1 % im Jahr 2004 – ist die Langzeiterwerbslosenquote in Brandenburg insgesamt um fünf Prozentpunkte auf ein Drittel des Ausgangswertes gefallen. Besonders stark ist die Langzeiterwerbslosenquote bei den Brandenburgerinnen zurückgegangen: sie beträgt nur noch ein Sechstel des Niveaus von 1996 (1996: 10,9 %; 2016: 1,8 %). Bei den Männern hat sie sich im gleichen Zeitraum in etwa halbiert (1996: 5,0 %; 2016: 2,8 %). Bei einer Auswertung nach Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten fallen alle Ergebnisse unter die Nachweisgrenze.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

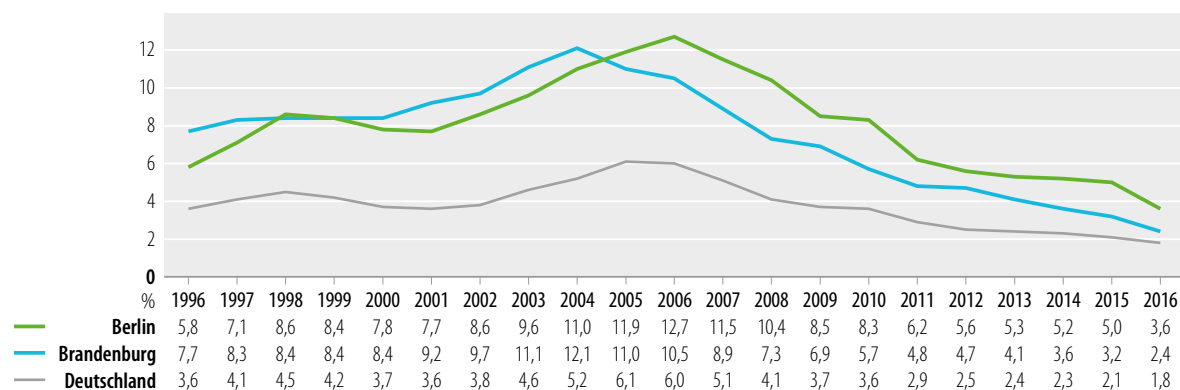
... nach Region und Geschlecht 2016



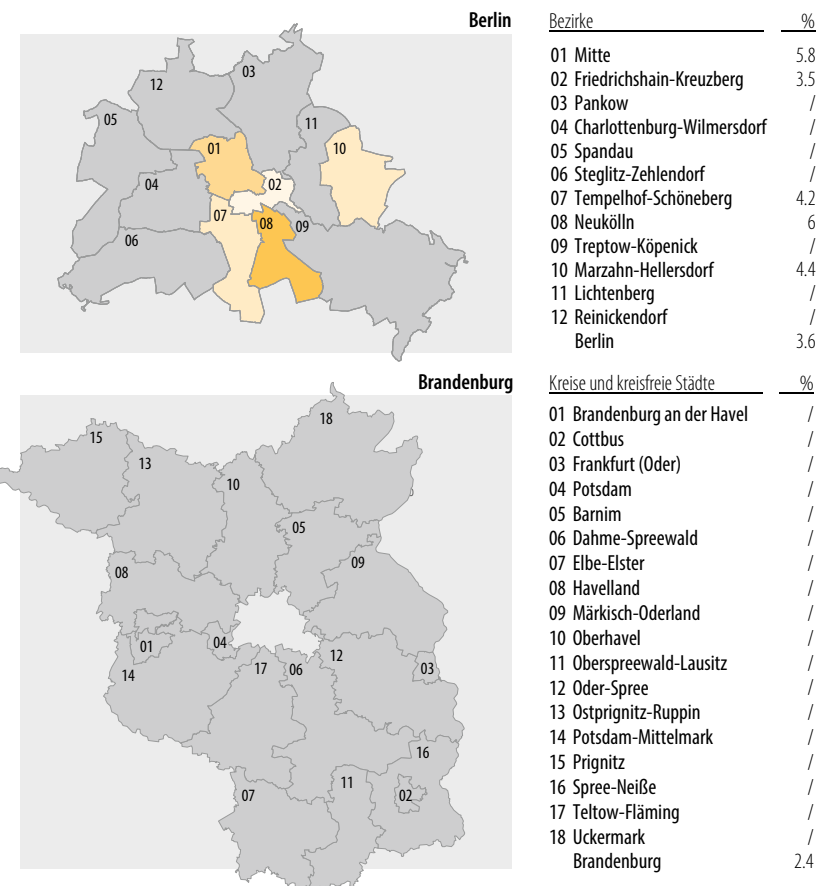
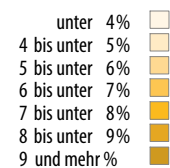
Definition Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, bei denen die Dauer der Erwerbslosigkeit länger als 12 Monate anhält an den Erwerbspersonen der entsprechenden Altersgruppe nach Geschlecht und Region

Relevanz Langzeiterwerbslosigkeit ist eine ernsthafte Bedrohung von Teilhabechancen. Entspricht dem Indikator SI-P4 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

... nach Region 2006 – 2016



... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten 2016



E 4 Bevölkerung in Haushalten ohne Erwerbstätige

Ergebnisse In **Berlin** leben 28,9% der Bevölkerung in Haushalten ohne Erwerbstätige. Darunter sind viele Haushalte von Personen im Rentenalter, jedoch lebt auch ein Sechstel (16,2%) aller Minderjährigen ohne einen Erwerbstätigen im Haushalt (siehe Tabellen). Sehr hohe Werte nimmt der Indikator für Personen in Alleinerziehendenhaushalten an (31,4%). Demgegenüber leben in Haushalten mit zwei Erwachsenen und einem oder zwei Kindern vergleichsweise wenige Personen ohne Kontakt zum Arbeitsmarkt (7,0% bzw. 7,7%). Insgesamt ist der Anteil der Berliner Bevölkerung, die in Haushalten ohne Erwerbstätige lebt, von 1996 bis 2006 um insgesamt sieben Prozentpunkte gestiegen und anschließend wieder gesunken, so dass die Quote im Jahr 2016 in etwa dem Ausgangsniveau von 1996 entspricht (29,5%). In den Berliner Bezirken Mitte (21,2%), Neukölln (19,7%) und Spandau (19,7%) lebt ein Fünftel der Bevölkerung im Alter von unter 60 Jahren in Haushalten ohne Erwerbstätige. In den Bezirken Pankow (9,1%), Treptow-Köpenick (8,8%) und Steglitz-Zehlendorf (9,7%) ist der Anteil vergleichsweise niedrig.

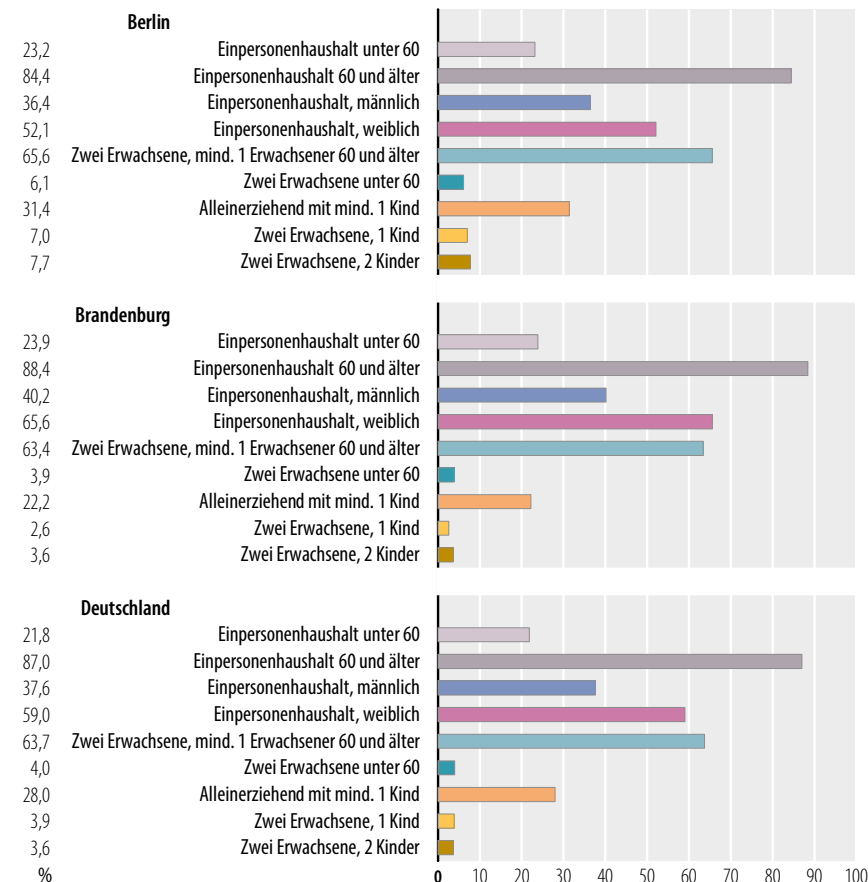
Definition Anteil der Bevölkerung, der in Haushalten ohne Erwerbstätige lebt nach Alter, Geschlecht, Haushaltstyp und Region

Relevanz Indikator für soziale Exklusion der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und der betroffenen Kinder bezogen auf den Arbeitsmarkt; entspricht dem Indikator SI-S9 und ist angelehnt an den SI-P5 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

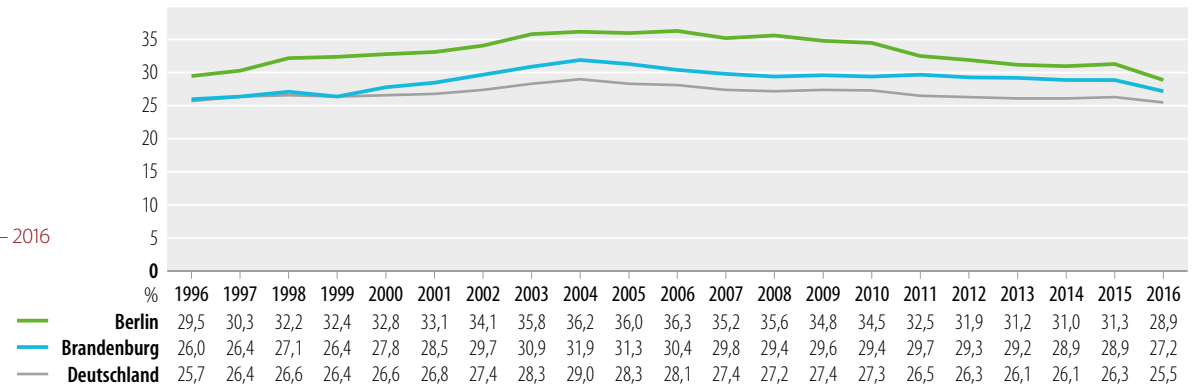
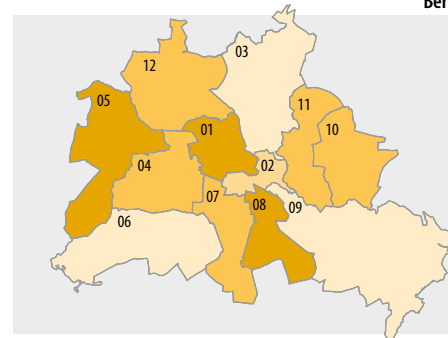
27,2% der **Brandenburger** Bevölkerung lebt in Haushalten ohne Erwerbstätige. Der Anteil der Minderjährigen, der ohne Erwerbstätige im Haushalt lebt, liegt bei 8,1% (siehe Tabellen). Dagegen sind 22,2% aller Personen in Alleinerziehendenhaushalten betroffen. Bei Haushalten mit zwei Erwachsenen und abhängigen Kindern liegt der Anteil bei 3,6% für zwei Kinder und bei 9,6% für drei oder mehr Kinder. Von 1996 bis zum Jahr 2004 ist der Anteil der Brandenburgerinnen und Brandenburger, die in erwerbslosen Haushalten leben, um ca. sechs Prozentpunkte angestiegen und nähert sich seitdem wieder dem Ausgangsniveau von 1996 an (26,0%). Die höchsten Quoten für die Brandenburger Bevölkerung unter 60 Jahren sind in der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel (14,5%) und im Kreis Prignitz (14,0%) zu finden. Die niedrigsten Quoten treten in den Kreisen Havelland (4,0%), Potsdam-Mittelmark (3,8%) und Teltow-Fläming (6,2%) auf.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

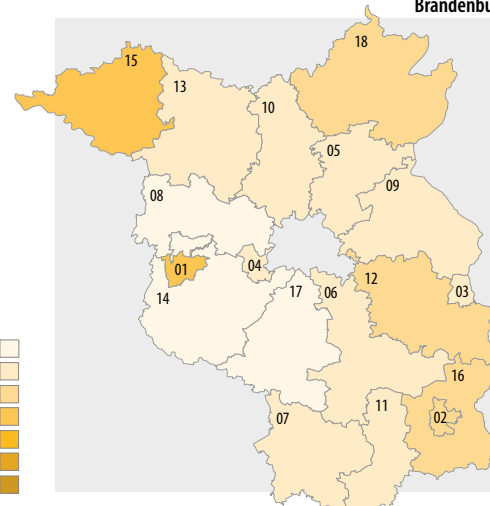
... nach Region, Alter, Geschlecht und Haushaltstyp 2016



... nach Region 2006 – 2016

**Berlin**

Bezirke	%
01 Mitte	21.2
02 Friedrichshain-Kreuzberg	12.3
03 Pankow	9.1
04 Charlottenburg-Wilmersdorf	13.3
05 Spandau	19.7
06 Steglitz-Zehlendorf	9.7
07 Tempelhof-Schöneberg	14.3
08 Neukölln	19.7
09 Treptow-Köpenick	8.8
10 Marzahn-Hellersdorf	15.8
11 Lichtenberg	14.1
12 Reinickendorf	15.5
Berlin	14.5

Brandenburg

Kreise und kreisfreie Städte	%
01 Brandenburg an der Havel	14.5
02 Cottbus	10.9
03 Frankfurt (Oder)	9.8
04 Potsdam	9.5
05 Barnim	8.0
06 Dahme-Spreewald	8.2
07 Elbe-Elster	8.2
08 Havelland	4.0
09 Märkisch-Oderland	7.5
10 Oberhavel	7.4
11 Oberspreewald-Lausitz	9.2
12 Oder-Spree	11.3
13 Ostprignitz-Ruppin	7.6
14 Potsdam-Mittelmark	3.8
15 Prignitz	14.0
16 Spree-Neiße	12.6
17 Teltow-Fläming	6.2
18 Uckermark	10.5
Brandenburg	8.4

**Bevölkerung im Alter von unter 60 Jahren
in Haushalten ohne Erwerbstätige**

... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten 2016

unter 7%	
7 bis unter 10%	
10 bis unter 13%	
13 bis unter 16%	
16 bis unter 19%	
19 bis unter 22%	
22 und mehr %	

5 Erwerbstätigenquoten von Personen mit und ohne Zuwanderungserfahrung

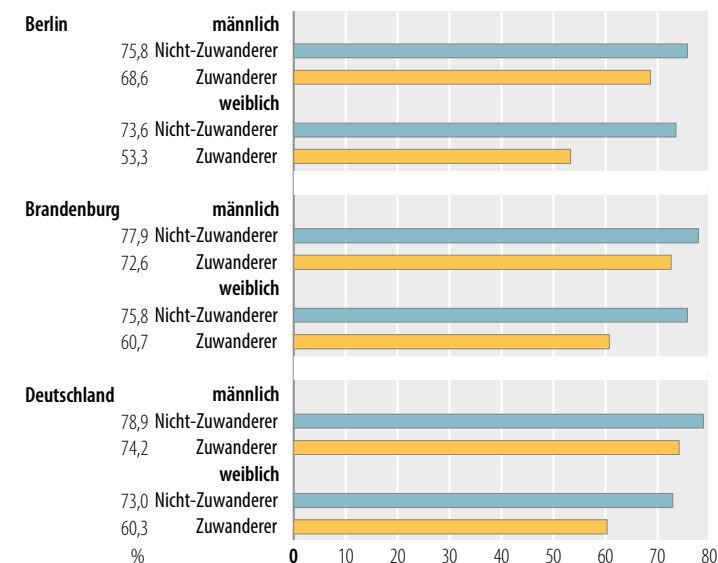
Ergebnisse In **Berlin** beträgt der Unterschied der Erwerbstätigenquoten zwischen Zuwanderern und Einheimischen insgesamt 13,6 Prozentpunkte. Bei Frauen ist die Differenz mit 20,3 Prozentpunkten etwa drei Mal höher als bei den Männern (7,2 Prozentpunkte). Die Erwerbstätigenquote der Nicht-Zuwanderer ist seit 2005 stetig von 60,9 % auf 74,7 % im Jahr 2016 angestiegen, die der Zuwanderer lag bis zum Jahr 2008 bei knapp 50 % und stieg erst danach auf 61,1 % an. Dadurch vergrößerte sich die Differenz seit 2005 von anfangs 12,7 Prozentpunkten auf 17,3 Prozentpunkte im Jahr 2008. Seitdem hat sich der Unterschied in den Erwerbstätigenquoten wieder auf 13,6 Prozentpunkte reduziert. Bei männlichen und weiblichen Nicht-Zuwanderern und Zuwanderern erhöhten sich seit 2005 die Erwerbstätigkeitsquoten: bei den Männern mit und ohne Zuwanderungserfahrung in gleichem Maße (14,9 % bzw. 14,2 %; siehe Tabellen), bei den zugewanderten Frauen dagegen weniger stark als bei den einheimischen Frauen (10,7 % bzw. 13,3 %). Die

Differenz in den Erwerbstätigenquoten beim weiblichen Geschlecht hat zwischen 2005 und 2016 dadurch eher zugenommen (2005: 17,7 Prozentpunkte, 2016: 20,3 Prozentpunkte).

Der Unterschied in der Erwerbstätigenquote von Personen mit und ohne Zuwanderungserfahrung beträgt in **Brandenburg** 9,7 Prozentpunkte. Bei Frauen ist die Differenz mit 15,0 Prozentpunkten drei Mal so hoch wie bei Männern (5,3 Prozentpunkte). Seit 2005 ist die Erwerbstätigenquote der Zuwanderer in Brandenburg um 23,3 Prozentpunkte gestiegen, die Differenz der Erwerbstätigenquoten ist dabei in der Summe deutlich gesunken.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

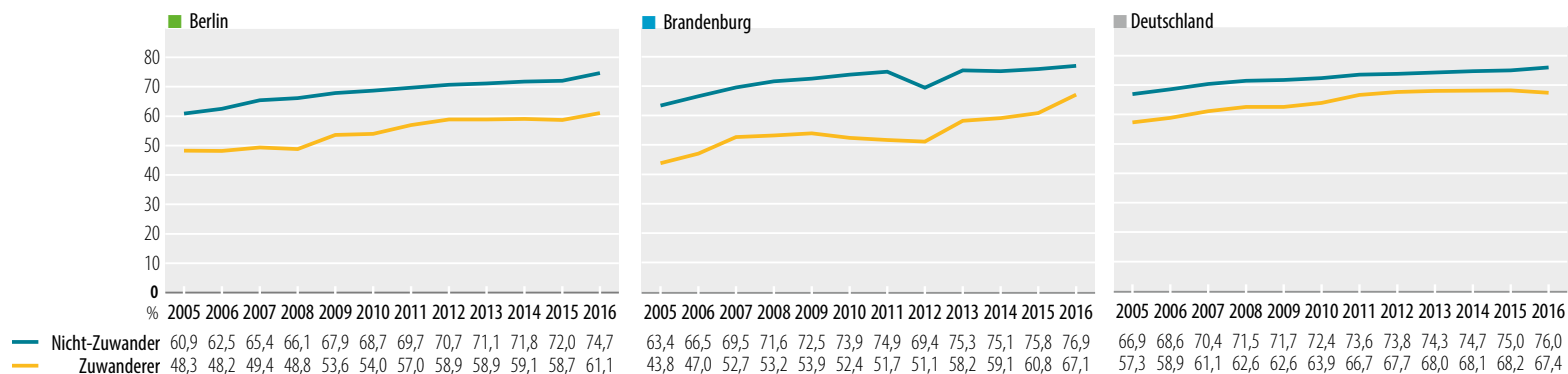
... nach Region, Geschlecht und Zuwanderungserfahrung 2016



... nach Region 2006 – 2016

Definition Differenz der Erwerbstätigenquoten von Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit und ohne Zuwanderungserfahrung („Employment gap of immigrants“) nach Geschlecht und Region in Prozentpunkten

Relevanz Indikator für die Integration der zugewanderten Bevölkerung in Bezug auf die zentrale Dimension Arbeitsmarktbeteiligung; entspricht dem Indikator SI-P7 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration



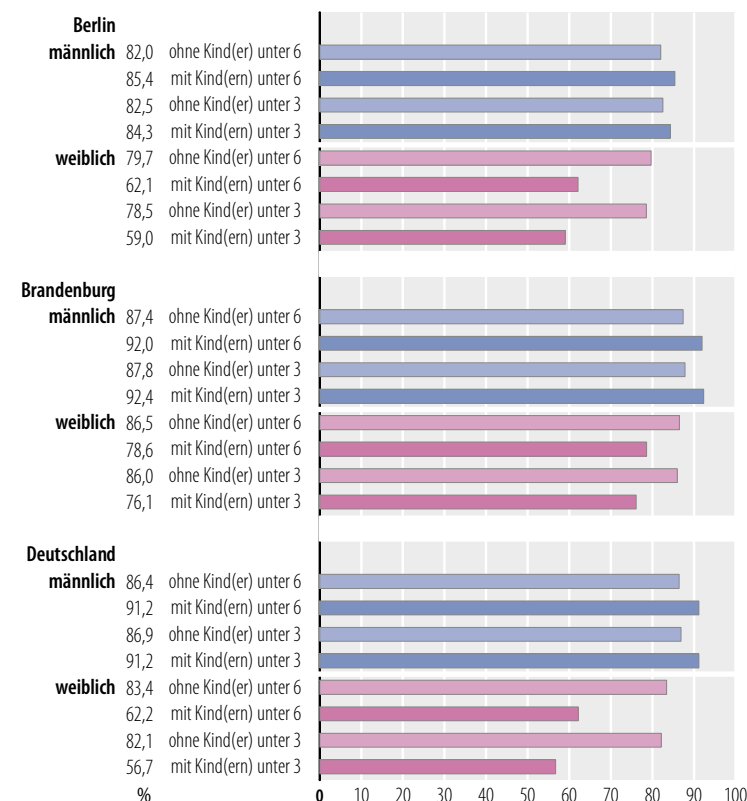
6 Erwerbstätigkeit und Kinder im Haushalt

Ergebnisse Familienarbeit ist immer noch Frauensache. In **Berlin** beträgt der Unterschied der Erwerbstätigenquoten von Frauen im Alter von 20 bis unter 50 Jahren ohne und mit Kindern unter 6 Jahren im Haushalt 17,6 Prozentpunkte, bei Männern der gleichen Altersgruppe -3,4 Prozentpunkte. Männer ohne Kinder unter 6 Jahren im Haushalt sind zu 82,0% erwerbstätig, Männer mit Kindern unter 6 Jahren im Haushalt zu 85,4%. Bei Kindern unter 3 Jahren erhöht sich der Unterschied bei Frauen auf 19,5 Prozentpunkte. Für die Erwerbstätigenquote der Männer von 20 bis unter 50 Jahren ist es unwesentlich, ob Kinder unter 3 Jahren im Haushalt leben oder nicht. Der Unterschied beträgt nur -1,8 Prozentpunkte. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat sich im Berichtszeitraum seit 1996 für Frauen zunächst negativ entwickelt: Im Jahr 2005 muss eine Differenz der Erwerbstätigenquoten von Frauen der betrachteten Altersgruppe ohne und mit Kindern unter 6 Jahren im Haushalt von 30,2 Prozentpunkten konstatiert werden. Bis zum Jahr 2016 ist diese jedoch recht kontinuierlich auf fast schon historisch niedrige 17,6 Prozentpunkte zurückgegangen. Im Gegensatz dazu unterscheiden sich die Erwerbstätigenquoten von Männern seit ca. 2004 relativ gleichbleibend in dem Sinne, dass Väter mit Kindern unter 6 Jahren zu einem höheren Prozentsatz erwerbstätig sind als Männer ohne Kinder unter 6 Jahren im Haushalt.

Der Unterschied in den Erwerbstätigenquoten von Frauen zwischen 20 und 50 Jahren ohne und mit Kindern unter 6 Jahren beträgt in **Brandenburg** lediglich 7,8 Prozentpunkte. Bei Männern beträgt er -4,6 Prozentpunkte, Brandenburger Väter mit Kindern unter 6 Jahren haben aktuell eine Erwerbstätigenquote von 92,0 %, Männer ohne Kinder unter 6 Jahren von 87,4 %. Seit 2008 wird der Unterschied der Erwerbstätigenquoten bei Brandenburgerinnen ohne und mit Kindern unter 6 Jahren kontinuierlich geringer, bei Männern blieb er im Großen und Ganzen seit 1996 bestehen. Werden allerdings sehr kleine Kinder unter 3 Jahren betrachtet, haben diese Väter eine um 4,5 Prozentpunkte höhere Erwerbstätigenquote als Männer ohne Kinder unter 3 Jahren im Haushalt, während sich das Erwerbsverhalten im Jahr 1996 noch nicht unterschieden hat.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

... nach Region, Geschlecht und Kindern im Alter von unter 6 Jahren im Haushalt 2016



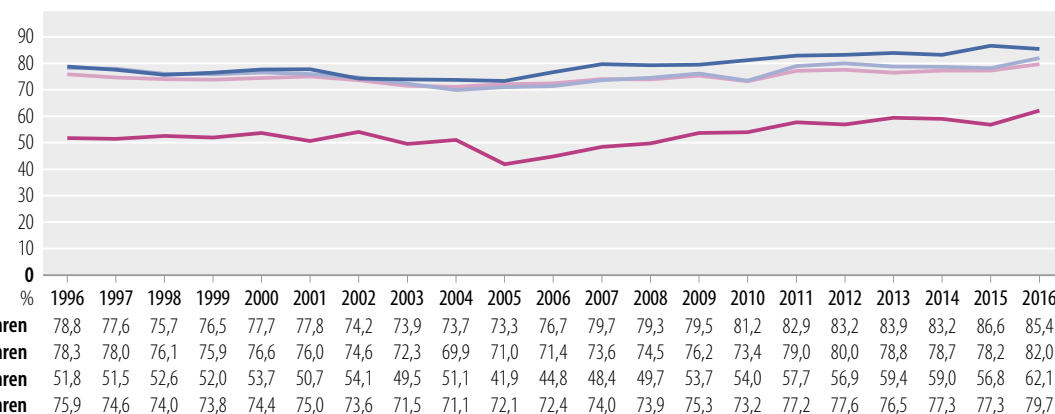
Definition Differenz der Erwerbstätigenquoten von Personen im Alter von 20 bis unter 50 Jahren mit und ohne Kinder unter 6 Jahren im Haushalt nach Geschlecht und Region in Prozentpunkten

Relevanz Indikator für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf; entspricht dem Indikator IC-C2 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

... nach Region, Geschlecht und
Kindern im Alter von unter 6 Jahren im Haushalt 1996 – 2016

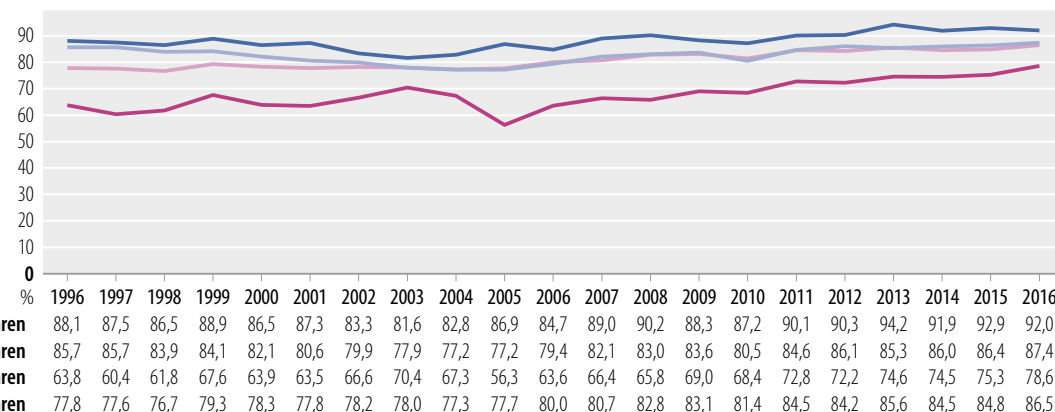
Berlin

— männlich; mit Kind(ern) unter 6 Jahren
— männlich; ohne Kind(er) unter 6 Jahren
— weiblich; mit Kind(ern) unter 6 Jahren
— weiblich; ohne Kind(er) unter 6 Jahren



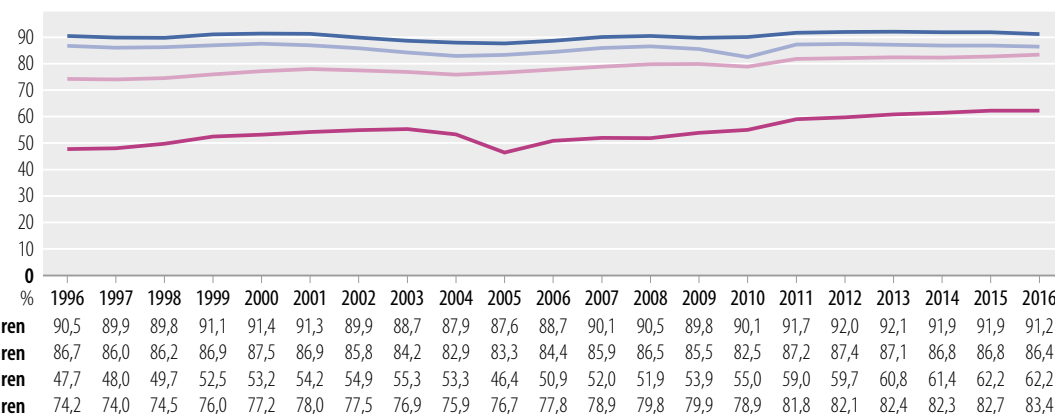
Brandenburg

— männlich; mit Kind(ern) unter 6 Jahren
— männlich; ohne Kind(er) unter 6 Jahren
— weiblich; mit Kind(ern) unter 6 Jahren
— weiblich; ohne Kind(er) unter 6 Jahren



Deutschland

— männlich; mit Kind(ern) unter 6 Jahren
— männlich; ohne Kind(er) unter 6 Jahren
— weiblich; mit Kind(ern) unter 6 Jahren
— weiblich; ohne Kind(er) unter 6 Jahren



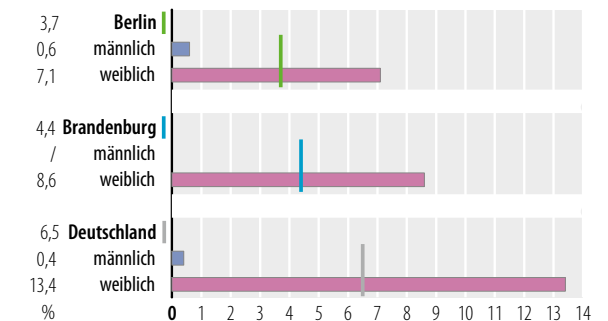
7 Teilzeittätigkeit wegen Betreuungsaufgaben

Ergebnisse Die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Personen obliegt nach wie vor Frauen. Der Anteil der wegen Betreuungsaufgaben teilzeiterwerbstätigen Frauen an allen weiblichen Erwerbstätigen beträgt in **Berlin** 7,1%, bei Männern beträgt der Anteil nur 0,6%. Innerhalb von 10 Jahren ist der Anteil der wegen Betreuungsaufgaben Teilzeiterwerbstätigen an allen Erwerbstätigen von 1,9% im Jahr 2006 auf 3,7% im Jahr 2016 angestiegen, bei Frauen von 3,9% auf 7,1%. Die Anteile bei Männern liegen vor dem Berichtsjahr 2015 unterhalb der Nachweisgrenze.

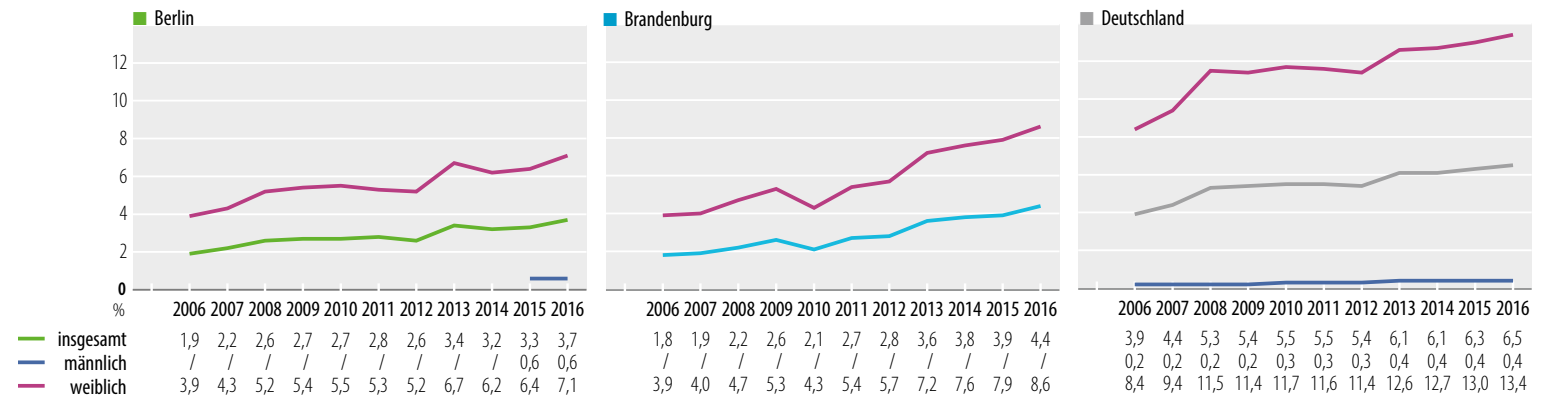
In **Brandenburg** sind 4,4% der Erwerbstätigen im Jahr 2016 wegen Betreuungsaufgaben teilzeiterwerbstätig, bei Frauen sogar 8,6%. Der Anteil bei Männern ist durchgängig nicht nachweisbar. Insgesamt ist die Quote von 1,8% im Jahr 2006 recht kontinuierlich angestiegen, bei Frauen von 3,9% auf 8,6%.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

... nach Region und Geschlecht 2016



... nach Region und Geschlecht 2006 – 2016



Definition Anteil der wegen Betreuungsaufgaben Teilzeittätigen an allen Erwerbstätigen nach Geschlecht und Region in Prozent

Relevanz Indikator für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf; entspricht dem Indikator IC-C3 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

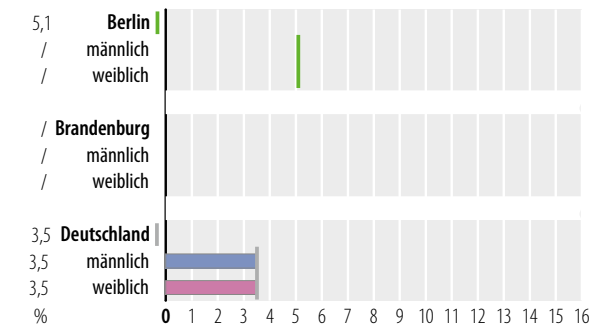
8 Junge Menschen, die sich weder in Ausbildung befinden noch erwerbstätig sind

Ergebnisse Nur 5,1% der jungen **Berliner** Bevölkerung im Alter zwischen 15 bis unter 20 Jahren befindet sich nicht in Aus- oder Weiterbildung und ist auch nicht erwerbstätig. Über die Verteilung zwischen den Geschlechtern kann keine Aussage getroffen werden, da die Fallzahlen hier unterhalb der Nachweisgrenze liegen. Der Anteil junger Berlinerinnen und Berliner, die sich nicht in Ausbildung befanden oder erwerbstätig waren, ist trotz Schwankungen im Zeitverlauf rückläufig und hat sich zwischen 2005 und 2016 um zwei Prozentpunkte reduziert.

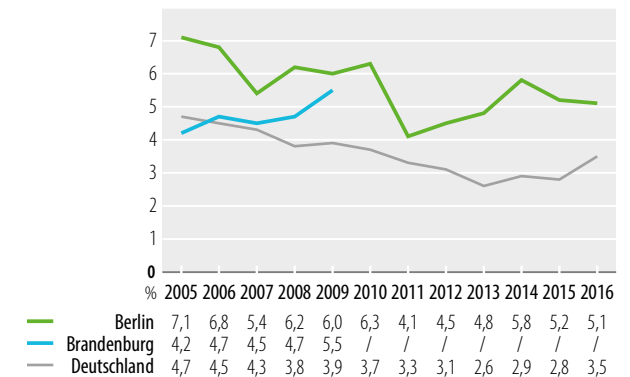
In **Brandenburg** liegt der Anteil der 15- bis unter 20-Jährigen, die sich nicht in Ausbildung befinden und nicht erwerbstätig sind, seit dem Jahr 2010 unterhalb der Nachweisgrenze. Zwischen 2005 und 2009 ist der Anteil von 4,2% auf 5,5% gestiegen, bevor die Fallzahlen unter die Nachweisgrenze sanken.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

... nach Regionen 2016



... nach Region 2006 – 2016



Definition Anteil der Personen, die sich in den letzten 4 Wochen nicht in Ausbildung befanden oder erwerbstätig waren in der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 20 Jahren nach Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für Teilhabechancen der jungen Generation; entspricht dem Indikator IC-P11 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration.

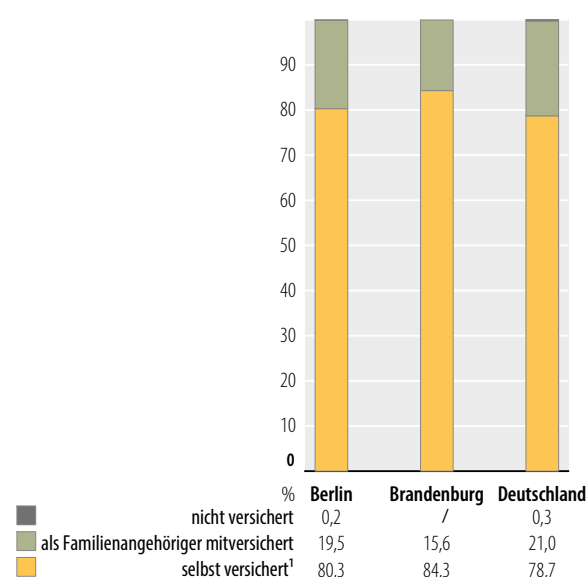
1 Anteil der Bevölkerung mit Krankenversicherung

Ergebnisse In **Berlin** waren im Jahr 2015 80,3% der Bevölkerung selbst krankenversichert oder hatten eine sonstige Krankenversorgung, 19,5% waren als Familienangehörige mitversichert und 0,2% waren nicht versichert. Von den selbst Versicherten waren 13,8% privat versichert. Der Anteil nicht versicherter Personen ist im Betrachtungszeitraum von 0,4% im Jahr 1999 auf 0,2% im Jahr 2015 zurückgegangen.

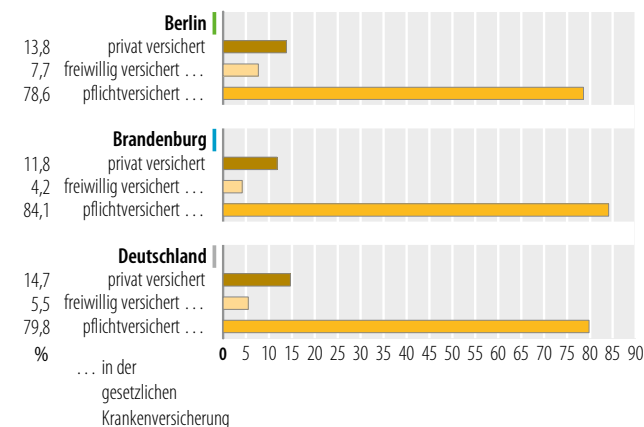
In **Brandenburg** waren 84,3% der Bevölkerung im Jahr 2015 selbst versichert oder hatten eine sonstige Krankenversorgung, davon waren 11,8% privat versichert. 15,6% sind als Familienangehörige mitversichert. Der Anteil der nicht versicherten Personen liegt unterhalb der Nachweisgrenze von hochgerechnet 5 000 Personen.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

Bevölkerung
... nach Region und Krankenversicherungsstatus 2015



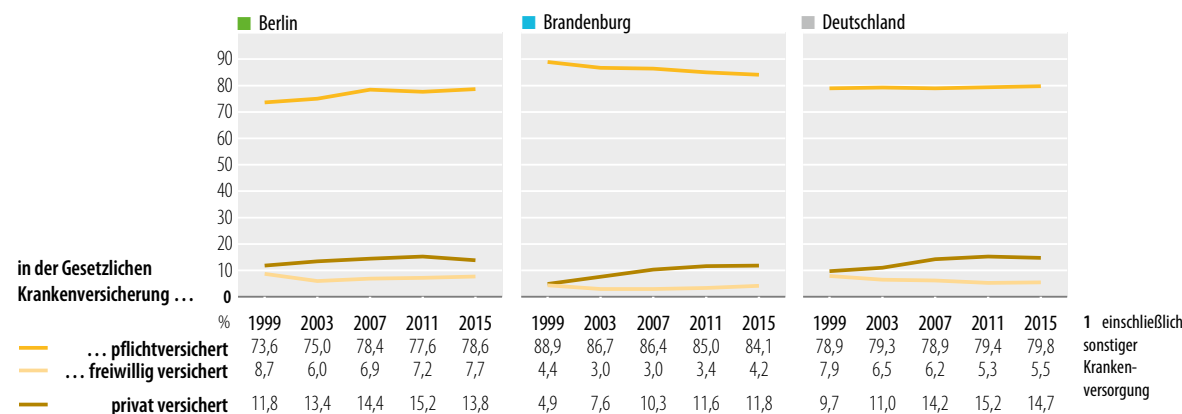
Selbst versicherte¹ Bevölkerung
... nach Region und Art der Krankenversicherung 2015



Definition Anteil der Bevölkerung mit Krankenversicherung nach Versicherungsstatus, Art der Versicherung und Region

Relevanz Indikator der Gesundheitsfürsorge; entspricht dem Indikator HC-P3 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Selbst versicherte¹ Bevölkerung
... nach Region und Art der Krankenversicherung 1999, 2003, 2007, 2011 und 2015



2 Gesundheitsrisiko Adipositas

Ergebnisse Adipositas – auch Fettleibigkeit genannt – erhöht das Risiko verschiedener chronischer Erkrankungen, etwa des Herz-Kreislauf-Systems, von Typ-2-Diabetes oder Bluthochdruck und stellt damit ein ernsthaftes Gesundheitsrisiko dar. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) spricht von Adipositas ab einem Body-Mass-Index (BMI) von 30 und mehr.

Danach waren in **Berlin** im Jahr 2013 12,5 % der Bevölkerung ab 15 Jahren adipös. Männer sind mit 13,1 % etwas häufiger betroffen als Frauen (12,0 %). Das Risiko für Fettleibigkeit steigt bis zum Rentenalter merklich an: In der jüngsten Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen liegt der Anteil der adipösen Personen lediglich bei 3,8 %, während fast ein Fünftel aller 55- bis unter 65-Jährigen (19,8 %) unter Adipositas leidet. Der Anteil der fettleibigen Bevölkerung in Berlin nimmt im höheren Alter nur leicht ab. Auch das Einkommen, welches eng mit dem Bildungsniveau verknüpft ist, wirkt sich deutlich auf das Adipositasrisiko aus: es war im Jahr 2013 für Personen im untersten Einkommensquintil fast doppelt so hoch wie für Personen im obersten Einkommensquintil (15,6 % resp. 8,2 %). Zwischen 1999 und 2013 hat sich der Anteil der Berlinerinnen und Berliner, die ihrem BMI nach als adipös gelten, um drei Prozentpunkte von 9,4 % im Jahr 1999 auf 12,5 % im Jahr 2013 erhöht. In der Altersgruppe der über 75-Jährigen hat sich das Risiko, an Fettleibigkeit zu erkranken, im selben Zeitraum sogar nahezu verdoppelt (1999: 8,9 %, 2013: 16,5 %; siehe Tabellen).

Definition Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren mit einem Body-Mass-Index von 30 und mehr nach Geschlecht, Altersgruppe, Einkommensposition und Region

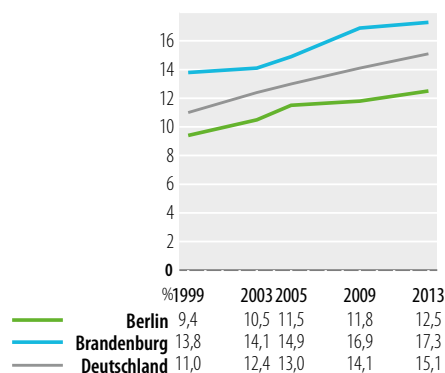
Relevanz Indikator des Gesundheitsverhaltens; entspricht den Indikatoren HC-P17 und IC-C5 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Einzig unter der Berliner Bevölkerung des obersten Einkommensquintils ist das Risiko für Adipositas unverändert niedrig geblieben.

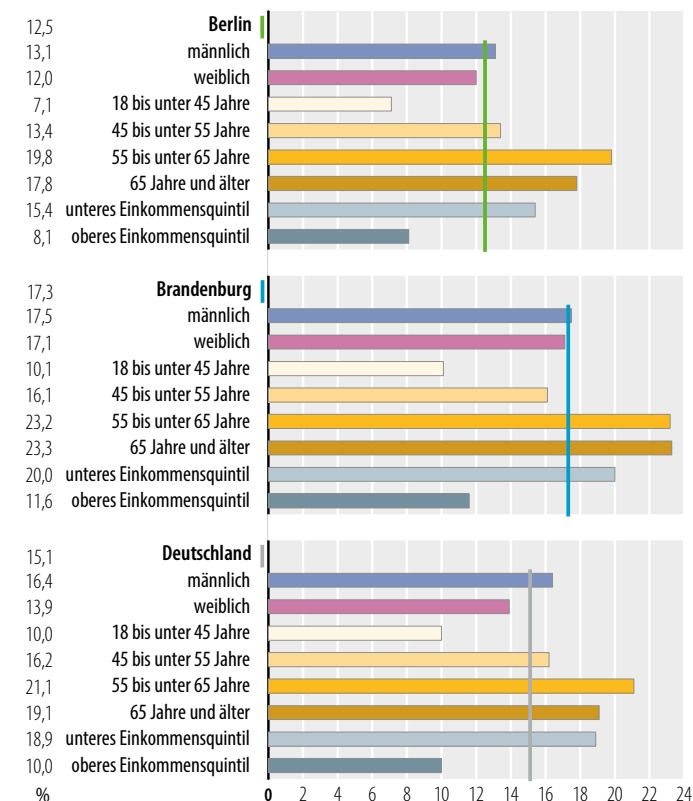
In **Brandenburg** galten im Jahr 2013 17,3 % der Bevölkerung ab 15 Jahren als fettleibig. Geschlechtsunterschiede zeigen sich hier kaum. Das Risiko für Adipositas steigt mit zunehmendem Alter deutlich an: von unterdurchschnittlichen 4,3 % in der Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen auf 23,3 % bei den 55- bis unter 65-Jährigen. Auch zwischen den Einkommensklassen existieren deutliche Unterschiede: Nur etwas mehr als ein Zehntel (11,6 %) der Brandenburgerinnen und Brandenburger im obersten Einkommensquintil sind von Adipositas betroffen, dagegen ein Fünftel (20,1 %) der Brandenburger Bevölkerung im untersten Einkommensquintil. Insgesamt ist der Anteil der adipösen Bevölkerung in Brandenburg zwischen 1999 und 2013 um rund vier Prozentpunkte angestiegen (1999: 13,8 %); besonders deutlich in der höchsten Altersgruppe der über 75-Jährigen (plus ca. 10 Prozentpunkte; siehe Tabellen).

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

... nach Region 1999, 2003, 2005, 2009 und 2013



Anteil der adipösen Personen in der Bevölkerung ab 15 Jahren
... nach Region, Geschlecht, Alters- und Einkommensgruppen 2013



3 Gesundheitsrisiko regelmäßiger Tabakkonsum

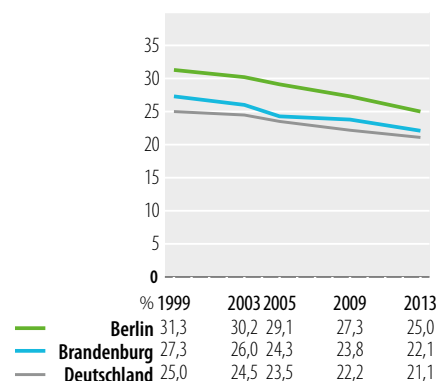
Ergebnisse Jede fünfte **Berlinerin** (20,1%) und fast jeder dritte **Berliner** (30,3%) ab 15 Jahren hat im Jahr 2013 regelmäßig geraucht. Vor allem unter den jüngeren Altersgruppen der 18- bis unter 45-Jährigen (29,4%) und der 45- bis unter 55-Jährigen (33,4%) ist regelmäßiger Tabakkonsum überdurchschnittlich verbreitet. Erst mit dem Eintritt ins Rentenalter ab 65 Jahren sinkt der Anteil der Raucher und Raucherinnen deutlich auf unterdurchschnittliche 11,7%, bei den über 75-Jährigen sind es nur noch 6,2% (siehe Tabellen). Der Anteil der Personen, die regelmäßig Tabak konsumieren, sinkt mit steigendem Einkommen: so rauchen nur 17,6% der Berliner Bevölkerung im oberen Fünftel der Einkommensverteilung (oberstes Einkommensquintil), jedoch 35,1% der Berliner Bevölkerung im unteren Fünftel (unterstes Einkommensquintil). Insgesamt ist der Anteil der rauchenden Berliner Bevölkerung ab 15 Jahren zwischen 1999 und 2013 deutlich zurückgegangen (1999: 31,3%, 2013: 25,0%). Vor allem bei Personen von 18 bis unter 45 Jahren ist der Anteil der Raucher deutlich rückläufig und hat sich im betrachteten Zeitraum von 39,9% im Jahr 1999 auf 29,4% im Jahr 2013 reduziert (siehe Tabellen).

In **Brandenburg** rauchten im Jahr 2013 22,1% der Bevölkerung ab 15 Jahren. Auch hier liegt der Anteil rauchender Männer (27,6%) deutlich über dem rauchender Frauen (16,9%). Mit zunehmendem Alter sinkt das Risiko für regelmäßigen Tabakkonsum: Während 32,6% der 18- bis unter 45-Jährigen rauchen, sind es in der höchsten Altersgruppe ab 65 Jahren nur noch 6,7%. Auch das Einkommen wirkt

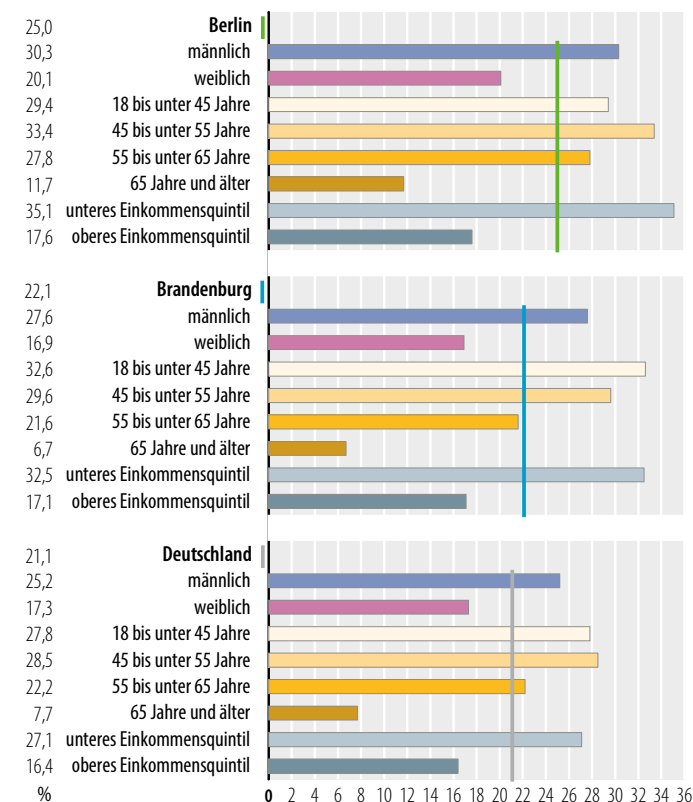
sich auf das Rauchverhalten aus. Das Risiko für regelmäßigen Tabakkonsum ist unter der Brandenburger Bevölkerung des untersten Einkommensquintils mit 32,5% fast doppelt so hoch wie unter Personen des obersten Einkommensquintils (17,1%). Zwischen 1999 und 2013 hat sich der Anteil der Raucherinnen und Raucher an der Brandenburger Bevölkerung ab 15 Jahren um rund fünf Prozentpunkte reduziert. Die Quote ist insbesondere in der jüngsten Altersgruppe zwischen 15 bis unter 25 Jahren rückläufig (ca. minus neun Prozentpunkte) sowie in den höheren Einkommensklassen (siehe Tabellen). Im Gegensatz zu diesem allgemeinen Trend hat sich das Risiko für regelmäßigen Tabakkonsum in der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen im Betrachtungszeitraum um rund sechs Prozentpunkte erhöht (1999:15,2%, 2013: 21,6%).

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

... nach Region 1999, 2003, 2005, 2009 und 2013



Anteil der regelmäßig rauchenden Personen in der Bevölkerung ab 15 Jahren
... nach Region, Geschlecht, Alters- und Einkommensgruppen 2013



Definition Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren mit regelmäßigem Tabakkonsum nach Geschlecht, Altersgruppen, Einkommensposition und Region

Relevanz Indikator des Gesundheitsverhaltens; entspricht den Indikatoren HC-S11 und IC-C6 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

1 Mittlere Mietbelastungsquote

Ergebnisse Die Mietbelastungsquote gibt den prozentualen Anteil der Mietkosten am Haushaltsnettoeinkommen an.

In **Berlin** betrug die mittlere Mietbelastung im Jahr 2014 etwa ein Viertel (26 %) des Haushaltsnettoeinkommens. Zwischen den Geschlechtern sowie den betrachteten Altersgruppen existieren nur geringfügige Unterschiede. Dagegen liegt die mittlere Mietbelastungsquote der armutsgefährdeten Berliner Mieterinnen und Mieter mit 39 % deutlich über dem Berliner Durchschnitt. Im Zeitverlauf ist die mittlere Mietbelastungsquote zwischen 2002 und 2014 um drei Prozentpunkte gestiegen. Auch für die armutsgefährdete Berliner Bevölkerung ist ein Anstieg um zwei Prozentpunkte zu verzeichnen (2002: 37 %).

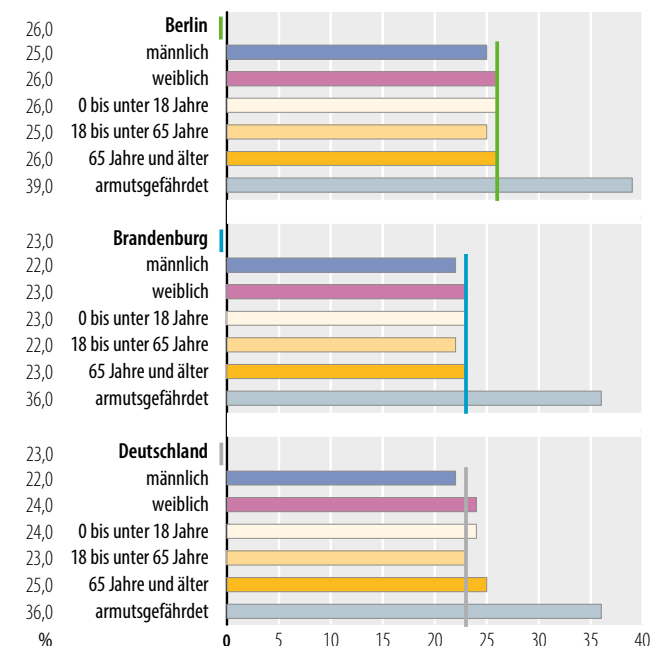
In **Brandenburg** betrug die mittlere Mietbelastungsquote im Jahr 2014 23,0 %. Auch hier existieren kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern sowie den betrachteten Altersgruppen. Demgegenüber müssen die armutsgefährdeten Brandenburger Mieterinnen und Mieter im Mittel 36 % ihres Haushaltsnettoeinkommens für Miete aufwenden. Insgesamt ist die Quote seit 2002 um drei Prozentpunkte gestiegen. Für die armutsgefährdete Brandenburger Bevölkerung fällt der Anstieg im selben Zeitraum mit einem Prozentpunkt geringer aus.

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

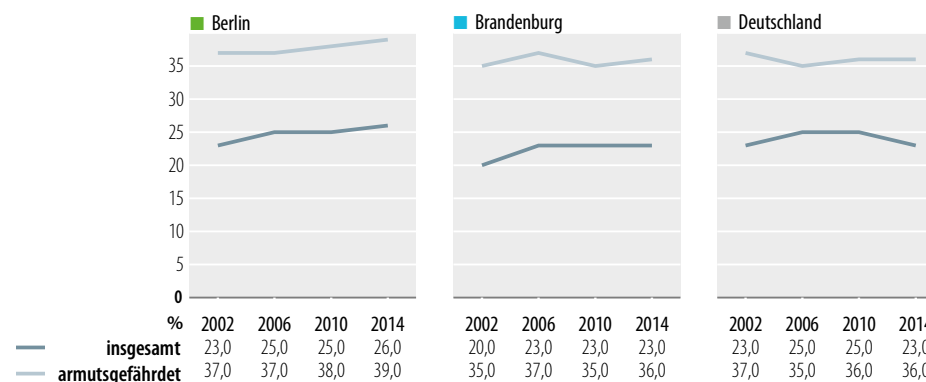
Definition Median der Mietbelastungsquote in der Bevölkerung, die zur Miete wohnt nach Geschlecht, Altersgruppen, Armutsgefährdung, Urbanisierungsgrad und Region

Relevanz Indikator der Wohnsituation; angelehnt an den Indikator SI-C12 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration.

... nach Region, Geschlecht, Altersgruppen und Armutsgefährdung 2014



... nach Region und Armutsgefährdung 2002, 2006, 2010 und 2014



2 Überbelastung durch Wohnkosten

Ergebnisse In **Berlin** beträgt der Anteil der Personen, die im Jahr 2014 mehr als 40 % ihres Haushaltseinkommens für Miete aufwenden mussten 14,5 %. Fast die Hälfte (46,2 %) der armutsgefährdeten Berliner Mieterinnen und Mieter ist von dieser Überbelastung durch Wohnkosten betroffen, im Gegensatz zu einem knappen Zehntel (9 %) der nicht von Armut bedrohten Mieterinnen und Mieter. Zwischen 2002 und 2014 ist der Anteil der Berliner Mieterinnen und Mieter, der mehr als 40 % seines Haushaltseinkommens für die Miete aufwenden muss, um rund drei Prozentpunkte gestiegen. Dieser Anstieg ist für die armutsgefährdeten Mieterinnen und Mieter mit fünf Prozentpunkten noch deutlicher (2002: 41,2 %). Dagegen ist die Überbelastung durch Mietkosten in den jüngsten Altersgruppen der unter 6-Jährigen sowie der 6- bis 12-Jährigen im selben Zeitraum und rund drei Prozentpunkte gesunken (siehe Tabellen).

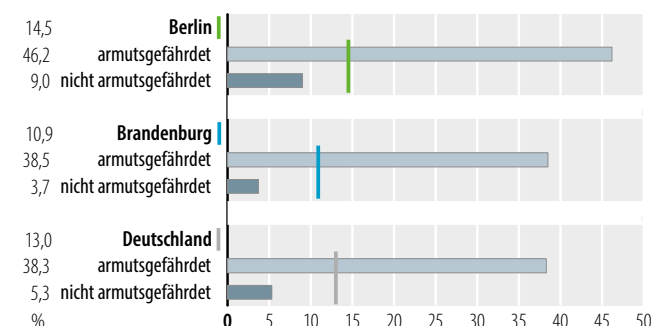
In **Brandenburg** war im Jahr 2014 etwa jede zehnte zur Miete wohnende Person (10,9 %) durch Wohnkosten überbelastet. Unter den armutsgefährdeten Brandenburger Mieterinnen und Mietern müssen 38,5 % mehr als 40 % ihres Haushaltseinkommens für Wohnkosten aufwenden, liegt dagegen keine Armutsgefährdung vor, sind es nur noch 3,7 %. Insgesamt hat sich der Anteil der Brandenburger Bevölkerung, die durch Wohnkosten überlastet ist, zwischen 2002 und 2014 leicht um etwas mehr als einen Prozentpunkt erhöht (2002: 9,7 %). Bei den unter 6-jährigen Kindern ist der Anteil dagegen stark gesunken von 15,1 % im Jahr 2002 auf 9,0 % im Jahr 2014 (siehe Tabellen).

Datenquellen | Methodische Hinweise ►

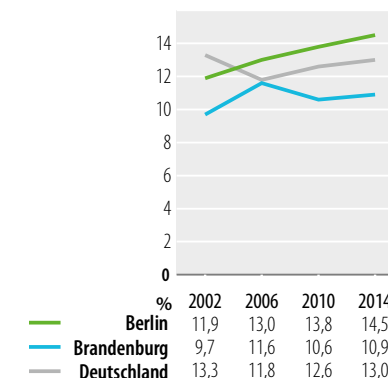
Definition Anteil der Personen mit einer Mietbelastung über 40 % des Haushaltseinkommens in der Bevölkerung, die zur Miete wohnt nach Geschlecht, Altersgruppen, Einkommensquintilen, Armutsgefährdung, Urbanisierungsgrad und Region

Relevanz Indikator der Überbelastung von Haushalten durch Kosten der Unterkunft; angelehnt an die Indikatoren SI-S5 und IC-S5 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration.

... nach Region und Armutsgefährdung 2014



... nach Region 2002, 2006, 2010 und 2014



Inhalt

- A Einkommensarmut 82**
- 1a Armutsgefährdungsquoten**
im Landesmaßstab 82
- I** ... nach Altersgruppen und Geschlecht 82
- II** ... von Langzeiterwerbslosen nach Geschlecht 82
- III** ... nach Bildungsabschluss und Geschlecht 83
- IV** ... nach Bildungsabschluss des Haupteinkommensbeziehers im Haushalt 83
- V** ... von frühen Schulabgängern nach Geschlecht 84
- VI** ... nach Haushaltstyp 84
- VII** ... nach Region, Stellung im Beruf und Vollzeit/Teilzeittätigkeit 85
- VIII** ... der Bevölkerung, die in Haushalten ohne Erwerbstätige lebt nach Haushaltstyp 85
- IX** ... nach Migrationshintergrund 86
- X** ... nach Migrationshintergrund gemäß PartIntG Berlin 86
- XI** ... der älteren Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht 87
- XII** ... von Rentnern und Pensionären nach Geschlecht 87
- XIII** ... nach Region, Wohnstatus, Geschlecht und Altersgruppen 88
- 1b Armutsgefährdungsquoten**
im Bundesmaßstab 88
- I** ... nach Altersgruppen und Geschlecht 88
- II** ... nach Bildungsabschluss und Geschlecht 89
- III** ... der älteren Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht 89
- 2 Armutsquoten** im Landesmaßstab 90
- ... nach Region, Altersgruppen und Geschlecht 90
- 3 Quoten strenger Armut**
im Landesmaßstab 90
- ... nach Region, Altersgruppen und Geschlecht 90
- 4 Anteil der Bevölkerung mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb von 70 % des landesspezifischen Medians des Äquivalenzeinkommens 91**
- 5 Armutsschwellen** im Landesmaßstab nach Haushaltstyp 91
- B Einkommensverteilung 92**
- 1 Relative Armutsgefährdungslücke**
im Landesmaßstab 92
- 2 Verhältnis des mittleren Äquivalenzeinkommens Älterer zu dem von Personen unter 60 Jahren 92**
- 3 Verhältnis des mittleren Äquivalenzeinkommens Älterer zu dem von Personen unter 65 Jahren 93**
- 4 Geschlechterunterschied im Verhältnis des mittleren Äquivalenzeinkommens älterer zu dem von Personen unter 75 Jahren 93**
- 5 Geschlechterunterschied im Verhältnis des mittleren Äquivalenzeinkommens alleinlebender älterer zu dem von alleinlebenden Personen unter 65 Jahren 94**
- 6 Differenz der Armutsgefährdungsquoten von alleinlebenden Männern und Frauen 94**
- 7 Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen 95**
- 8 S80/S20-Rate 95**
- 9 Reichtumsquoten**
im Landesmaßstab 96
- 10 Reichtumsschwellen**
im Landesmaßstab 96
- C Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen 97**
- 1 Mindestsicherungsquoten 97**
- 2 SGB II-Quoten 97**
- 3 Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt 98**
- 4 Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 98**
- 5 Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 99**
- D Qualifikationsniveau 99**
- 1 Anteil der Bevölkerung mit niedrigem Bildungsstand 99**
- 2 Anteil der frühen Schulabgänger 100**
- 3 Tertiäre Abschlüsse 100**
- E Erwerbsbeteiligung 101**
- 1 Erwerbstätigenquote 101**
- 2 Erwerbslosenquote 101**
- 3 Langzeiterwerbslosenquote 102**
- 4 Bevölkerung in Haushalten ohne Erwerbstätigen 102**
- 5 Erwerbstätigenquoten von Personen mit und ohne Zuwanderungserfahrung 103**
- 6 Erwerbstätigkeit und Kinder im Haushalt 103**
- 7 Teilzeittätigkeit wegen Betreuungsaufgaben 104**
- 8 Junge Menschen, die sich nicht in Ausbildung befinden oder erwerbstätig sind 104**
- F Gesundheit 105**
- 1 Anteil der Bevölkerung mit Krankenversicherung 105**
- 2 Gesundheitsrisiko Adipositas 105**
- 3 Gesundheitsrisiko regelmäßiger Tabakkonsum 106**
- G Wohnsituation 106**
- 1 Mittlere Mietbelastungsquote**
im Landesmaßstab 106
- 2 Überbelastung durch Wohnkosten 107**

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Alter, Geschlecht und Region

Relevanz Teil des Europa-2020-Leitindikators „Risiko von Armut oder sozialer Ausgrenzung“ (AROPE), entspricht den Indikatoren 1a, SI-P1, PN-P1 und IC-P2 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Berechnung des Indikators aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushaltseinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Anteil der Langzeiterwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle an allen Langzeiterwerbslosen der gleichen Altersgruppe nach Geschlecht und Region

Relevanz Ergänzung des Indikators E 3 Langzeiterwerbslosenquote (SI-P4 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration) um die Armutsgefährdung der Langzeitarbeitslosen

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Langzeiterwerbslose sind seit mindestens einem Jahr auf Arbeitsuche. Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushaltseinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle im Alter von 25 bis unter 65 Jahren nach höchstem allgemeinen und beruflichen Abschluss gemäß ISCED, Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für den Zusammenhang von Bildungsabschluss und Armutsgefährdung

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Ab dem Berichtsjahr 2014 werden beim Mikrozensus die Bildungsabschlüsse gemäß der neuen ISCED-2011-Skala dargestellt. Die niedrigsten Stufe ISCED 2011 0-2 umfasst den fehlenden allgemeinen und beruflichen Abschluss, den Abschluss nach höchstens 7 Jahren Schulbesuch sowie den Haupt- oder Realschulabschluss und/oder die Anlernausbildung, das berufliche Praktikum oder Berufsvorbereitungsjahr. Die mittlere Stufe ISCED 2011 3-4 beinhaltet die Hoch- oder Fachhochschulreife und/oder die Lehrausbildung oder den berufsqualifizierenden Abschluss einer Berufsfachschule/Kollegsche, den Abschluss eines kurzen Bildungsganges an einer Ausbildungsstätte/Schule des Gesundheitswesens oder den Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, sowie den Abschluss eines 2- oder 3-jährigen Bildungsganges an einer Ausbildungsstätte/Schule für Gesundheits- und Sozialberufe. Die höchste Stufe ISCED 2011 5-8 umfasst den Meister-/Techniker- oder einen gleichwertigen Fachschulabschluss, den Abschluss einer Fach- oder Berufsaka-

demie, den (Fach-)Hochschulabschluss sowie die Promotion.

Bis einschließlich 2013 fand die ISCED-1997-Skala Anwendung. Zwischen den Kategorisierungen der Abschlüsse durch die Skalen in den Fassungen von 2011 und 1997 gibt es Unterschiede. Die ISCED-Skala Skala in der Fassung von 1997 umfasst Stufen von 0 bis 6, wobei die Stufen 0-2 die Kategorie niedrige Bildung bilden, die Stufen 3-4 die mittlere Kategorie und die Stufen 5-6 die Kategorie höhere Bildung.

Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushaltseinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach höchstem allgemeinen und beruflichen Abschluss des Haupteinkommensbeziehers im Haushalt und Region

Relevanz Indikator für den Zusammenhang von Bildungsabschluss des Haupteinkommensbeziehers im Haushalt und Armutsgefährdung

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Ab dem Berichtsjahr 2014 werden beim Mikrozensus die Bildungsabschlüsse gemäß der neuen ISCED-2011-Skala kategorisiert. Die niedrigsten Stufe ISCED 2011 0-2 umfasst den fehlenden allgemeinen und beruflichen Abschluss, den Abschluss nach höchstens 7 Jahren Schulbesuch sowie den Haupt- oder Realschulabschluss und/oder die Anlernausbildung, das berufliche Praktikum oder Berufsvorbereitungsjahr. Die mittlere Stufe ISCED 2011 3-4 beinhaltet die Hoch- oder Fachhochschulreife und/oder die Lehrausbildung oder den berufsqualifizierenden Abschluss einer Berufsfachschule/Kollegsche, den Abschluss eines kurzen Bildungsganges an einer Ausbildungsstätte/Schule des Gesundheitswesens oder den Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, sowie den Abschluss eines 2- oder 3-jährigen Bildungsganges an einer Ausbildungsstätte/Schule für Gesundheits- und Sozialberufe. Die höchste Stufe ISCED 2011 5-8 umfasst den Meister-/Techniker- oder einen gleichwertigen Fachschulabschluss, den Abschluss einer Fach- oder Berufsaka-

demie, den (Fach-)Hochschulabschluss sowie die Promotion.

Bis einschließlich 2013 fand die ISCED-1997-Skala Anwendung. Zwischen den Kategorisierungen der Abschlüsse durch die Skalen in den Fassungen von 2011 und 1997 gibt es Unterschiede. Die ISCED-Skala Skala in der Fassung von 1997 umfasst Stufen von 0 bis 6, wobei die Stufen 0-2 die Kategorie niedrige Bildung bilden, die Stufen 3-4 die mittlere Kategorie und die Stufen 5-6 die Kategorie höhere Bildung.

Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushaltseinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Anteil der frühen Schulabgänger mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle an allen frühen Schulabgängern nach Geschlecht und Region

Relevanz Ergänzung des Indikators D 2 Anteil der frühen Schulabgänger (5 und SI-P6 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration) um die Armutsgefährdung der frühen Schulabgänger

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Frühe Schulabgänger sind Personen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren mit niedrigem Bildungsstand (ISCED 2011 0-2), die sich in den letzten 4 Wochen nicht in Ausbildung befanden. Die Kategorie ISCED 2011 0-2 umfasst den fehlenden allgemeinen oder beruflichen Abschluss, den Abschluss nach höchstens 7 Jahren Schulbesuch sowie den Haupt-/Realschulabschluss und/oder die Anlernausbildung, das berufliche Praktikum oder Berufsvorbereitungsjahr. Für das Jahr 2014 werden beim Mikrozensus die Bildungsabschlüsse gemäß der neuen ISCED-2011-Skala dargestellt, für die Jahre bis einschließlich 2013 wird die ISCED-1997-Skala verwendet.

Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Haushaltstyp und Region

Relevanz Indikator für den Zusammenhang von Haushaltstyp und Armutsgefährdung; entspricht den Indikatoren 1a, SI-S1a und PN-P9 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

Ergebnisse | Grafiken ►

VII ... nach Region, Stellung im Beruf und Vollzeit/Teilzeittätigkeit

Definition Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Stellung im Beruf, Umfang der Erwerbstätigkeit und Region

Relevanz Erwerbseinkommen wird als entscheidend dafür angesehen, Einkommensarmut zu verhindern. Der Indikator beschreibt den Anteil der Personen, die trotz eigener Erwerbstätigkeit einkommensarm sind; er entspricht den Indikatoren 11, SI-P13 und SI-C8 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushaltseinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

Ergebnisse | Grafiken ►

VIII ... der Bevölkerung, die in Haushalten ohne Erwerbstätige lebt nach Haushaltstyp

Definition Anteil der Bevölkerung, die in Haushalten ohne Erwerbstätige lebt mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Haushaltstyp und Region

Relevanz Indikator für Armutsgefährdung in arbeitsmarktfernen Haushaltstypen; angelehnt an den Indikator SI-S1b aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushaltseinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfs-gewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Migrationshintergrund und Region

Relevanz Indikator für die Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Ab dem Berichtsjahr 2015 wurde das Konzept Migrationshintergrund im Mikrozensus auf ein Staatsangehörigkeitskonzept umgestellt. Danach wird ein Migrationshintergrund zugewiesen, wenn eine Person oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Der Wechsel des Konzepts schlägt sich in den Ergebnissen nur minimal nieder. Nach dem alten Konzept haben alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland geborenen Deutschen Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil einen Migrationshintergrund. Für die Berichtsjahre 2005, 2009 und 2013 wird der Migrationshintergrund im weiteren Sinne abgebildet, d.h. es fließen Informationen über die nicht im Haushalt lebenden Eltern der Befragten ein. Für die Berichtsjahre 2006 bis

2008, 2010 bis 2012 und 2014 wird nur der Migrationshintergrund im engeren Sinne abgebildet, da in diesen Jahren nur ein eingeschränktes Fragenprogramm zur Anwendung kam und den Befragten ein von den Eltern herrührender Migrationshintergrund zugewiesen werden konnte, wenn die Eltern mit im Haushalt lebten und damit selbst befragt wurden.

Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushaltseinkommens durch die gewichtete Haushaltgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Migrationshintergrund gemäß Partizipations- und Integrationsgesetz des Landes Berlin (PartIntG) nach Region

Relevanz Indikator für die Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Einen Migrationshintergrund nach dem Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz haben:

Ausländer, außerdem Deutsche, wenn sie nach 1949 zugewandert sind (erste Generation) oder mindestens ein Elternteil nach 1949 zugewandert ist (zweite Generation). Das Zuzugsjahr von nicht mehr im Haushalt lebenden Eltern wurde im Mikrozensus nur in den Jahren 2005, 2009 und 2013 erfasst. Deshalb werden nur diese Berichtsjahre ausgewiesen.

Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushaltseinkommens durch die gewichtete Haushaltgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Anteil der Bevölkerung ab 60 Jahren mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Geschlecht und Altersgruppen im Vergleich zur jeweils jüngeren Bevölkerung

Relevanz Indikator für Altersarmut; entspricht den Indikatoren PN-P1 und PN-S1 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushaltseinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Anteil der Rentner und Pensionäre mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle an allen Rentnern und Pensionären nach Geschlecht

Relevanz Indikator für Altersarmut und angemessene Renten/Pensionen; entspricht dem Indikator PN-S6 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und soziale Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Als Rentner und Pensionäre zählen nichterwerbstätige Personen, die eine Rente oder Pension beziehen und Personen, die 65 Jahre und älter sind und eine Hinterbliebenenrente/-pension erhalten.

Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushaltseinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Nutzungsart der Wohnung, Geschlecht und Altersgruppen

Relevanz Indikator für Armutsgefährdung bei Wohnungseigentümern und Mietern, wobei aus den Einkommen von Mieterhaushalten im Gegensatz zu Eigentümerhaushalten noch Mietkosten abgehen; entspricht dem Indikator SI-S1d aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Berechnung des Indikators aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushaltseinkommens durch die gewichtete Haushaltgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der bundeseinheitlichen Armutsgefährdungsschwelle nach Alter, Geschlecht und Region

Relevanz Einer der 10 Primärindikatoren der „Laeken-Indikatoren“ der Europäischen Union, Hauptindikator für Einkommensarmut; entspricht den Indikatoren 1a und SI-P1 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Berechnung des Indikators aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushaltseinkommens durch die gewichtete Haushaltgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung auf der nationalen Ebene möchte man einen einheitlichen nationalen Maßstab gemäß der im deutschen Grundgesetz genannten gleichwertigen Lebensverhältnisse (§ 72 GG) für Vergleiche zugrunde legen. Auch die Europäische Union berücksichtigt nur die nationale Ebene als Maßstab für Armutsgefährdungsquoten.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der bundeseinheitlichen Armutsgefährdungsschwelle im Alter von 25 bis unter 65 Jahren nach höchstem allgemeinen und beruflichen Abschluss gemäß ISCED, Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für den Zusammenhang von Bildungsabschluss und Armutsgefährdung

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Für das Jahr 2014 werden beim Mikrozensus die Bildungsabschlüsse gemäß der neuen ISCED-2011-Skala dargestellt. Die niedrigsten Stufe **ISCED 2011 0-2** umfasst den fehlenden allgemeinen und beruflichen Abschluss, den Abschluss nach höchstens 7 Jahren Schulbesuch sowie den Haupt- oder Realschulabschluss und/oder die Anlernausbildung, das berufliche Praktikum oder Berufsvorbereitungsjahr. Die mittlere Stufe **ISCED 2011 3-4** beinhaltet die Hoch- oder Fachhochschulreife und/oder die Lehrausbildung oder den berufsqualifizierenden Abschluss einer Berufsfachschule/Kollegscheule, den Abschluss eines kurzen Bildungsgangs an einer Ausbildungsstätte/Schule des Gesundheitswesens oder den Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, sowie den Abschluss eines 2- oder 3-jährigen Bildungsganges an einer Ausbildungsstätte/Schule für Gesundheits- und Sozialberufe. Die höchste Stufe **ISCED 2011 5-8** umfasst den Meister-/Techniker- oder einen gleichwertigen Fachschulabschluss, den Abschluss einer Fach- oder Berufsakademie, den (Fach-) Hochschulabschluss sowie die Promotion.

Bis einschließlich 2013 fand die ISCED-1997-Skala Anwendung. Zwischen den Kategorisierungen der Abschlüsse durch die Skalen in den Fassungen von 2011 und 1997 gibt es Unterschiede. Die ISCED-Skala Skala in der Fassung von 1997 umfasst Stufen von 0 bis 6, wobei die Stufen 0-2 die Kategorie niedrige Bildung bilden, die Stufen 3-4 die mittlere Kategorie und die Stufen 5-6 die Kategorie höhere Bildung.

Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushaltseinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung auf der nationalen Ebene möchte man einen einheitlichen nationalen Maßstab gemäß der im deutschen Grundgesetz genannten gleichwertigen Lebensverhältnisse (§ 72 GG) für Vergleiche zugrunde legen. Auch die Europäische Union berücksichtigt nur die nationale Ebene als Maßstab für Armutsgefährdungsquoten.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Anteil der Bevölkerung ab 60 Jahren mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der bundeseinheitlichen Armutsgefährdungsschwelle nach Geschlecht, Altersgruppen im Vergleich zur jeweils jüngeren Bevölkerung und Region

Relevanz Indikator für Altersarmut; entspricht den Indikatoren PN-P1 und PN-S1 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushaltseinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung auf der nationalen Ebene möchte man einen einheitlichen nationalen Maßstab gemäß der im deutschen Grundgesetz genannten gleichwertigen Lebensverhältnisse (§ 72 GG) für Vergleiche zugrunde legen. Auch die Europäische Union berücksichtigt nur die nationale Ebene als Maßstab für Armutsgefährdungsquoten.

Ergebnisse | Grafiken ►

2 Armutsquoten im Landesmaßstab

... nach Region, Altersgruppen und Geschlecht

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsschwelle nach Altersgruppen und Region

Relevanz Ergänzendes Indikator zur Armutsgefährdung; entspricht den Indikatoren SI-S1e, PN-S8 und IC-S1 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Die Armutsschwelle liegt bei 50 % des mittleren Äquivalenzeinkommens in einer Region. Berechnung des Indikators aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushaltseinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsschwelle liegt bei 50 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als arm. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armut unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

Ergebnisse | Grafiken ►

3 Quoten strenger Armut im Landesmaßstab

... nach Region, Altersgruppen und Geschlecht

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb von 40 % des landesspezifischen Medians des Äquivalenzeinkommens nach Region

Relevanz Indikator für sogenannte strenge Armut; entspricht dem Indikator SI-S1e aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Berechnung des Indikators aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushaltseinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Schwelle für strenge Armut liegt bei 40 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als von strenger Armut betroffen. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von strenger Armut unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

Ergebnisse | Grafiken ►

4 Anteil der Bevölkerung mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb von 70 % des landesspezifischen Medians des Äquivalenzeinkommens

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb von 70 % des landesspezifischen Medians des Äquivalenzeinkommens nach Altersgruppen

Relevanz Beschreibung der Armutsnähe; entspricht den Indikatoren SI-S1e, PN-S8 und IC-SI aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Berechnung des Indikators aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushaltseinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Schwelle für Armutsnähe liegt bei 70 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsnah. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsnähe unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

Ergebnisse | Grafiken ►

5 Armutsschwellen im Landesmaßstab nach Haushaltstyp

Definition 40 % (Grenze strenger Armut), 50 % (Armutsschwelle), 60 % (Armutsgefährdungsschwelle) und 70 % (Grenze der Armutsnähe) des mittleren landesspezifischen Äquivalenzeinkommens in Euro nach Haushaltstyp und Region

Relevanz Die Armutsschwellen grenzen relative Einkommensarmut ab. Sie beruhen auf einem anderen Konzept als für die Festlegung von Regelsätzen für Bedarfsgemeinschaften nach SGB II („Hartz-IV“) zum Einsatz kommt und sollten deshalb nicht mit diesen verglichen werden; entspricht den Indikatoren 1a und SI-P1 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushaltseinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung der Armutsgefährdungsschwelle auf der nationalen Ebene möchte man einen einheitlichen nationalen Maßstab gemäß der im deutschen Grundgesetz genannten gleichwertigen Lebensverhältnisse (§ 72 GG) für Vergleiche zugrunde legen. Auch die Europäische Union berücksichtigt nur die nationale Ebene als Maßstab.

Die Armutsschwelle liegt bei 50 %; die Schwelle für strenge Armut bei 40 % und die Schwelle für Armutsnähe bei 70 % des Medianäquivalenzeinkommens.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Abstand des Medianäquivalenzeinkommens der armutsgefährdeten Bevölkerung von der Armutsgefährdungsschwelle in Prozent nach Region, Geschlecht und Alter

Relevanz Indikator für den Schwerpunkt und die Verteilung der Äquivalenzeinkommen der armutsgefährdeten Bevölkerung; entspricht den Indikatoren 2 und SI-P3 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdungsschwellen unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Verhältnis des Medians der Äquivalenzeinkommen von Personen im Alter ab 60 Jahren zum Median der Äquivalenzeinkommen von Personen unter 60 Jahren nach Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für die Angemessenheit der Einkommen älterer Personen und Generationengerechtigkeit; entspricht dem Indikator PN-S2 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

Ergebnisse | Grafiken ►

3 Verhältnis des mittleren Äquivalenzeinkommens Älterer zu dem von Personen unter 65 Jahren

Definition Verhältnis des Medians der Äquivalenzeinkommen von Personen im Alter ab 65 Jahren zum Median der Äquivalenzeinkommen von Personen unter 65 Jahren nach Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für die Angemessenheit der Einkommen von Personen, die nicht mehr im erwerbsfähigen Alter sind bzw. Generationengerechtigkeit; entspricht den Indikatoren 7a und PN-P2 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

Ergebnisse | Grafiken ►

4 Geschlechterunterschied im Verhältnis des mittleren Äquivalenzeinkommens älterer zu dem von Personen unter 75 Jahren

Definition Verhältnis des Medians der Äquivalenzeinkommen von Personen im Alter ab 75 Jahren zum Median der Äquivalenzeinkommen von Personen unter 75 Jahren nach Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für die Angemessenheit der Einkommen von Personen, die nicht mehr im erwerbsfähigen Alter sind bzw. Generationengerechtigkeit im Hinblick auf Geschlecht; entspricht dem Indikator PN-S11 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

Ergebnisse | Grafiken ►

5 Geschlechterunterschied im Verhältnis des mittleren Äquivalenzeinkommens alleinlebender älterer zu dem von alleinlebenden Personen unter 65 Jahren

Definition Verhältnis des Medians der Äquivalenzeinkommen alleinlebender Personen im Alter ab 65 Jahren zum Median der Äquivalenzeinkommen von alleinlebenden Personen unter 65 Jahren nach Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für die Angemessenheit der Einkommen von Personen, die nicht mehr im erwerbsfähigen Alter sind bzw. Generationengerechtigkeit im Hinblick auf Geschlecht; entspricht dem Indikator PN-P10 und PN-S11 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

Ergebnisse | Grafiken ►

6 Differenz der Armutsgefährdungsquoten von alleinlebenden Männern und Frauen

Definition Differenz der Armutsgefährdungsquoten von Männern und Frauen in Einpersonenhaushalten nach Alter und Region

Relevanz Indikator für die Gleichstellung der Geschlechter im erwerbsfähigen und nichterwerbsfähigen Alter im Hinblick auf Armutsgefährdung unter der Bedingung, dass kein weiteres Haushaltsmitglied zum Haushaltseinkommen beiträgt; entspricht dem Indikator PN-P9 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen nach Region

Relevanz Maß für die Verteilung der Äquivalenzeinkommen; entspricht dem Indikator SI-C2 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Ermittlung des Gini-Koeffizienten erfolgt für verschiedene regionale Ebenen. Ein Wert des Koeffizienten von „1“ signalisiert maximale Ungleichheit, ein Wert von „0“ bedeutet absolute Gleichverteilung der Äquivalenzeinkommen.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Verhältnis der Summe der Äquivalenzeinkommen des obersten Quintils (Fünftels der Verteilung) zur Summe des untersten Quintils nach Region

Relevanz Indikator für die Verteilung der Äquivalenzeinkommen; entspricht den Indikatoren 3, SI-C1 und PN-S4 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Berechnung des Indikators aus klassierten Einkommensangaben. Die höchste und nach oben offene Klasse geht mit einem Klassenmittelwert von 18 500 EUR bei einer Klassenuntergrenze von 18 000 EUR in die Berechnung ein. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen oberhalb der landesspezifischen Reichtumsschwelle nach Region

Relevanz Indikator zur Einkommensverteilung

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Berechnung des Indikators aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushaltseinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Reichtumsschwelle liegt bei 200 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen oberhalb der Schwelle liegt, gelten als reich. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Reichtum unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Die Reichtumsschwelle beträgt 200 % des mittleren landesspezifischen Äquivalenzeinkommens in Euro nach Region

Relevanz Indikator bezeichnet die Grenze zu Reichtum relativ zur regionalen Einheit, für die sie berechnet wurde

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushaltseinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Reichtumsschwelle liegt bei 200 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen oberhalb der Schwelle liegt, gelten als reich. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Reichtum unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Anteil der Bevölkerung, der Leistungen aus den sozialen Mindestsicherungssystemen bezieht. Dazu gehören Gesamtregelleistungen (Arbeitslosengeld II/ Sozialgeld) nach dem SGB II, Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Rahmen der Sozialhilfe nach dem SGB XII und Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Relevanz Soziale Mindestsicherungsleistungen werden nach einer Bedürftigkeitsprüfung zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts gewährt. Die Mindestsicherungsquote bezeichnet damit den Anteil der Bevölkerung, der seinen grundlegenden Lebensunterhalt nicht sichern kann. Die Mindestsicherungsquote bezeichnet das Ausmaß bekämpfter Armut.

Datenquelle – Statistik der Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II, Statistiken der Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) XII, Asylbewerberleistungsstatistik (siehe Kapitel Datenquellen S. 108)

Methodische Hinweise – Um Doppelzählungen auszuschließen, gehen in die Mindestsicherungsquote nur Regelleistungsempfänger von Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt ein, die außerhalb von Einrichtungen leben. Ab dem Berichtsjahr 2011 werden die Fallzahlen auf die neuen Bevölkerungszahlen nach dem Zensus 2011 bezogen. Der vom Zensus 2011 festgestellte Bevölkerungsrückgang führt dazu, dass die Quoten der Vorjahre als zu niedrig gelten müssen.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Anteil der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften im Dezember des Jahres bezogen auf die Bevölkerung im Alter von unter 65 Jahren

Relevanz Das Lebensumfeld großer Bevölkerungsgruppen in Berlin und Brandenburg ist durch die Abhängigkeit von sozialen Transferleistungen geprägt. Die Empfänger von Leistungen zur „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) können nur durch alleinige oder zusätzliche Unterstützungsleistungen den Lebensunterhalt sichern. Durch die Höhe der Regelsätze und die übernommenen Kosten der Unterkunft und Heizung wird eine absolute Armutsgrenze umschrieben. Menschen, die in SGB II-Bedarfsgemeinschaften leben, bewegen sich in einem finanziell restriktiven Rahmen. Umgangssprachlich wird von „Hartz IV“ gesprochen.

Datenquelle – Bundesagentur für Arbeit, Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Vollerhebung, Jahresdurchschnittswerte, Ergebnisse der Revision von 2016. Ab dem Berichtsjahr 2011 werden die Fallzahlen auf die neuen Bevölkerungszahlen nach dem Zensus 2011 bezogen. Der vom Zensus 2011 festgestellte Bevölkerungsrückgang führt dazu, dass die Quoten der Vorjahre als zu niedrig gelten müssen.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Anteil der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII, denen Leistungen für mindestens einen Monat gewährt werden nach Geschlecht und Region

Relevanz Bestandteil der Mindestsicherungsquote

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistik über die Empfänger/innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Bestandserhebung zum 31.12. eines Berichtsjahres als Vollerhebung. Erfasst werden auch die Leistungsberechtigten, denen die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt weniger als einen Monat zur kurzfristigen Überbrückung gewährt wird (z. B. als Vorleistung für Rente etc.) sowie die Personen, die zunächst anteilige Monatssätze oder auch nur Barschecks u. a. provisorische Zahlungen erhalten, im folgenden Monat aber monatliche Regelsätze beziehen.

Mit dem Wegfall des bisherigen § 27 Abs. 3 Bundessozialhilfegesetz (BSHG) und der Einführung des neuen § 35 SGB XII, 2011 ersetzt durch § 27b SGB XII - Notwendiger Lebensunterhalt in Einrichtungen, sind ab 2005 auch diejenigen Leistungsberechtigten als Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zu erfassen, denen für mindestens einen Monat Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII in einer Einrichtung gewährt wird.

Mit der Neugestaltung des Sozialhilfrechts zum 1.1.2005 ändert sich insbesondere der Kreis der Anspruchsberechtigten. Hilfe zum Lebensunterhalt in der Sozialhilfe nach dem SGB XII erhalten seitdem nur noch nicht erwerbsfähige Personen, die sonst bei Bedürftigkeit keine andere Leistung erhalten. Ab dem Berichtsjahr 2011 werden die Fallzahlen auf die neuen Bevölkerungszahlen nach dem Zensus 2011 bezogen. Der vom Zensus 2011 festgestellte Bevölkerungsrückgang führt dazu, dass die Quoten der Vorjahre als zu niedrig gelten müssen.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Anteil der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, denen Leistungen für mindestens einen Monat gewährt werden nach Geschlecht, Form der Unterbringung und Region

Relevanz Bestandteil der Mindestsicherungsquote

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistik über die Empfänger/innen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Bis 2014 Bestandserhebung zum 31.12. eines Berichtsjahres als Vollerhebung, danach Quartalsstatistik. Ab 2015 sind Empfänger im Monat Dezember des Berichtsjahres dargestellt, d.h. der Bestand am 31.12. und alle im Monat Dezember beendeten Fälle. Für 2015 wurden für Berlin keine Bezirke erhoben und für Brandenburg sind die Ergebnisse nicht valide. Ab dem Berichtsjahr 2011 werden die Fallzahlen auf die neuen Bevölkerungszahlen nach dem Zensus 2011 bezogen. Der vom Zensus 2011 festgestellte Bevölkerungsrückgang führt dazu, dass die Quoten der Vorjahre als zu niedrig gelten müssen. Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung handelt es sich um eine bedürftigkeitsabhängige Leistung. Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben und volljährige dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen haben Anspruch auf Grundsicherungsleistungen nach dem 4. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII). Diese Leistungen sollen den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt decken.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Quote der Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nach Geschlecht, Art der Leistung und Region

Relevanz Bestandteil der Mindestsicherungsquote

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Asylbewerberleistungsstatistik (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Bestandserhebung zum 31.12. eines Berichtsjahres als Vollerhebung. Seit 1993 erhalten in Deutschland lebende Asylbewerber anstelle von Sozialhilfe bei Bedarf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die sogenannten Regelleistungen und die besonderen Leistungen.

Regelleistungen dienen der Deckung des täglichen Bedarfs in Form von Grundleistungen (Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung etc.) oder in besonderen Fällen werden sie als Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt. Besondere Leistungen erhalten Asylbewerber in speziellen Bedarfssituationen wie Krankheit, Schwangerschaft, Geburt oder als Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten. Im Rahmen der sozialen Mindestsicherungsleistungen werden nur die Regelleistungsempfänger berücksichtigt. Ab dem Berichtsjahr 2011 werden die Fallzahlen auf die neuen Bevölkerungszahlen nach dem Zensus 2011 bezogen. Der vom Zensus 2011 festgestellte Bevölkerungsrückgang führt dazu, dass die Quoten der Vorjahre als zu niedrig gelten müssen. In Berlin werden Asylbewerber auch bei der Zentralen Leistungs- und Aufnahme-stelle für Asylbewerber registriert und sind so nicht den Bezirken zuordenbar. Diese Fälle gehen nur in die Quote für das Land Berlin mit ein.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Anteil der Personen mit niedrigem Bildungsstand (ISCED 0-2) in der Bevölkerung ab 25 Jahren nach Altersgruppen, Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für Teilhabechancen am Arbeitsmarkt und im weiteren Sinne die Zukunftsfähigkeit einer Region; entspricht dem Indikator SI-S2 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Die Kategorie ISCED 2011 0-2 umfasst den fehlenden allgemeinen und beruflichen Abschluss, den Abschluss nach höchstens 7 Jahren Schulbesuch sowie den Haupt- oder Realschulabschluss und/oder die Anlernausbildung, das berufliche Praktikum oder Berufsvorbereitungsjahr. Für die Jahre bis einschließlich 2013 wurde die ISCED-Skala in der Fassung von 1997 verwendet.

Ergebnisse | Grafiken ►

2 Anteil der frühen Schulabgänger

Definition Anteil der Personen mit niedrigem Bildungsstand (ISCED 0-2), die sich in den letzten 4 Wochen nicht in Ausbildung befanden in der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 25 Jahren nach Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für Teilhabechancen der jungen Generation am Arbeitsmarkt und im weiteren Sinne für die Zukunftsfähigkeit einer Region; entspricht den Indikatoren 5, SI-P6 und IC-S6 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration. Eines der Leitziele der Strategie Europa 2020 besteht darin, den Anteil bis zum Jahr 2020 auf unter 10 Prozent zu senken.

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Die Kategorie ISCED 2011 0-2 umfasst den fehlenden allgemeinen und beruflichen Abschluss, den Abschluss nach höchstens 7 Jahren Schulbesuch sowie den Haupt- oder Realschulabschluss und/oder die Anlernausbildung, das berufliche Praktikum oder Berufsvorbereitungsjahr. Für die Jahre bis einschließlich 2013 wurde die ISCED-Skala in der Fassung von 1997 verwendet.

Anders als beim vorliegenden Indikator zählt die amtliche Schulstatistik unter Abgänger/innen der allgemeinbildenden Schulen Schüler/innen des Berichtsschuljahres, die die Schulart nach Vollendung der Vollzeitschulpflicht am Ende oder im Verlauf des Berichtsschuljahres ohne Abschluss verlassen haben und nicht auf eine andere allgemeinbildende Schulart gewechselt haben. Auch die sogenannte „Schulabgängerquote“ sollte nicht mit dem vorliegenden Indikator verwechselt werden.

Ergebnisse | Grafiken ►

3 Tertiäre Abschlüsse

Definition Anteil der Personen mit einem tertiären Bildungsabschluss in der Bevölkerung im Alter von 30 bis unter 35 Jahren nach Geschlecht und Region

Relevanz Ein höherer beruflicher Abschluss ist eine entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeitsmarktteilnahme in einer wissensbasierten Gesellschaft.

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Tertiäre Abschlüsse entsprechen den höchsten Stufen 5-8 der Internationalen Standardklassifikation im Bildungswesen ISCED 2011. Dazu gehören der Meister-/Techniker- oder einen gleichwertigen Fachschulabschluss, der Abschluss einer Fach- oder Berufsakademie, der (Fach-) Hochschulabschluss sowie die Promotion. Bis 2013 wurde die ISCED-Skala in der Fassung von 1997 verwendet. Ein tertiärer Abschluss entspricht dabei den ISCED-97-Kategorien 5 und 6. ISCED 1997 5b: Meister-/Techniker oder gleichwertiger Fachschulabschluss, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss einer Fach- oder Berufsakademie; Abschluss der Fachschule der DDR; Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule; ISCED 1997 5a: Fachhochschule, Hochschule; ISCED .

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Anteil der Erwerbstätigen in der Bevölkerung nach Altersgruppen, Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für Teilhabe der Bevölkerung am Arbeitsmarkt und im weiteren Sinne für die Zukunftsfähigkeit einer Region; entspricht den Indikatoren 10, 12 und PN-P6 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration. Der Anteil der Erwerbstätigen in der Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen ist ein Leitindikator der Agenda 2020 der Europäischen Union. Das Europäische Ziel besteht darin, bis zum Jahr 2020 einen Anteil von 75 Prozent zu erreichen, das nationale Ziel für Deutschland wurde mit 77 Prozent festgelegt. In der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen möchte Deutschland eine Quote von 60 Prozent erreichen, die Erwerbstätigenquote für Frauen soll bis 2020 mindestens 73 Prozent betragen.

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Die Erwerbstätigenquote ist nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) der Anteil der Erwerbstätigen in der Bevölkerung in der gleichen Altersgruppe. Erwerbstätig sind alle Personen, die einer oder auch mehrerer Erwerbstätigkeiten nachgehen, unabhängig von der Dauer der geleisteten Arbeitszeit. Die Quote bezieht sich auf Personen am Hauptwohnsitz.

[Ergebnisse](#) | [Grafiken](#) ►

Definition Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an den Erwerbspersonen der entsprechenden Altersgruppe nach Altersgruppen, Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für Teilhabe der Bevölkerung am Arbeitsmarkt und im weiteren Sinne für die Zukunftsfähigkeit einer Region; entspricht dem Indikator 12 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Erwerbslose sind Erwerbspersonen, die nicht am Erwerbsleben teilnehmen, aber eine Erwerbstätigkeit suchen und innerhalb von zwei Wochen aufnehmen können. Erwerbspersonen sind Erwerbstätige und Erwerbslose. Die Quote bezieht sich auf Personen am Hauptwohnsitz.

[Ergebnisse](#) | [Grafiken](#) ►

Definition Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, bei denen die Dauer der Erwerbslosigkeit länger als 12 Monate anhält an den Erwerbspersonen der entsprechenden Altersgruppe nach Geschlecht und Region

Relevanz Langzeiterwerbslosigkeit ist eine ernsthafte Bedrohung von Teilhabechancen. Entspricht dem Indikator SI-P4 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Erwerbspersonen sind Erwerbstätige und Erwerbslose. Langzeiterwerbslose Personen sind Personen, die seit mindestens einem Jahr erwerbslos sind. Die Dauer der Erwerbslosigkeit ist die Dauer der Suche nach einer Erwerbstätigkeit bzw. die Zeit seit der Beendigung der letzten Tätigkeit, je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist. Bis 2004 ist nur die Dauer der Suche nach einer Erwerbstätigkeit berücksichtigt. Die Quote bezieht sich auf Personen am Hauptwohnsitz.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Anteil der Bevölkerung, der in Haushalten ohne Erwerbstätige lebt nach Alter, Geschlecht, Haushaltstyp und Region

Relevanz Indikator für soziale Exklusion der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und der betroffenen Kinder bezogen auf den Arbeitsmarkt; entspricht dem Indikator SI-S9 und ist angelehnt an den SI-P5 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Als abhängige Kinder werden alle Personen im Alter von 0 bis unter 18 Jahren sowie alle Personen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die keine Erwerbstätigkeit ausüben und mit mindestens einem Elternteil leben verstanden.

Ergebnisse | Grafiken ►

5 Erwerbstätigenquoten von Personen mit und ohne Zuwanderungserfahrung

Definition Differenz der Erwerbstätigenquoten von Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit und ohne Zuwanderungserfahrung („Employment gap of immigrants“) nach Geschlecht und Region in Prozentpunkten

Relevanz Indikator für die Integration der zugewanderten Bevölkerung in Bezug auf die zentrale Dimension Arbeitsmarktbeteiligung; entspricht dem Indikator SI-P7 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Zuwanderungserfahrung wird mit Hilfe des Konzepts für den Migrationshintergrund aus dem Mikrozensus abgebildet.

Ergebnisse | Grafiken ►

6 Erwerbstätigkeit und Kinder im Haushalt

Definition Differenz der Erwerbstätigenquoten von Personen im Alter von 20 bis unter 50 Jahren mit und ohne Kinder unter 6 Jahren im Haushalt nach Geschlecht und Region in Prozentpunkten

Relevanz Indikator für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf; entspricht dem Indikator IC-C2 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Die Erwerbstätigenquote ist nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) der Anteil der Erwerbstätigen in der Bevölkerung in der gleichen Altersgruppe. Erwerbstätig sind alle Personen, die einer oder auch mehrerer Erwerbstätigkeiten nachgehen, unabhängig von der Dauer der geleisteten Arbeitszeit. Die Quote bezieht sich auf Personen am Hauptwohnsitz.

Ergebnisse | Grafiken ►

7 Teilzeittätigkeit wegen Betreuungsaufgaben

Definition Anteil der wegen Betreuungsaufgaben Teilzeittätigen an allen Erwerbstätigen nach Geschlecht und Region in Prozent

Relevanz Indikator für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf; entspricht dem Indikator IC-C3 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Betreuungsaufgaben beinhalten die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen/behinderten Personen.

Ergebnisse | Grafiken ►

8 Junge Menschen, die sich nicht in Ausbildung befinden oder erwerbstätig sind

Definition Anteil der Personen, die sich in den letzten 4 Wochen nicht in Ausbildung befanden oder erwerbstätig waren in der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 20 Jahren nach Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für Teilhabechancen der jungen Generation; entspricht dem Indikator IC-P11 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration.

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Der betroffene Personenkreis ist in den Ländern Berlin und Brandenburg sehr klein und liegt teilweise unter der Nachweisgrenze von hochgerechnet 5000 Fällen.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Anteil der Bevölkerung mit Krankenversicherung nach Versicherungsstatus, Art der Versicherung und Region

Relevanz Indikator der Gesundheitsfürsorge; entspricht dem Indikator HC-P3 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Die Art der Krankenversicherung wird im Mikrozensus in jedem vierten Jahr erfragt. Die Fragestellung wurde zwischen 2003 und 2007 geändert. Unter anderem gibt es die Kategorie: „als Rentner versichert“ nicht mehr. Für die Berichtsjahre 1999 und 2003 wurden die Rentner den Pflichtversicherten zugeordnet. Zeitvergleiche sind dadurch eingeschränkt. In der Kategorie „selbst versichert“ sind auch Personen mit „sonstiger Krankenversicherung“ enthalten.

Ergebnisse | Grafiken ►

Definition Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren mit einem Body-Mass-Index von 30 und mehr nach Geschlecht, Altersgruppen, Einkommensposition und Region

Relevanz Indikator des Gesundheitsverhaltens; entspricht den Indikatoren HC-P17 und IC-C5 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Angaben zum Gesundheitsverhalten werden im Mikrozensus in jedem vierten Jahr auf freiwilliger Basis erfragt. Der BMI ist der Quotient aus dem Körpergewicht in kg und dem Quadrat der Körpergröße in m.

Ergebnisse | Grafiken ►

3 Gesundheitsrisiko regelmäßiger Tabakkonsum

Definition Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren mit regelmäßigem Tabakkonsum nach Geschlecht, Altersgruppen, Einkommensposition und Region

Relevanz Indikator des Gesundheitsverhaltens; entspricht den Indikatoren HC-S11 und IC-C6 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Angaben zum Gesundheitsverhalten werden im Mikrozensus in jedem vierten Jahr auf freiwilliger Basis erfragt.

[Ergebnisse](#) | [Grafiken](#) ►

1 Mittlere Mietbelastungsquote im Landesmaßstab

Definition Median der Mietbelastungsquote in der Bevölkerung, die zur Miete wohnt nach Geschlecht, Altersgruppen, Armutsgefährdung, Urbanisierungsgrad und Region

Relevanz Indikator der Wohnsituation; angelehnt an den Indikator SI-C12 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration.

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Die Wohnsituation wird im Mikrozensus in jedem vierten Jahr erfragt. Der Indikator berücksichtigt nur Hauptmieterhaushalte. Die Mietbelastung wird auf Grundlage der Bruttokaltmiete berechnet.

[Ergebnisse](#) | [Grafiken](#) ►

2 Überbelastung durch Wohnkosten

Definition Anteil der Personen mit einer Mietbelastung über 40 % des Haushaltseinkommens in der Bevölkerung, die zur Miete wohnt nach Geschlecht, Altersgruppen, Einkommensquintilen, Armutsgefährdung, Urbanisierungsgrad und Region

Relevanz Indikator der Überbelastung von Haushalten durch Kosten der Unterkunft; angelehnt an die Indikatoren SI-S5 und IC-S5 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Sicherheit und sozialer Integration.

Datenquelle – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (siehe Kapitel Datenquellen, S. 108)

Methodische Hinweise – Die Wohnsituation wird im Mikrozensus in jedem vierten Jahr erfragt. Der Indikator berücksichtigt nur Hauptmieterhaushalte. Die Mietbelastung wird auf Grundlage der Bruttokaltmiete berechnet.

Ergebnisse | Grafiken ►

Datenquellen

Mikrozensus

Der Mikrozensus ist eine von der amtlichen Statistik jährlich durchgeführte repräsentative Befragung bei einem Prozent aller Haushalte in Deutschland. Er wird seit 1957 im früheren Bundesgebiet und seit 1991 in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin-Ost erhoben. Der Mikrozensus liefert statistische Informationen über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, der Haushalte, der Familien und anderer Formen des Zusammenlebens. Die Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Europäischen Union ist in Deutschland in den Mikrozensus integriert und ermöglicht internationale Vergleiche hinsichtlich der Struktur und Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit.

Für die meisten Fragen des Mikrozensus besteht Auskunftspflicht.

Bis zum Jahr 2004 erfolgte die Erhebung der Angaben bezogen auf einen Stichtag im April. Ab 2005 ist die Erhebung gleichmäßig über das Kalenderjahr verteilt, mit gleitender Berichtswoche. Zusätzlich wird ab 2005 ein verändertes Hochrechnungsverfahren eingesetzt. Ab dem Berichtsjahr 2011 wird der Mikrozensus mit dem Hochrechnungsrahmen auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung nach dem Zensus 2011 hochgerechnet. Im Jahr 2016 wurde eine neue Stichprobe auf der Grundlage der Gebäude- und Wohnungszählung des Zensus 2011 eingeführt. Dadurch sind Zeitvergleiche eingeschränkt. Bedingt durch die Verzögerungen bei der Ergebnisbereitstellung der Bevölkerungsfortschreibung ist die gebundene Hochrechnung des Berichtsjahres 2016 in der Qualität eingeschränkt. Dies wirkt sich besonders auf der regionalen Ebene der Brandenburger Kreise und kreisfreien Städte aus, so dass in diesem Bericht auf die Darstellung dieser regionalen Ebene

bei neu aufgenommenen Indikatoren verzichtet wurde. Die vorhandenen Indikatoren wurden fortgeschrieben, die regionalen Ergebnisse für 2016 bedürfen jedoch einer besonders vorsichtigen Interpretation.

Seit dem Jahr 2005 werden im Rahmen des Mikrozensus Merkmale zum Migrationshintergrund der Bevölkerung erhoben. Da eine direkte Erhebung des Merkmals „Migrationshintergrund“ nicht umsetzbar ist, werden verschiedene Einzelmerkmale zu Zuzug, Einbürgerung und Staatsangehörigkeit erfasst.

In den Tabellen werden hochgerechnete Häufigkeiten unter 5 000 Fällen (weniger als 50 Befragte in der Stichprobe) nicht nachgewiesen, da hier der einfache relative Standardfehler mit einer großen Wahrscheinlichkeit über 15 % liegt. Für die aus den Mikrozensus-Daten errechneten Armutsquoten wird die Fehlerrechnung zur Zeit überarbeitet, so dass sich für das Vorgehen bei der Sperrung von Tabellenzellen von dieser Auflage zur folgenden Auflagen Änderungen ergeben können.

Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt für die Bevölkerung am Hauptwohnsitz. Bei Einkommensauswertungen, zu denen auch die Armutsquoten gehören, wird zusätzlich auf die Bevölkerung in Privathaushalten eingeschränkt. Prozentuiert wird grundsätzlich auf die gültigen Antworten. Das Nettohaushalteinkommen wird in 24 Klassen abgefragt. Die oberste Klasse erfasst Einkommen ab 18 000 EUR und mehr.

Statistik der Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II

Die Leistungsstatistik nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) wird von der Bundesagentur für Arbeit (BA) erstellt. Sie berichtet über die Anzahl der hilfebedürftigen Personen unter 65 Jahre und erbrachte Leistungen nach dem SGB II. Die Personen in Bedarfsgemeinschaften („Hartz-IV-Empfänger“) sind nach erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und nach nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zu unterscheiden. Die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen erhalten Arbeitslosengeld II und die nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen Sozialgeld. Zu den Leistungen gehören auch die Kosten der Unterkunft. Eine Bedarfsgemeinschaft ist ein rechtliches Konstrukt, welches alle zusammenlebenden Personen einschließt, die dem Grunde nach leistungsberechtigt sind. Für diesen Bericht wurden zurückliegende Berichtsjahre mit revidierten Ergebnissen auf Grundlage der Revision vom April 2016 aktualisiert.

Statistiken der Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) XII

Die Statistik über die Hilfe zum Lebensunterhalt wird als Bestandserhebung zum 31.12. eines Berichtsjahres als Vollerhebung durchgeführt. Die Erhebung erstreckt sich auf die Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, denen Leistungen für mindestens einen Monat gewährt werden. Erfasst werden auch die Leistungsberechtigten, denen die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt weniger als einen Monat zur kurzfristigen Überbrückung gewährt wird (z. B. als Vorleistung für Rente etc.) sowie die Personen, die zunächst anteilige Monatssätze oder auch nur Barschecks u. a. provisorische Zahlungen erhalten, im folgenden Monat aber monatliche Regelsätze beziehen. Mit dem Wegfall des bisherigen § 27 Abs. 3 Bundessozialhilfegesetz (BSHG) und der Einführung des neuen § 35 SGB XII (Notwendiger Lebensunterhalt in Einrichtungen), geändert ab 2011 durch § 27b SGB XII sind ab 2005 auch diejenigen Leistungsberechtigten als Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zu erfassen, denen für mindestens einen Monat Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII in einer Einrichtung gewährt wird.

Erhoben werden personenbezogene und soziodemographische Grunddaten (Geschlecht, Geburtsjahr, Staatsangehörigkeit, etc.). Weitere Merkmale beziehen sich auf die Art, Höhe und Dauer des Leistungsbezugs sowie auf Angaben über die Einkommenssituation. Die Statistik wird als Sekundärstatistik erhoben, bei der bereits vorliegende Verwaltungsdaten statistisch aufbereitet werden.

Mit der Neugestaltung des Sozialhilferechts zum 1.1.2005 ändert sich insbesondere der Kreis der Anspruchsberechtigten. Hilfe zum Lebensunterhalt in der Sozialhilfe nach dem SGB XII erhalten seitdem nur noch nicht erwerbsfähige Personen, die

sonst bei Bedürftigkeit keine andere Leistung erhalten. Die Sozialhilfe bzw. die Hilfe zum Lebensunterhalt wird im Zuge dieser Reform wieder zu einem Sicherungssystem für eine relativ kleine Zahl von Anspruchsberechtigten. Durch die Änderung des Erhebungskonzeptes sowie die deutliche Reduktion der Fallzahlen ist eine zeitliche Vergleichbarkeit mit den Statistiken vor 2005 nicht mehr gegeben.

Die Statistik über die Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist ab dem Berichtsjahr 2015 eine Quartalsstatistik. In diesem Bericht werden die Empfänger im Monat Dezember des Berichtsjahres dargestellt, d.h. der Bestand am 31.12. und alle im Monat Dezember beendeten Fälle. Für 2015 wurden für Berlin keine Bezirke erhoben und für Brandenburg sind die Ergebnisse nicht valide. Ab 2016 liegen alle Ergebnisse wieder vor. Bis zum Jahr 2014 wurde die Statistik als Bestandserhebung (Vollerhebung) jährlich zum 31. Dezember eines abgelaufenen Kalenderjahres durchgeführt. Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung handelt es sich um eine bedürftigkeitsabhängige Leistung. Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben und volljährige dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen haben Anspruch auf Grundsicherungsleistungen nach dem 4. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII). Diese Leistungen sollen den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt decken. Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sieht in der Regel keinen Unterhaltsrückgriff auf Kinder und Eltern vor.

Die Statistik wird als Sekundärstatistik erhoben, bei der bereits vorliegende Verwaltungsdaten statistisch aufbereitet werden.

Die Asylbewerberleistungsstatistik

Die Erhebung über die Statistik von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) wird als Totalerhebung jährlich zum 31. Dezember durchgeführt.

Seit 1993 erhalten in Deutschland lebende Asylbewerber anstelle von Sozialhilfe bei Bedarf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die sogenannten Regelleistungen und die besonderen Leistungen. Regelleistungen dienen der Deckung des täglichen Bedarfs in Form von Grundleistungen (Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung etc.) oder in besonderen Fällen werden sie als Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt. Besondere Leistungen erhalten Asylbewerber in speziellen Bedarfssituationen wie Krankheit, Schwangerschaft, Geburt oder als Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten. Die Statistik über die Empfänger von Regelleistungen wird ebenfalls als Sekundärstatistik erhoben, bei der bereits vorliegende Verwaltungsdaten statistisch aufbereitet werden. Im Rahmen der sozialen Mindestsicherungsleistungen werden nur die Regelleistungsempfänger berücksichtigt.

Literatur

- Becker, Bernd; Mertel, Bettina (2010): Aspekte regionaler Armutsmessung in Deutschland. In: Wirtschaft und Statistik 4/2010, S. 383-395. Statistisches Bundesamt
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2017): Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2016): Strategische Sozialberichterstattung 2016 – Deutschland. Berlin
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2017): Nationaler Sozialbericht 2017. Bonn
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hrsg.) (2017): Nationales Reformprogramm 2017. Berlin
- European Commission, Directorate-General for Employment, Social Affairs and Inclusion (2015): Portfolio of EU social Indicators for the Monitoring of progress towards the EU objectives for Social Protection and Social Inclusion. 2015 update. Luxembourg: Publications Office of the European Union
- Gerhardt, Anke; Habenicht, Karin; Munz, Eva (2009): Analysen zur Einkommensarmut mit Datenquellen der amtlichen Statistik. In: Statistische Analysen und Studien NRW, Band 58, Information und Technik Nordrhein-Westfalen
- Kohl, Steffen (2010): Armut als Konstruktion. Materielle Benachteiligung von Kindern variiert stark – je nach Berechnungsart. In: WZB-Mitteilungen Heft 130, Dezember 2010, S. 36-39. Berlin
- Landesamt für Soziales und Versorgung des Landes Brandenburg (2017): Brandenburger Sozialindikatoren 2017. Aktuelle Daten zur sozialen Lage im Land Brandenburg. Cottbus
- Meinlschmidt, Gerhardt (Hrsg.) (2014): Handlungsorientierter Sozialstrukturatlas Berlin 2013. Gesundheitsberichterstattung Berlin. Spezialbericht. Ein Instrument der quantitativen, interregionalen und intertemporalen Sozialraumanalyse und -planung. Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales. Berlin
- Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAIS NRW) (Hrsg.) (2016): Sozialbericht NRW 2016. Armuts- und Reichtumsbericht. Düsseldorf
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg (MASGF Brandenburg) (2008): Lebenslagen in Brandenburg. Chancen gegen Armut
- Munz-König, Eva (2013): Armutsgefährdungsquote und Mindestsicherungsquote: Zwei Indikatoren zur Messung monetärer Armut. In: Sozialer Fortschritt, Band 62, Nr. 5, S. 123-131
- Der Paritätische Gesamtverband (Hrsg.) (2017): Menschenwürde ist Menschenrecht. Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.) (2015): Monitoring Soziale Stadtentwicklung. http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/index.shtml. Berlin
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2012): Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2010. Wiesbaden
- UNESCO Institute for Statistics (2012): International Standard Classification of Education. ISCED 2011. Canada, Montreal